Dienstag, 3. Juli 1984 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 [illegible]

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 153 - 27.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Carrington in Bonn: Der neue NATO-Generalsekretär hat gestern einen einstündigen Antrittsbesuch bei Bundesaußenminister Genscher gemacht. Themen der Unterredung waren die Lage im Atlantischen Bündnis und die deutschen Vorstellungen zur Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU), die von Genscher erläutert wurden.

Howe bei Gromyko: Der britische Außenminister habe auch den Fall des nach Gorki verbannten Regime-Kritikers Sacharow zur Sprache gebracht, erklären britische Diplomaten nach der Begegnung in Moskau.

„DDR"-Minister kommt: Der Verkehrsminister der „DDR", Otto Arndt, wird am kommenden Montag für drei Tage in Bonn erwartet. Verkehrsminister Dollinger will mit ihm Fachthemen, darunter die Verbesserung des Berlin-Verkehrs, erörtern.

Anspruch: Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel hat auf einer Klausur der bayerischen Unions-Abgeordneten den Anspruch des Parteivorsitzenden Strauß auf ein Amt in der Bundesregierung unterstrichen. Was für die FPD als drittstärksten Koalitionspartner recht sei, müsse für den zweitstärksten – die CSU – billig sein, sagte Waigel in Kloster Banz.

Generäle für Reagan: Praktisch die gesamte Spitze von Heer, Luftwaffe und Marine der USA wünscht laut Gallup die Wiederwahl Präsident Reagans. Für ihn sprachen sich 97 Prozent der 257 befragten Generäle und Admiräle aus.

Heute: Bundeskabinett berät ganztägig über Haushalt, Eckwerte der Steuerreform, wohnungsbaupolitische Leitlinien und Steuerentlastung für umweltfreundliche Autos.

WELT-Serie Röhm-Putsch (II)

Die SS schaltete nicht nur oppositionelle SA-Führer aus, sondern auch andere unliebsame Gegner wie den früheren Reichskanzler Kurt von Schleicher. Schon wenige Tage nach dem angeblichen „Putsch", dessen „Zerschlagung" mehrere hundert Opfer forderte, begann Göring mit einer großangelegten Vertuschungsaktion und Aktenvernichtung. Seite 6

WIRTSCHAFT

Neue Bundesanleihe: Die Bundesrepublik begibt eine neue Anleihe in Höhe von zwei Milliarden Mark. Der Ausgabekurs beträgt 100,25 Prozent, womit sich bei einer Verzinsung von 8,25 Prozent eine Rendite von 8,21 Prozent ergibt.

Öl rückläufig: Der seit Jahren nur noch geringe Einsatz von Heizöl bei der öffentlichen Stromversorgung ist nach Angaben der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke 1983 nochmals von 2,9 auf 1,8 Prozent gedrückt worden.

Ostasien-Handel: Von überdurchschnittlichem Wachstum im ersten Quartal 1984 berichtet der Ostasiatische Verein in Hamburg. Die deutschen Einfuhren aus Ostasien übertrafen mit rund 10 Milliarden Mark das Vorjahresergebnis um, 25 Prozent; die Ausfuhren nahmen um 22 Prozent auf 6,2 Milliarden zu.

Börse: Die Aktienkurse gaben bei recht ereignislosem Handel überwiegend nach. WELT-Aktienindex 147,0 (147,5). Auch am Rentenmarkt überwogen die Abschläge. Dollar-Mittelkurs 2,7971 (2,7842) Mark. Goldpreis je Feinunze 370,45 (373,05) Dollar.

KULTUR

Bachmann-Preis: Neue Trägerin des von der Stadt Klagenfurt gestifteten Preises ist die 1930 in Mähren geborene Schweizerin Erica Pedretti. Sie wurde erst im zweiten Wahlgang mit 6:5 Stimmen für den Preis gewählt.

Europas Film: An die 180 Filme sind in den vergangenen neun Tagen auf dem ersten europäischen Filmfestival in München gezeigt worden. Hinzu kamen zahlreiche Diskussionsrunden, Preisverleihungen und Künstler-Feste.

An die Leser der WELT

Obwohl der Herstellungsbetrieb der WELT seit längerem bestreikt wird, ist sie bisher täglich mit aktuellen Stoffen und – von einer Ausnahme abgesehen – mit mindestens 16 Seiten erschienen. Dies war durch den Einsatz eines modernen elektronischen Systems möglich. Gestern nun gab es in diesem System eine Störung, und außerdem wurde weiter gestreikt. So muß diese Ausgabe der WELT unvollständig sein: Sport, Fernsehen, Kultur, Aus aller Welt und Forum mußten ebenso entfallen, wie mehrere Anzeigenseiten. Wir bitten unsere Leser und Inserenten um Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT.

SPORT

Fußball: Die Neuauflage des Endspiels der Weltmeisterschaft von 1974 zwischen Deutschland und Holland mit beiden Originalteams wird heute abend ab 20.10 Uhr live übertragen (ARD).

Olympia: Ein Trainer der amerikanischen Leichtathleten hat in den USA einen Doping-Skandal ausgelöst. Laut „Los Angeles Times" hat Paul Ward mehrere Sportler beim Doping unterstützt.

AUS ALLER WELT

Rekordfahrten: Zwei ausländische Touristen haben Geschwindigkeits-„Rekorde" auf französischen Autobahnen aufgestellt. Die Polizei stoppte einen Belgier mit 210, einen Schweizer Porsche-Fahrer gar mit 238 Stundenkilometern. Erlaubt sind in Frankreich 130 Km/h.

Fischfang: Verdoppelung von Produktion von Speisefisch durch die Fischfangflotten in aller Welt ohne Raubbau an den Beständen ist ehrgeiziges Ziel eines neuen Fünf-Jahres-Plans der Welternährungsorganisation (FAO). Man hofft, damit der chronischen Unterernährung eines Teils der Weltbevölkerung begegnen zu können.

Wetter: Wechselnd wolkig, später freundlich.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn rechnet mit weiterer Welle genehmigter Ausreisen

Gestern noch 30 „DDR"-Bewohner in der Vertretung / Ost-Berlin will hohe Summen

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die „DDR"-Führung wird wahrscheinlich noch in diesem Jahr weiteren 5000 Antragstellern die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland genehmigen. Damit rechnet die Bundesregierung, nachdem es in den vergangenen Tagen intensive Gespräche zwischen Staatssekretär Ludwig Rehlinger vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und dem Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel über humanitäre Angelegenheiten gegeben hat. Anlaß dazu war die Flucht von mehr als 50 „DDR"-Bewohnern in das Gebäude der Ständigen Vertretung Bonns in der Hannoverschen Straße in Ost-Berlin.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß dieser Fall jetzt rasch gelöst werden kann, nachdem bereits 25 der Zufluchtsuchenden freiwillig die Vertretung verlassen haben. Die „DDR" hatte ihnen Straffreiheit zugesagt und die Bereitschaft erkennen *lassen, daß sie binnen* „weniger Monate" Ausreisegenehmigungen erteilen wird. Freilich muß Bonn dafür beträchtliche Summen aufwenden, denn die „DDR" verlangt Beträge, wie sie beim Freikauf politischer Gefangener üblich sind. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß die Bundesregierung für die Ausreise der vierköpfigen Familie der Nichte des „DDR"-Ministerpräsidenten Stoph, Ingrid Berg, eine halbe Million Mark entrichten mußte. Die Familie hatte in der deutschen Botschaft in Prag Zuflucht gesucht.

In der Ständigen Vertretung noch zurückgeblieben waren bis gestern 30 „DDR"-Bewohner. Sie hatten den Zusicherungen der „DDR" keinen Glauben geschenkt, zumal sie beobachtet hatten, wie „DDR"-Posten vor dem Gebäude einen Mann brutal zusammengeschlagen haben der seinen Ausweis nicht zeigen wollte. Inzwischen aber hat sich die Situation entkrampft. Ein Teil derjenigen, die aufgrund der zugesagten Straffreiheit die Vertretung verlassen hatten, hat sich telefonisch bei den Zurückgebliebenen gemeldet und versichert, ihnen sei bislang kein Unrecht angetan worden. *In Regierungskreisen in* Bonn wurde hinsichtlich derjenigen, die noch in der Vertretung sind, von einem „harten Kern" gesprochen. Sprecherin der Gruppe sei eine Frau, die ultimativ einen „Bus" oder einen „Hubschrauber" für die Ausreise gefordert habe. Diesen Vorfall hatte offenkundig Staatsminister Jenninger im Kopf, als er von „erpresserischen" Formen sprach.

Problematisch ist nach den in Bonn vorliegenden Informationen die Lösung von drei „besonderen Fluchtfällen". Seit vielen Wochen hält sich ein Matrose des Wachregiments in der Vertretung auf. Ihm wirft die „DDR" Fahnenflucht vor. Rechtsanwalt Vogel hat Bonn darauf hingewiesen, daß die „DDR" ihrerseits geflohene Bundeswehrsoldaten zurückgeschickt habe und daß sie im Westen alsbald strafrechtlich belangt worden seien. So wolle auch die „DDR" verfahren wissen. In der Vertretung halten sich außerdem ein Hauptmann der Reserve und ein Mann auf, der Verbindungen zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hatte. Er wird von der „DDR" als Geheimnisträger bezeichnet. Was *die Lösung dieser drei* „Problemfälle" angeht, hieß es in Regierungskreisen in Bonn, „sind wir noch nicht soweit".

DER KOMMENTAR

Bitter

MANFRED SCHELL

Wenn es gut geht, dann werden die 55 Deutschen, die in der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin Zuflucht gesucht haben, bald im Westen, in der Freiheit sein. Die vorliegenden Informationen deuten darauf hin, daß wieder einmal ein „Kompromiß" gefunden wurde: Die „DDR" sichert Straffreiheit zu und schiebt die mißliebigen Leute alsbald ab. Bonn zahlt dafür horrende Summen. Von einem politischen Preis ist zumindest bislang nicht die Rede.

Dieses Verfahren schafft gewiß Verbitterung. Aber es dokumentiert zugleich schonungslos die Hilflosigkeit, mit der die Bundesregierung diesem „Dauerproblem" gegenübersteht. Das ist kein Vorwurf an die Handelnden in Bonn. Die Umstände lassen ihnen keine andere Wahl. Immer wieder werden wir im Interesse der Menschen gezwungen sein, unsere harte und drüben begehrte Mark einzusetzen. Ost-Berlin jedenfalls scheint dieses „Geschäft" nicht peinlich zu sein. Auch darin liegt ein Stück Menschenverachtung. Die Verantwortung für die bedrückenden Vorgänge innerhalb und außerhalb der Ständigen Vertretung darf nicht verwischt oder im Interesse eines Honecker-Besuchs heruntergespielt werden. Keinesfalls darf sich ein Politiker in Bonn so verhalten, daß er auch nur in die Nähe einer stillschweigenden Komplizenschaft mit der „DDR" gerückt werden kann. Die Verantwortung für die bedrückenden Vorgänge liegt ausschließlich bei der „DDR". Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat den Kern des Problems ausgesprochen: „Mehr Mitsprache und Mitverantwortung einräumen nimmt das Gefühl von Heimatlosigkeit und macht Ausreiseanträge und Abgrenzung überflüssig."

Die „DDR"-Führung, wie alle kommunistischen Systeme ängstlich auf die Sicherung ihrer Herrschaft bedacht, scheut selbst eine partielle Öffnung gegenüber dem Westen, wie sie von den Regierungen in Budapest und Warschau toleriert wird. Aber solange die SED die Bewohner der „DDR" einsperrt und knebelt, wird der innere Druck nicht nachlassen. Immer wieder wird es zu solchen Tragödien kommen.

Natürlich steckt in dem jetzt wieder praktizierten Verfahren ein Stück Ungerechtigkeit gegenüber den vielen Menschen in der „DDR", die den „normalen" Weg gegangen sind: Nach der Ablieferung des Ausreiseantrages haben sie Arbeits- und Studienplätze verloren, die Familien werden drangsaliert, häufig werden sie ins Gefängnis geworfen. Sie müssen jetzt zurückstehen, noch länger warten. Das ist brutal und bitter. Aber unsere Ohnmacht gegenüber dem totalitären Regime hat, wenn es um Menschen geht, viele Facetten.

Hauptverfahren gegen Lambsdorff eröffnet

„Zur Last gelegte Taten können auch als Vorteilsgewährung gewürdigt werden"

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Die 7. Große Strafkammer des Bonner Landgerichts hat das Hauptverfahren gegen den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, dessen Vorgänger und heutigen Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, Hans Friderichs, sowie den ehemaligen Flick-Manager, Eberhard von Brauchitsch, „wegen des Verdachts der Bestechung" eröffnet. Wie das Gericht erst gestern bekanntgab, ist dieser Beschluß am Freitag getroffen worden, zwei Tage nach dem Rücktritt Graf Lambsdorffs.

Die Strafkammer gab entsprechend der Strafprozeßordnung keine Begründung für ihre Entscheidung, brachte aber den Zusatz in den Eröffnungsbeschluß mit hinein, daß „die zu Last gelegten Taten auch als Vorteilsgewährung oder Vorteilsannahme gewürdigt werden könnten". Dies bedeutet eine gewisse Einschränkung gegenüber dem Antrag der Staatsanwaltschaft, kann aber möglicherweis auch prozeßverkürzend wirken: Wenn sich im Zuge der Hauptverhandlung zwar eine Bestätigung „der zur Last gelegten Taten" ergeben sollte, diese aber nicht als „Bestechung", sondern nur als „Vorteilsannahme oder Vorteilsgewährung" gewürdigt werden, muß zur Urteilsfindung nicht erneut in die Hauptverhandlung eingestiegen werden.

Die Verdachtsmomente, die von der Staatsanwaltschaft gegen den *ehemaligen nordrhein-westfälischen* Landeswirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer und dem früheren Flick-Manager Manfred Nemitz vorgebracht worden sind, reichen nach Ansicht des Gerichts hingegen für die Eröffnung eines Verfahrens nicht aus. Insbesondere habe die Strafkammer „keinen hinreichenden Tatverdacht festgestellt, daß die angebliche Geldzahlung vom 28./29. 3. 1977" an Riemer „zum Zwecke der Einflußnahme auf eine bestimmte Diensthandlung dieses Angeschuldigten gewährt worden sei". Die Entscheidung des Ministeriums über die Bewilligung öffentlicher Mittel zur Förderung und Forschung von Entwicklungsmaßnahmen des Flick-Konzerns seien zu jenem Zeitpunkt schon so weit fortgeschritten gewesen, „daß für die Angeklagten Nemitz und von Brauchitsch kein Anlaß ersichtlich war, durch die behaupteten Zuwendungen auf die Entscheidung des Ministers noch Einfluß zu nehmen". Im Hinblick auf die übrigen „behaupteten Zuwendungen" an Riemer ist nach Feststellung des Bonner Landgerichts „Verjährung eingetreten".

Das Bonner Landgericht hat sich weder in seinem Beschluß noch in dazu abgegebenen Erläuterungen eines Justizsprechers darauf festlegen wollen, auf welchen Termin der erste Verhandlungstag anberaumt werden wird – wegen der Sommerpause wird dies allerdings mit Sicherheit nicht vor dem Herbst geschehen. Dann wird auch der Parlamentarische Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages zur Aufklärung der Flick-Affäre seine Beratungen wieder aufnehmen, die er mit der Vernehmung des pensionierten Flick-Chefbuchhalters Rudolf Diehl am Ende der vergangenen Woche für die Parlamentspause unterbrochen hatte.

Plante die RAF Anschlag auf Strafrichter?

ms. **Bonn**

RAF-Mitglieder haben offenbar einen Anschlag auf den Vorsitzenden des 5. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart, Klaus Knospe, geplant.

Knospe leitet den Prozeß gegen die wegen mehrfachen Mordes angeklagten Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt. Nach Informationen der WELT haben Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Verhaftung von Manuela Happe den Verdacht erhärtet, daß Knospe Zielobjekt der RAF gewesen ist.

Bei Manuela Happe, die nach einem Schußwechsel mit Polizeibeamten festgenommen worden war, sei ein Notizbuch gefunden worden, in dem die Nummern derjenigen polizeilichen Observationsfahrzeuge verzeichnet gewesen seien, die zum Schutz des Richters eingesetzt sind. Im Bundeskriminalamt hieß es, ein Anschlag auf den Richter habe offensichtlich kurz bevorgestanden.

Bei der 29jährigen Manuela Happe war auch ein 500-Mark-Schein entdeckt worden, der aus einem Raubüberfall auf die Städtische Sparkasse Würzburg am 26. März diesen Jahres stammte.

Polizei und Justiz hatten erklärt, dieser Raubüberfall sei von der RAF verübt worden. Neben dem echten Personalausweis hatte Manuela Happe auch eine gefälschte Identitätskarte bei sich, die auf den Namen Ludmilla Bauzner, geboren am 5. Juni 1954 in Zürich, lautete. Gegen Frau Happe ist Haftbefehl wegen zweifachen Mordversuchs ergangen.

Kohle-Anteil bei Energieerzeugung ist gestiegen

JB. **Hamburg**

Der Einsatz von importierter Primärenergie in der deutschen Stromerzeugung ist weiter zurückgegangen. Wie aus einer Übersicht der Vereinigung deutsche Elektrizitätswerke hervorgeht, hat sich der Anteil von leichtem Heizöl im Jahr 1983 von 2,9 auf 1,8 Prozent reduziert. Der Erdgas-Anteil sank von *10 auf 9* Prozent, der von Wasserkraft von 6 auf 5 Prozent.

Demgegenüber ist der Anteil von deutscher Kohle um 3 Prozentpunkte gestiegen und macht mehr als 60 Prozent des Primärenergieeinsatzes aus. Auf Steinkohle entfallen 33 Prozent und auf Braunkohle 29 Prozent. Gestiegen ist auch der Anteil von Kernenergie. Rund 21 Prozent der Strom*erzeugung erfolgt inzwischen auf Basis* von Kernenergie.

Im Vergleich zu vor fünf Jahren haben sich deutliche Veränderungen ergeben. Zwar war schon 1979 Kohle mit etwa 55 Prozent wichtigster Primärenergieträger, doch hatte Erdgas noch einen Anteil von 20 Prozent und Öl von 5 Prozent.

Der Kern-Energieanteil betrug 14 Prozent. 1972, ein Jahr vor der ersten großen Energiekrise, wurden gut 36 Prozent Steinkohle, 12 Prozent Öl und 5 Prozent Kernenergie bei der Stromerzeugung eingesetzt.

Die Stromerzeuger weisen darauf hin, daß heute gut 85 Prozent der eingesetzten Energieträger aus heimischen Vorräten stammen. Der Anteil von Kohle und Kernenergie werde auch künftig hoch bleiben.

Geht Kreml von eigenem Vorschlag ab?

Zustimmung der USA zu Gesprächen über Weltraumwaffen hat Moskau überrascht

TH. KIELINGER, **Washington**

Das diplomatische Hin und Her zwischen Moskau und Washington um die Frage neuer Abrüstungsverhandlungen über den Bereich der Weltraumwaffen wurde am Sonntag abend durch ein direktes Gespräch zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Botschafter in Washington, Anatolij Dobrynin, erweitert. Doch blieb unklar, welches Resultat dieser Meinungsaustausch zwischen dem amerikanischen Präsidenten und einem Mitglied des Zentralkomitees der sowjetischen KP erbracht hat. Dobrynin war zu einem Barbecue-Sommerfest ins Weiße Haus geladen worden, zusammen mit 300 weiteren Mitgliedern des Diplomatischen Korps.

Moskau hatte am Sonntag zu erkennen gegeben, daß es Abrüstungsgespräche nur über die neue Thematik der Weltraumwaffen wünsche, und nicht, wie Reagan angeregt hatte, auch über die ballistischen Raketen (vgl. WELT vom 2. Juli). Eine Tass-Meldung hatte den US-Vorschlag als unzulässige „Vorbedingung" abgelehnt.

Wie das Weiße Haus und das State Department wissen ließen, sieht Washington in seinem Vorschlag einer Verknüpfung der beiden Verhandlungsthemen keine Vorbedingung, sondern nur eine Empfehlung im Hinblick auf den Beginn sondierender Gespräche. Das von den Sowjets zum erstenmal Freitag genannte Datum September 1984 wollen die Amerikaner auf keinen Fall verstreichen lassen. „Wir sind nach wie vor bereit, uns mit den Sowjets zu einem Treffen im September zusammenzufinden", teilte das State Department offiziell mit.

Eigentliche Verhandlungen, so meint man in Washington, könnten dies ohnehin noch nicht sein. Und „Vorgespräche" müßten auf jeden Fall eine breitere Agenda haben, statt sich auf die „enge Tagesordnung" der Weltraumwaffen zu beschränken, meinte Sicherheitsberater McFarlane im US-Fernsehen. Solch eine Verengung wäre „ganz unvernünftig", fügte McFarlane hinzu.

In Washington werden Vermutungen angestellt, warum Moskau jetzt schon wieder von seinem eigenen Vorschlag eines Treffens, der gerade erst gemacht worden war, zurückzuweichen scheint. Vielleicht, so wird spekuliert, sei der Kreml überrascht gewesen über die prompte und qualifiziert positive Reaktion aus Washington. Man habe in Moskau wohl gar nicht damit gerechnet, daß das Weiße Haus überhaupt auf den sowjetischen Vorschlag eingehen werde. Schließlich hatte die amerikanische Administration bis zum letzten Wochenende noch kein offizielles Signal gegeben, daß sie ernsthaft über Weltraumwaffen sprechen werde, in welchem Rahmen auch immer.

Während die Ungewißheit anhält, bereiten sich die Experten innerhalb der Regierung schon so vor, als ob es zu dem Treffen im September kommen werde. Besprochen wird die Zusammensetzung der US-Delegation, die Thematik und die Definition von Anti-Satelliten-Waffen – auch das Space Shuttle kann eine Anti-Satelliten-Waffe darstellen. Diese Aktivitäten lassen darauf schließen, daß Washington die Initiative behalten und die Schuld Moskau zuschieben möchte, sollten die beabsichtigten Gespräche doch nicht stattfinden.

KGB nahm Ex-Präsident Israels fest

dpa/AP, **Jerusalem**

Der frühere israelische Staatspräsident Ephraim Katzir ist bei einem Treffen mit einer Gruppe sowjetischer Juden in Leningrad von Beamten des sowjetischen Geheimdienstes KGB vorübergehend festgenommen worden. Wie der israelische Rundfunk gestern meldete, erfolgte die Festnahme am Sonntag. Katzir sei am Montag in sein Hotel in Moskau zurückgekehrt. In einem Telefongespräch, das Katzir von Moskau aus mit seiner Familie in Israel führte, teilte er mit, er sei wohlauf und werde nach Verlassen der Sowjetunion über sein „Abenteuer" im einzelnen berichten. Heute werde er nach Paris abfliegen.

Auch andere Teilnehmer des Treffens, bei dem es um Bemühungen zur verstärkten Auswanderung sowjetischer Juden ging, seien festgenommen worden, schrieb die Jerusalemer Zeitung „Maariv". Katzir, Biochemiker und Staatspräsident von 1973 bis 1978, hielt sich zur Teilnahme an einem internationalen Biochemiker-Kongreß in Leningrad auf. Katzir, der russischer Abstammung ist, leitet jetzt die Abteilung für Polymere am Weizmann-Institut in Reschowoth und ist Inhaber eines Lehrstuhls für Physik an der Universität Tel Aviv.

Die Versammlung von etwa 80 jüdischen Dissidenten in einer Privatwohnung stand nach Angaben der Zeitung auch mit einem geplanten Protest gegen die Inhaftierung des jüdischen Regimekritikers Sachar Sonnenschein im Zusammenhang, der in Riga wegen antisowjetischer Propaganda zu drei Jahren Haft verurteilt wurde. Sonnenscheins Frau Tatjana und einige Bekannte des Verurteilten seien eigens zu dem Treffen nach Leningrad gekommen. Noch vor dem Eintreffen Katzirs seien der Wohnungsinhaber Jaakow Gorodetzki, dessen Frau, Tatjana Sonnenschein und Michail Wienerer von KGB-Beamten festgenommen worden. Mit Ausnahme von Frau Gorodetzki seien sie jedoch nach rund drei Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Als sich Katzir dann dem Haus genähert habe, sei er abgeführt worden.

Im Jahre 1960 hatte Katzir schon einmal an einem internationalen Biochemiker-Kongreß in der Sowjetunion teilgenommen. Bei dieser Gelegenheit hatte er sich in Gesprächen mit Moskauer Juden über die Lage der jüdischen Sowjetbürger informiert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Brücke des Vertrauens

Von Ernst Cramer

Der neue Bundespräsident griff bei seiner Einführungsrede im Bonner Parlament ein Thema auf, das sein Vorgänger angeschnitten hatte. Beide, Karl Carstens und Richard von Weizsäcker, wiesen darauf hin, daß die Verfassung der Bundesrepublik mit einem Bezug auf Gott beginne, sich auf Ihn berufe.

Daran anschließend berief sich der ehemalige Präsident des Kirchentages nicht etwa auf Martin Luther oder die Kirchenväter. Nein, er zitierte einen bescheiden-gottesfürchtigen Ausspruch des Berliner Religionsphilosophen Moses Mendelssohn: „Auf dem dunklen Pfad, den der Mensch hier auf Erden gehen muß, gibt es gerade soviel Licht, wie er braucht, um den nächsten Schritt zu tun."

Noch an zwei anderen Stellen seiner beachtenswerten Jungfernrede als höchster Repräsentant des Staates gab Richard von Weizsäcker Denkanstöße zur Frage „Juden in Deutschland". Als er dazu aufrief, sich der deutschen Geschichte in ihrer Ganzheit zu stellen, die Schattenseiten ebenso zu akzeptieren wie die Höhepunkte, verwies er ausdrücklich auf den Holocaust.

Dann, als er von Berlin sprach, der Stadt, die deutsches Schicksal widerspiegelt und europäische Verantwortung symbolisiert, erwähnte der Bundespräsident die dort wieder heimisch gewordene Jüdische Gemeinde und sprach von den Brücken zum Judentum, die, wenn auch noch zerbrechlich, in Deutschland erneut gebaut werden konnten.

Von Theodor Heuss angefangen, haben sich alle Bundespräsidenten zur Verantwortung für die millionenfache Vernichtung jüdischen Lebens durch das national-sozialistische Regime bekannt. Richard von Weizsäcker ging noch einen Schritt weiter.

Dem Bekenntnis der historischen Verpflichtung folgte die Aufgabenstellung für heute und morgen. Daß Juden wieder in diesem Lande leben, leben wollen, versteht der Bundespräsident als Zeichen des Vertrauens in die deutsche Demokratie. Daß die zerbrechlichen Brücken gefestigt werden, sieht er als eine Aufgabe, eine seiner Aufgaben für die Zukunft.

Mein Freund, der Bremser

Von Dankwart Guratzsch

Von 1989 an muß in allen zehn EG-Ländern bleifreies Benzin angeboten werden. Zwei Jahre später müssen alle Neuwagen für bleifreies Benzin ausgerüstet sein. Nach diesem Beschluß der Umweltminister Ende vergangener Woche in Luxemburg steht fest: Der Umwelt-Zug, gezogen von der Lokomotive der Bundesrepublik Deutschland, setzt sich nun auch in der Europäischen Gemeinschaft in Bewegung – langsam genug und für die Rettung des Waldes nach Meinung der Forstleute sicherlich zu langsam.

Einige Länder lassen diesen Zug mit angezogenen Bremsen fahren. Sie nützen dabei – wie unsere Freunde, die Franzosen, ihre geographischen Vorteile auf Kosten der anderen aus; denn die Länder an der Westgrenze Europas liegen „im Aufwind", die anderen „im Abwind". Sie müssen die Gifte schlucken, die die Partnerländer in die Luft blasen.

Den in Deutschland geplanten Regelungen zur Einführung bleifreien Benzins und zur Verringerung der Stickstoffabgase aus Automobilen werden sich zunächst von den EG-Ländern nur die Niederlande, Luxemburg und Dänemark anschließen. Außerdem folgen die Schweiz, Österreich und Liechtenstein dem deutschen Beispiel.

Der „Klub der Bleifreien" ist also zugleich ein „Klub der Mitteleuropäer", und dieser Klub hat seine Fühler auch bereits in den Ostblock hinein ausgestreckt. Die zu Ende gegangene Umweltkonferenz von 29 europäischen Staaten, den USA und Kanada in München hat gezeigt, daß Umweltschutz über seine Bedeutung für die wirtschaftlichen Produktionsprozesse hinaus immer mehr auch zu einem Thema „guter Nachbarschaft", ja zu einer Art der „Entspannungspolitik" avanciert.

Daraus ergeben sich Rückwirkungen für die nationale Politik. Als erstes Land hat es die Bundesrepublik erfahren, als die Bundestagsfraktionen die Regierung jetzt einmütig aufgefordert haben, für das umstrittene neue Salzkohle-Kraftwerk von Buschhaus (Niedersachsen) zu erwirken, daß es erst nach dem Einbau einer Entschwefelungsanlage mit dem „bestmöglichen Wirkungsgrad" in Betrieb gehen darf. Die Planungen für dieses Kraftwerk, das mit seinen zu erwartenden überhohen Schwefeldioxidemissionen bereits als „größte Dreckschleuder der Bundesrepublik" apostrophiert worden ist, haben gerade in jüngster Zeit die Verhandlungsposition der Bundesregierung gegenüber der „DDR" belastet.

Wie hier, so werden ganz unabhängig von den „weichen" EG-Beschlüssen und der ebenfalls noch ziemlich vagen „Entschließung von München" künftig immer mehr Länder bestrebt sein, derartige Positionen zu bereinigen. Je später sie ihre heißlaufenden Bremsen lösen, desto teurer wird der Schaden.

. . . und Tee trinken

Von Ulrich Lüke

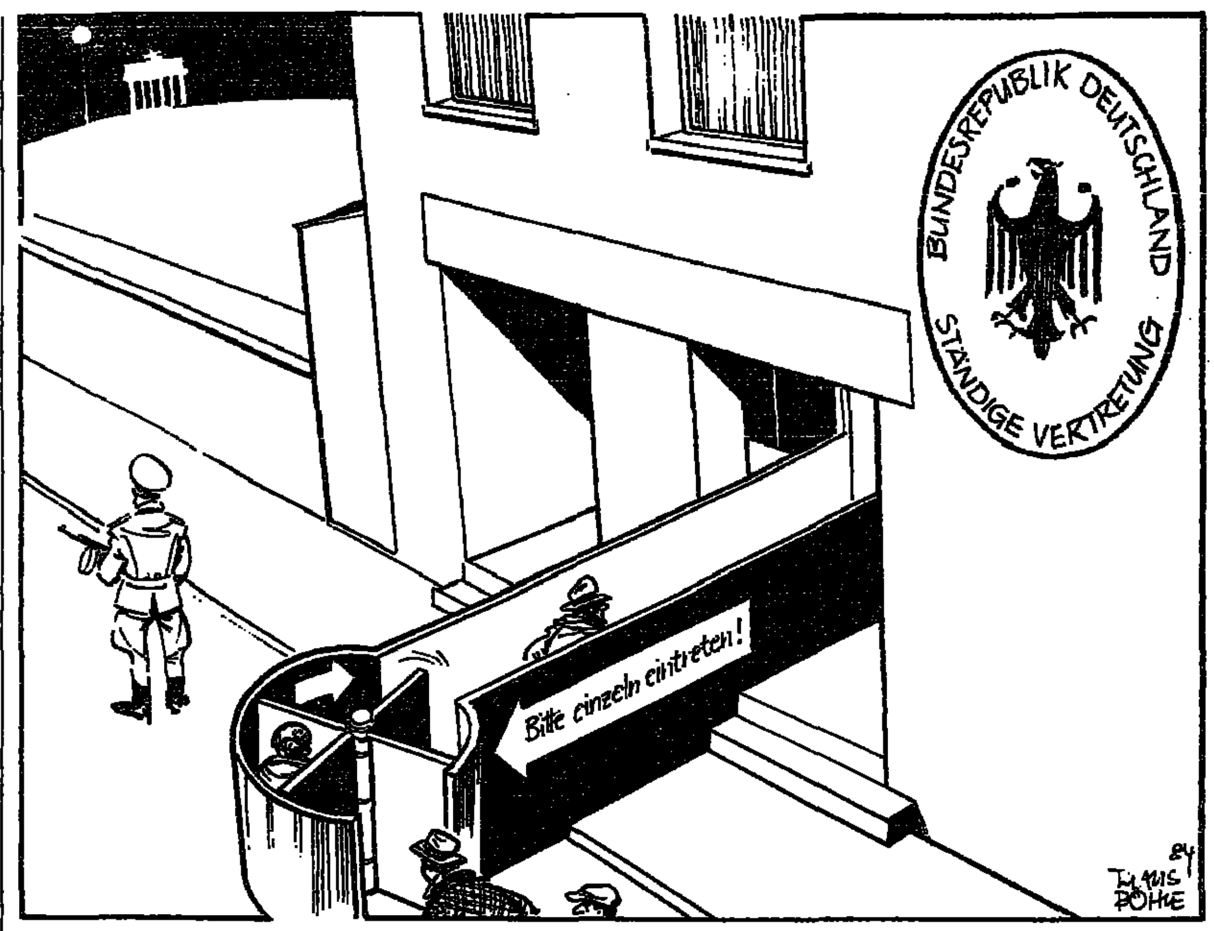
Politik, europäische zumal, wird meist nach Worten und nicht nach Taten bemessen. Insofern konnten sich Helmut Kohl und François Mitterrand des Beifalls der Bürger sicher sein, als sie drei Wochen vor der Europawahl verkündeten, die Grenzkontrollen zwischen ihren beiden Staaten würden „schon in wenigen Wochen" abgeschafft. Aus den wenigen Wochen dürften, wie das in Europa Tradition hat – mehrere Wochen wenn nicht gar Monate werden.

Angeblich sollten die Kontrollen zum 1. Juli fallen, ein Datum, das weder Kohl noch Mitterrand tatsächlich genannt haben. Aus gutem Grund. Denn es kam wie es kommen mußte. Die Chefs haben vermeintlich entschieden, aber ihre Untergebenen – vor allem auf französischer Seite – mauerten.

Ungeachtet des Beispiels der Benelux-Staaten, die seit 24 Jahren auf gegenseitige Kontrollen verzichten, beharren die jeweiligen Innen- und Finanzbehörden auf ihre Bedenken: Jeder zweite zur Fahndung Ausgeschriebene geht demnach den deutschen Behörden an der Grenze ins Netz, und solange die Steuersätze nicht harmonisiert seien, lasse sich die Grenze selbst für den Personenverkehr eben nicht aufheben. So lauten seit Jahrzehnten die stereotyp vorgetragenen Argumente.

Das Versprechen Kohls und Mitterrands zeigt wieder einmal, daß Politiker geneigt sind, das Beharrungsvermögen ihrer eigenen Bürokratie zu unterschätzen. Weshalb Kohl die Sache jetzt wieder zur Chefsache gemacht und Kanzleramtschef Schreckenberger als persönlichen Beauftragten eingesetzt hat.

Im übrigen ist die europäische Realität auch in diesem Punkt weiter als die Vorstellung von ihr: An den größten deutsch-französischen Grenzübergängen gibt es schon heute nur noch Stichproben. Sollte es zur Sommerzeit dennoch zu Warteschlangen kommen, bleibt nur die Empfehlung: Abwarten und Tee trinken. Bis zu 150 Gramm davon sind steuerfrei einführbar – vor wie nach dem 1. Juli.



Rationalisierter Zugang ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Priorität Deutschland

Von Herbert Kremp

Als ein besonders bemerkenswertes, weil freudiges Ereignis für die Republik erschien Beteiligten und Beobachtern der Übergang des Präsidentenamtes von Carstens auf Weizsäcker. Er war ein Ausdruck gefestigten Staatsverständnisses, zu dem die Grundstimmung des Optimismus gehört. Die Atmosphäre widersprach den Zustandsbeschreibungen, die vielfach von der Bundesrepublik gegeben werden. Von der Krisen- und Krankenhausluft, die in den vergangenen Monaten diagnostiziert wurde, keine Spur.

Das jetzt zu erwartende Ende der Streiks trug zur Erleichterung bei. Man hatte sie infolge der radikalen politischen Diktion führender Gewerkschaftsfunktionäre als ausgesprochen bedrohlich empfunéen. So unübersehbar der wirtschaftliche Schaden ist, den die Bundesrepublik erlitt – die politische Intention einer Minderheit, die Richtung des Flusses umzukehren und ein „Stück Machtwechsel" herbeizuführen, ist gescheitert. Die Steine bleiben in der Fassung.

Die Demonstration des Verfassungskonsenses, die der Wechsel in der Villa Hammerschmidt darstellte, beweist augenfällig, daß Staat und Gesellschaft sich in guter Form befinden. Karl Carstens sprach von einem Abklingen der Ängste, die es in dem einst behaupteten Maß vielleicht gar nicht gab. Der neue Bundespräsident wandte sich der Zukunft zu, indem der Fragen stellte, die nach seiner Meinung beantwortet werden müssen. Die Fragen sind politischer und ethischer Natur, teils in Ansätzen gelöst, teils ungelöst. Sie reichen von den Waffen bis zum Strafvollzug. Wer Richard von Weizsäcker kennt, rechnet mit der Hartnäckigkeit seines Fragens.

Das Parlament, die Regierung, Institutionen, Verbände und Gruppen haben mit einem eminent politischen Bundespräsidenten zu rechnen. Das höchste Staatsamt so auszulegen liegt in der Natur des Inhabers. Von Weizsäcker kommt zwar aus einer Partei, bezieht seine Legitimation aber aus einer Sphäre, die sich über Parteipolitik erhebt. Für alle dazusein, wie er betont, bedeutet nach seinem Verständnis den Willen, möglichst alle Gruppen und Meinungen zusammenzuführen. Von einem permissiven Pluralismus grenzte er sich in den ersten Sätzen ab. Eine gewisse Distanz gegenüber der jeweiligen Regierung setzt sein Vorhaben jedoch voraus. Einfach werden die Beziehungen nicht sein.

Der politische Präsident von Weizsäcker empfindet sich als ein deutscher Präsident. Ein gewichtiger Teil seiner programmatischen Rede galt dem Thema Deutschland. Er beurteilt diesen Bereich unseres Lebens eher unter dem Gesichtspunkt des Historikers als mit den Kategorien des Staatsrechtlers und Juristen. Er erkennt aus diesem Grunde Bewegungen, Entwicklungen, ja, Dynamik und warnt in indirekten Worten vor ideologischer Betrachtungsweise. Es fördere den Frieden nicht, sagte er an einer Schlüsselstelle, „die Welt in Gut und Böse einzuteilen". Der Frage, ob es sich dabei nicht mehr um eine Sache des Zustands als um einen Fall des Urteils handelt, geht er im einzelnen nicht nach. Selbst bei der Sowjetunion, „aber auch bei uns" gelte es, „einem gegensätzlichen, allzu vereinfachten Weltbild entgegenzuwirken".

Der historische Pragmatismus, der in diesen Gedanken zum Ausdruck kommt und der beispielsweise bei Charles de Gaulle am schärfsten entwickelt war, fordert nach allgemeiner Erfahrung die ideologische Weltsicht mehr heraus als jede denkbare Gegen-Ideologie. Ganz und gar auf ideologische Weltsicht gründet jedoch die kommunistische Herrschaft in Osteuropa – vor allem deshalb, weil die Völker, einschließlich der Deutschen in der „DDR", diesen Glauben nicht mehr teilen, sondern mehr und mehr zu den historischen Mustern ihres nationalen Lebens zurückdrängen. Die Ideologie wird im selben Taktmaß zu einem Herrschaftsmittel, das sich von oben gegen die Völker und ihren Willen richtet. Ob von Weizsäcker der Logik dieses Zusammenhangs in die Zukunft folgen will, bleibt seiner Selbstdeutung überlassen. In die Richtung jedoch weist seine historische Argumentation zwangsläufig.



Wechsel an der Spitze: Karl Carstens mit Frau Veronica (vorn) und Richard von Weizsäcker mit Frau Marianne FOTO: AP

Von diesem Ansatz her hat der Bundespräsident die Chance, das Interesse aller Deutschen auf sich zu ziehen. Er erinnert offener als einige seiner Vorgänger an die historische Gemeinschaft der Deutschen und trifft dabei die Gemütsverfassung der Bürger in Mitteldeutschland in den Mittelpunkt. Er berührt aber auch die Gemütsverfassung der Bürger in diesem Teil Deutschlands, für die das gemeinsame Vaterland neue Wertkontur annimmt. Die Motive sind hier nicht so einfach und eindeutig wie in der „DDR", wo deutsche Gemeinsamkeit die Aussicht auf Freiheit enthält. Hier setzt sich der Begriff Deutschland aus zahlreichen Mosaikstücken zusammen. Sie bedürfen noch der Fügung. Der Versuch wird ein wichtiges Thema dieser Präsidentschaft sein.

Weizsäcker setzte den deutschen Hauptakzent in die Kontinuität der bisherigen praktischen Politik. Die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum Westen bezeichnete er als ein Grunddatum, auf das die Politik des Staates gestützt sein müsse. Dieser Satz stand als Prämisse am Anfang seiner Ausführungen, die somit keinem Mißverständnis anheimfallen können. Das ist deshalb wichtig, weil an der Priorität der Deutschland-Politik bei diesem Präsidenten kein Zweifel bestehen kann.

IM GESPRÄCH Gerd Walter

Rotations-Aufsteiger

Von Peter Philipps

Er gehört zu den jungen, nachwachsenden Politikern in der SPD, die sich von der Öffentlichkeit fast unbemerkt langsam nach vorne schieben: Gerd Walter, Jahrgang 1949, ins Europäische Parlament wiedergewählt.

Schon seit ein paar Jahren ruhen die Augen des Parteivorsitzenden Willy Brandt wohlgefällig auf dem Talent aus Lübeck, das als Landesvorsitzender der Jungsozialisten Anfang der siebziger Jahre die ersten Schritte in die praktische Politik tat. Zuvor war es eine mehr theoretische Leidenschaft, die mit dem Examen als Diplom-Politologe nach dem Studium in Hamburg und Berlin endte.

Gerd Walter wird vermutlich, wenn es nach den Vorstellungen des Parteichefs geht, zu den ersten gehören, die eine Rotation à la Brandt versuchen werden: nach zwei Jahren Parlamentsarbeit in Bonn oder Straßburg jeweils die politischen Bühnen zu tauschen. Natürlich soll dies nicht mit der Stringenz der Grünen ablaufen und kein Dogma werden, aber Brandt erhofft sich so eine bessere Rückkoppelung der Europa-Abgeordneten an die nationalen Belange sowie eine regelmäige Blutauffrischung in der Bundestagsfraktion

Die SPD-Europaparlamentarier haben Gerd Walter gerade zu ihrem neuen Gruppenvorsitzenden gewählt. In der vergangenen Legislaturperiode war er zweiter Stellvertreter des nicht wieder kandidierenden Obmanns Horst Seefeld gewesen. Sie haben eine gute Wahl getroffen, denn Walter gehört zu den Politikern, die nicht das Heil in der Diffamierung des Gegners suchen. Er spricht allerdings eine klare Sprache, die bei den Bürgern auf den Plätzen ankommt, mit der es ihm gelingt, ihnen die Probleme des Europäischen Marktes – unter sozialdemokratischen Vorzeichen natürlich – klar zu machen. Ohne Frage wäre er, käme es zur Durchführung des Brandt-Plans, eine Bereicherung im rhetorischen Einerlei des Deutschen Bundestages.



Beispiel für gezielte Nachwuchsförderung: Gerd Walter FOTO: DW

Der schlanke, hochgewachsene Jung-Politiker, der in der Betrachtungsweise der SPD zu der „Urenkel-Génération" nach den heute Anfang vierzigjährigen 8nkeln gehört, hatte in der Frage der Butterschiffe einst an der Seite Kai-Uwe von Hassels gefochten, war später aber ebenso ein wesentlicher Wahlhelfer des damaligen sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen. Bei der Bewertung des letzten EG-Gipfels von Fontainebleau fiel er aus der Reihe der ewig Nörgelnden heraus und würdigte immerhin anerkennend, daß die Entscheidungen „die komplette Handlungsunfähigkeit der EG verhindert" hätten.

Gerd Walter ist ein Politiker, der sich an der Sache und nicht an Personen weitgehend orientiert. Er hat sich in allem eine gewisse jungenhafte Unbeschwertheit erhalten. Wenn er seiner Linie treu bleibt, könnte er ein weiteres erfolgreiches Beispiel für Willy Brandts gezielte Nachwuchsförderung in der SPD werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SVENSKA DAGBLADET

Das Stockholmer Blatt befaßt sich mit dem Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme in Stralsund:

Das Gespräch mit Honecker ist sehr gut verlaufen, erklärte Olof Palme in Stralsund. Wie soll man das deuten? Heißt das, daß die Gespräche in keinem Punkt durch eine Beanstandung der Verletzungen der Menschenrechte in Ostdeutschland gestört wurden? Palme vernachläßigt seine Pflicht als Repräsentant einer demokratischen Nation, wenn er nicht bei Gelegenheiten wie dieser in unzweideutigen Worten klar macht, was wir in Schweden von politischen Gefangenen, Meinungsunterdrückung und Polizeiherrschaft halten.

ALGEMEEN DAGBLAD

Das niederländische Blatt schreibt über das Njet aus Moskau, auf das Angebot von Präsident Reagan, über Weltraumwaffen zu verhandeln:

Die Sowjetunion hat wieder einmal eine ihrer eigenen Friedenstauben abgeschossen ... Es ist unverkennbar, daß die Sowjetführer ohne Rücksichtnahme auf das Weiße Haus reagierten ... Vor knapp einem halben Jahr war es die Sowjetunion, die von dem Atomwaffengespräch in Genf weglief. Es sind noch immer die Sowjets, die sich jetzt weigern, dieses Gespräch fortzusetzen ... Mit ihren Manövern der letzten Tage haben die Sowjetführer jedenfalls vereitelt, daß das Vertrauen in sie einigermaßen wiederhergestellt werden könnte.

LA SUISSE

Die Zeitung aus Genf nimmt die Aufbringung eines Fährschiffs durch israelische Truppen zum Anlaß, Israel verschiedene Rechtsbrüche vorzuwerfen:

Israel versucht regelmäßig, die Zuflucht zur Gewaltanwendung als Exklusivität der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) hinzustellen. Zu viele Ereignisse der letzten Zeit zeigen indessen, daß keines der beiden Lager das Monopol für Terrorismus oder Rechtsmißbrauch hat ... Nimmt man die Entführung des Fährschiffs, die Hinrichtung von palästinensischen Terroristen, die lange Duldung des jüdischen Terrorismus, die Fortsetzung der Kolonisierung bewohnter Gebiete oder auch die Erinnerung an das Unternehmen von Sabra und Schatila, so erscheint die israelische Demokratie nicht mehr als beispielgebend. Aber im nahöstlichen Rahmen, wo die Willkür häufig die Regel ist, behält die Legalität in Israel zumindest ihre Rechte dank der Richter, der Presse und der öffentlichen Meinung selbst.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Hier heißt es zum gleichen Thema:

Eins der mohr hintergründigen Anliegen Carstens', wenn auch ein nicht minder grundsätzliches, war es, das Beßtsein der deutschen Geschichte und Kultur zu fördern. Dies bedingte nicht nur eine ständige Auseinandersetzung mit jenen politischen Kräften, die die Errichtung eines demokratischen deutschen Staatswesens anstrebten – und dabei zweimal, 1849 und 1933, scheiterten –, sondern vor allem auch die Beschäftigung mit den tiefer liegenden geistigen Strömungen. Adressat dieser Bestrebungen war vor allem die Jugend, die über dreißig Jahre nach der Gründung nicht mehr dasselbe Verständnis für die Wurzeln der Bundesrepublik hat wie die gegenwärtig führende Kriegsgeneration. Nicht nur trug Carstens seine Anliegen über die politischen Institutionen direkt bis in die Schulen vor, sondern suchte sehr intensiv auch den persönlichen Kontakt mit der jungen Generation. Karl Carstens, das war in den letzten Monaten deutlich geworden, hätte die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Deutschen gebabt, wenn er sich für eine zweite Amtszeit entschieden hätte.

Oberhaus: der Ort, an dem die Regierung Prügel bezieht

Manche Briten verstehen wegen der störrischen Lords die Welt nicht mehr / Von Fritz Wirth

Die Schlagzeilen der letzten Tage lesen sich wie schiere politische „science fiction": „Rebellion im Oberhaus". Solche Aktivitäten klingen fremdartig und fast unglaubwürdig aus einem Hause, das von zynischen Kritikern als der bisher schlüssigste Beweis betrachtet wird, daß es in der Politik noch ein Leben nach dem Tode gibt, und über das eine mitleidlose Labour Party bereits seit Jahrzehnten das Todesurteil gefällt und versprochen hat, es bei erst bester Gelegenheit auf dem Müllhaufen der Geschichte abzuladen.

Und nun also diese sich häufenden und ungeheuer aktiven Lebenszeichnen aus diesem „nobelsten Altersheim der Welt" und einer angeblichen Kammer ohne Macht. Dieses „House of Lords", in dem es nach allgemeiner politischer Legende eine vollautomatisch eingebaute Tory-Mehrheit gibt, hat sich besonders in den letzten Monaten zur wirksamsten und ärgerlichsten parlamentarischen Opposition für die Regierung Thatcher entwickelt. Denn die Konservativen sind seit der letzten Wahl im Unterhaus mit einer Mehrheit von über 140 Stimmen praktisch unbesiegbar. Ihre einzige parlamentarische Prügel beziehen sie aus dem störrisch gewordenen Oberhaus. Die letzte am vergangenen Donnerstag, als die Lords die Gesetzesvorlage der Regierung torpedierten, die nächsten Londoner Stadtratswahlen abzusetzen.

Was diese Entscheidung der Lords so bemerkenswert macht: Sie verfochten damit die Interessen jener Labour Party, die seit Jahren die demokratische Anfechtbarkeit und politische Nutzlosigkeit des Oberhauses propagiert, und machte sich dabei vor allem für einen Mann stark, der für sie ideologisch und politisch eine einzige Provokation ist, für den marxistischen Londoner Stadtratsvorsitzenden Ken Livingstone. Manche Briten und vor allem jene aus dem konservativen Lager, verstehen seither die Welt von Westminster nicht mehr. Sie wissen nicht, ob sie dies alles als schiere Exzentrik, gezielte Provokation, politische Naivität oder schlichte Fahrlässigkeit betrachten sollen.

Nichts davon trifft zu. Um diese Vorgänge jedoch begreiflich zu machen ist es nützlich, die Vokabel „Rebellion" zu vergessen. Die Lords haben tatsächlich nichts anderes getan, als von ihrem letzten kargen Recht Gebrauch zu machen, das ihnen noch geblieben ist, nämlich Gesetzesvorlagen, die sie für schlecht halten, wieder ans Unterhaus zurückzusenden.

Sie tun das seit Jahrzehnten mit Inbrunst. Zu Zeiten der letzten Labour-Rgierungen unter Harold Wilson und James Callaghan beispielsweise in insgesamt 471 Fällen. Niemand fand etwas daran. Man hielt es für die Trotzreaktion eines angeblich in der Wolle tief konservativ eingefärbten Oberhauses. Nun, da sie das gleiche bei der Regierung Thatcher tun, wird daraus eine Rebellion.

Tatsächlich widerlegen die Vorgänge der letzten Woche zwei Legenden: 1. Die Lords sind in ihren Entscheidungen wesentlich unabhängiger und ideologiefreier als ihnen allgemein nachgesagt wird. 2. Es gibt lange keine vollautomatisch eingebaute konservative Mehrheit mehr im Oberhaus.

Das „House of Lord" hat insgesamt 1119 Mitglieder, von denen rund 250 politisch nicht aktiv sind, weil sie entweder zu alt sind oder verwandschaftlich dem Königshause nahestehen und sich daher aus politischen Kontroversen fernhalten. Unter den politisch aktiven Lords betrachten sich 420 als konservativ, 219 als „crossbencher" oder Unabhängige, 136 gehören der Labour arty an und 82 der sozialliberalen Allianz.

Diese Mehrheitsverhältnisse sind nicht das Ergebnis demokratischer Prozesse, sondern schlichter willkürlicher Manipulation. Ein Harold Wilson ernannte in seiner Amtszeit als Premier reihenweise persönliche und politische Freunde zu Lords. Frau Thatcher verzichtete in ihrer letzten „Honours List" vollständig auf diesen Gunsterweis. Doch abseits aller Mehrheitsverhältnisse gilt die Norm: Die Lords lassen sich nicht wie die Unterhausabgeordneten unter die Knute der „Whips", der Fraktions-Einpeitscher, zwingen. Sie geben im Notfalle ihrem persönlichen Gewissen und im Bedarfsfalle ihren privaten Prioritäten den Vorzug und bleiben dem Haus fern.

Deshalb ist der in den letzten Tagen wiederholt geäußerte Verdacht falsch, im Oberhaus stabilisiere sich unter den konservativen Lords eine Bastion der sogenannten „Wets", der Thatcher-Dissidenten. Wenn hier wirklich von Verschwörungen die Rede sein kann, dann sind es Verschwörungen gegen die politische Unvernunft. Die Damen und Herren im Hermelin probten in der letzten Woche nicht den Aufstand. Sie bewiesen lediglich, daß sie wesentlich besser sind als ihr Ruf.

Es kommen die Akademiker mit der Bundeswehr-Qualifikation

Die ersten 402 Offiziere, die an Bundeswehrhochschulen studierten, drängen 1984 auf den Arbeitsmarkt, und ihre Zahl wird in den folgenden Jahren steigen. Die Frage nach der besonderen Fürsorgepflicht des Staates ist gestellt.

Von WOLFRAM von RAVEN

Vor elf Jahren wurden die beiden Hochschulen der Bundeswehr in München und in Hamburg gegründet, die Bewerbern für die Laufbahnen der Berufsoffiziere und jener Zeitoffiziere, die zwölf Jahre in den Streitkräften dienen wollten, insgesamt 15 Studiengänge anboten. Diese Pflichtstudien, die nach 15 Monaten Dienst in der Armee einsetzten, sollten mindestens drei Jahre und drei Monate (für die Abschlußprüfung), höchstens vier Jahre (einschließlich aller Wiederholungen) dauern.

Die Reform, die damit eingeführt wurde, war nicht allein aus dem sachlichen Bedürfnis entstanden, der Bundeswehr eine akademisch gebildete Führungsschicht zu liefern; sie hatte ebenso den Sinn, die Attraktivität der Militärkarriere – ihr Sozialprestige also – zu steigern. Mithin begaben sich die Streitkräfte an ein ungemein aufwendiges Unternehmen, was schon darin zum Ausdruck kommt, daß derzeit aus dem Wehrbudget fast 290 Professoren, doch nur knapp 220 Generale, Admirale und Ärzte vergleichbaren Ranges besoldet werden.

Bisher haben rund 10 500 Soldaten das Studium absolviert, 64 Prozent davon mit Erfolg. Manche Korrekturen des Programms, die sich aus den Erfahrungen ergeben, sind nun – wie es Minister Manfred Wörner die Öffentlichkeit wissen ließ – geplant; sie gelten sämtlich der Aufgabe, die „Theorielastigkeit" des Studiums zu mindern, dessen „Praxisbezogenheit" zu mehren. Im Vordergrund stehen dabei natürlich die Notwendigkeiten der Armee, der es unter den derzeitigen Bedingungen beträchtliche Mühe macht, aus den Akademikern in Uniform, die als Oberleutnante zur Truppe gelangen, erst einmal Ausbilder und Führer zu formen. Als Hintergedanke spielt aber auch wohl das Erfordernis eine Rolle, jenen Offizieren, die nicht „lebenslänglich" Soldaten bleiben, sondern nach zwölf Jahren aus dem Dienst scheiden möchten, den Weg in adäquate Zivilberufe zu bahnen. Das gebietet der Anspruch auf Fürsorge und Förderung der Männer, die mit 31 Lebensjahren den Rock ausziehen.

In diesem Jahr sind die ersten 402 Offiziere, die in Hochschulen der Bundeswehr studiert haben, als Stellenbewerber auf einem Arbeitsmarkt, auf dem das Angebot von Akademikern die Nachfrage bei weitem überwiegt – dabei, um nur die wichtigsten Gruppen zu nennen, 92 Diplomingenieure (Elektrotechnik), 82 Diplomkaufleute und 76 Diplompädagogen. Ihre Zahl wird in den nächsten Jahren wachsen: auf 428 im Jahre 1985 und auf 545 im Jahre 1986. Von den Offizieren mit Hochschulbildung, die aus den Streitkräften scheiden, streben etwa zwei Drittel in die private Wirtschaft, während ein Drittel im öffentlichen Dienst – als Berufssoldaten, als Verwaltungsbeamte oder -angestellte und als Lehrer – bleiben möchte.

Werden sie sich gegen die Konkurrenz der anderen durchsetzen oder bloß behaupten, das heißt: einen Arbeitsplatz finden können, der ihren Bildungswegen und ihren Wunschvorstellungen einigermaßen entspricht? Oder werden sie siÖh irgendeinen „Job„ suchen müssen, der ihre Familien ernährt, doch eben nur als „Broterwerb", folglich die Anstrengungen des Studiums, die Leistungen des Examens und die Lehren der Dienstzeit zur Vergeblichkeit degradieren würde?

Der Staat ist ihnen verpflichet, da er sie – unter einer günstigen Wirtschaftslage – einst gelockt hat, sie darum jetzt nicht sozusagen ins Leere laufen lassen darf. Garantien für passende Posten können ihnen gewiß nicht gegeben, aber manche Maßnahmen zur Unterstützung sind denkbar.

Mit einer Studie unter dem Titel „Offiziere am Arbeitsmarkt" hat das „Institut für Personalwesen und Arbeitswissenschaft (I. P. A.)" an der Hamburger Bundeswehr-Hochschule dafür wichtige Anregungen vorgelegt. Die Arbeit, die unter der Leitung von Professor Michael Domsch geleistet wurde, befaßt sich zwar allein mit den Berufsaussichten der Diplomkaufleute, doch können ihre Methoden und Feststellungen als Modelle für weitere Untersuchungen betrachtet werden, die sich den Möglichkeiten für Akademiker anderer Disziplinen widmen müssen.

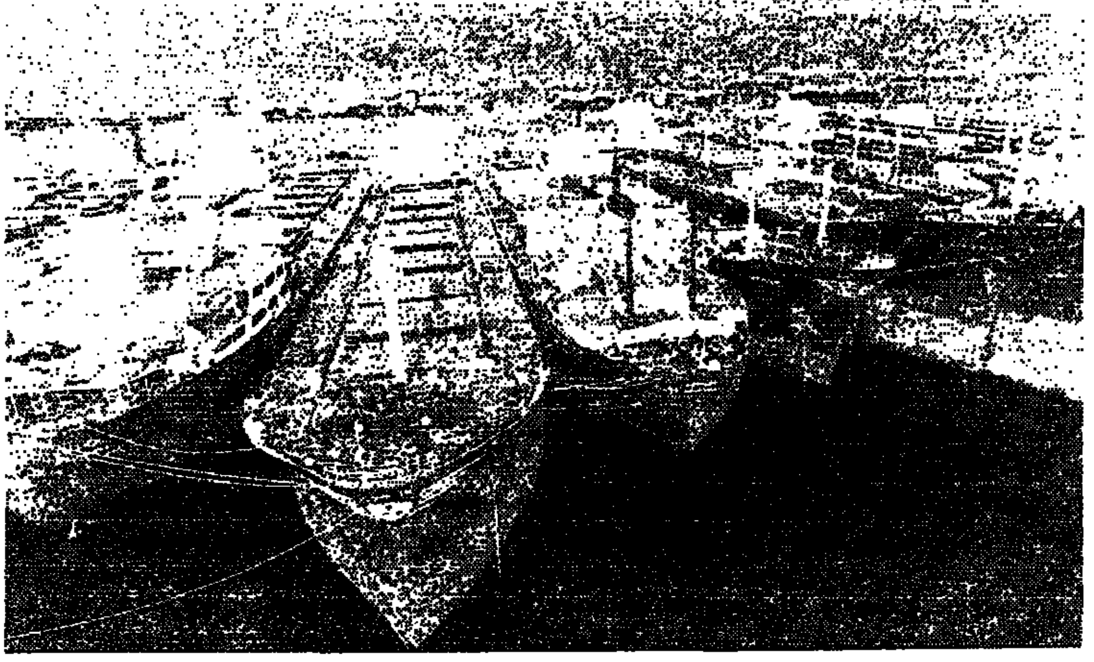
Mit dem Projekt wurde spezifizierte und differenzierte Meinungsforschung in knapp 400 Unternehmen betrieben, in denen Diplomkaufleute, Diplomvolkswirte und Diplomökonomen beschäftigt werden. Danach wurden im Sommer 1983 – dem Zeitraum der Untersuchung – Stand und Entwicklung des Arbeitsplatzangebotes eher pessimistisch als optimistisch beurteilt, so daß die Indizien, die gemeinhin als „gedämpfte Erwartungen" firmierten, insgesamt nicht ausreichten, „auch nur die Erhaltung der personellen Kapazitäten im Führungskräftebereich zu prognostizieren". Wer die Ausgangslage nüchtern einschätzt, muß daher in Rechnunq stellen, daß der Andrang der Bewerber von der Wirtschaft nicht bewältigt werden kann.

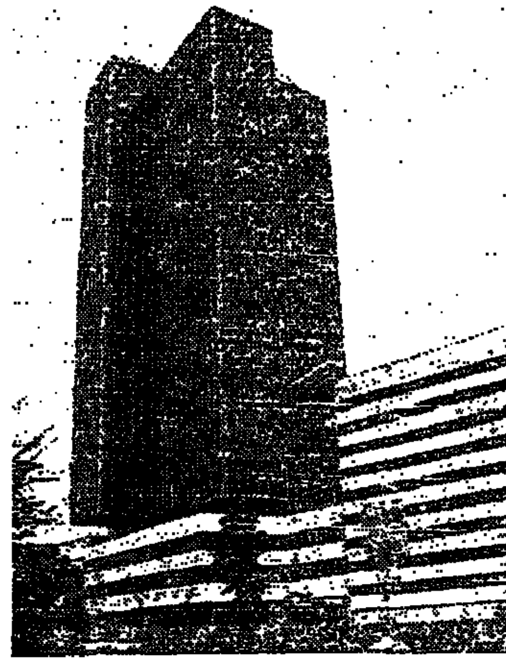
Die Aussichten der Offiziere, die in diesen Wettbewerb geraten, werden nicht lediglich nach der Studienqualifikation, sondern gleichermaßen nach der Bundeswehrqualifikation gewertet, wobei zwischen Tätigkeiten auf den Gebieten der Logistik, der Stabsarbeit und des Truppendienstes unterschieden wird. Differenzen in den Möglichkeiten für ausscheidende Offiziere mit akademischen Diplomen, von einem Unternehmen engagiert zu werden, zeigen sich von Branche zu Branche, wobei zum Beispiel einerseits in den Bereichen der Elektrotechnik und der Feinmechanik Bundeswehrqualifikationen der Vorzug gegeben wird, während andererseits in den Bereichen des Kreditgewerbes und der Verbände die Studienqualifikation Vorrang genießt.

Im Vergleich mit Wettbewerbern vier anderer Typen – nämlich dem Hochschulabsolventen mit fünf Jahren Berufspraxis, dem Fachhochschulabsolventen mit fünf Jahren Berufspraxis, dem Hochschulabsolventen ohne Berufspraxis sowie dem Praktiker mit innerbetrieblicher Aus- oder Weiterbildung – liegt der Diplomkaufmann, der die Uniform mit dem Zivilanzug vertauscht, etwa im Mittelfeld des Rennens um Stellen: als Kandidat für eine Sachbearbeiterposition auf dem vierten, als Anwärter für eine Führungsposition auf dem dritten Platz. Im Fazit der Untersuchung fällt auf, daß der Offizier als Bewerber von älteren Unternehmern günstiger als von jüngeren beurteilt wird – allgemein unterschiedlich allerdings im Hinblick auf die verschiedenen Funktionsbereiche.



Akademiker in Uniform: Mehr als 10 000 absolvierten die Bundeswehr-Hochschulen in Hamburg und München. FOTO: KARSTEN DE RIESE





Umstrittene Abschreibungsobjekte: Frachtschiffe ohne Auftrag, das Berliner Pleite-Projekt Steglitzer Kreisel FOTOS: STUDIO X/SVEN SIMON

Probleme mit der Lust am Verlust

Beim Bundesfinanzhof in München steht eine Entscheidung über die Zukunft der Abschreibungsfirmen an. Die Branche ist jedoch optimistisch, daß die „tickende Zeitbombe" nicht explodieren wird.

Von LEO FISCHER

In ihren besten Zeiten machten sie mehr Geld bei deutschen Anlegern locker, als über Kapitalerhöhungen und Neuemissionen für den Aktienmarkt mobilisiert werden konnte. Drei bis vier Milliarden Mark sammelten die Abschreibungsfirmen pro Jahr mit dem Versprechen hoher Verlustzuweisungen bei Ärzten und Zahnärzten, Anwälten und Architekten, Selbständigen und Angehörigen freier Berufe.

Selbst eine Vielzahl von Affären konnte dem Geschäft lange Zeit keinen Abbruch tun. So leitete der Kölner Abschreibungsexperte Jochen Erlemann die Anlegergelder via Scheinfirmen in die eigene Tasche, mit der Folge, daß die Anleger nicht nur um ihre Steuervorteile, sondern auch um ihr eingezahltes Kapital gebracht wurden. Erlemann bereitet sich jetzt als Freigänger der Justizvollzugsanstalt Darmstadt auf neue Aktivitäten – ob auf dem Anlagemarkt, ist ungewiß – vor. Der ebenfalls in Köln tätige, auf das sogenannte Mietkaufsystem spezialisierte Jürgen Amann konnte sich nach dem Zusammenbruch siner Firma in die Schweiz absetzen und hat in der Bundesrepublik eine Schar ratloser Anleger zurückgelassen. Und in diesen Tagen wird bekannt, daß die Staatsanwaltschaft in Köln gegen den umstrittenen Anlagepromoter Renatus Rüger Anklage wegen Betrugs und Untreue erhoben habe. Die Schadenssumme wird auf 50 Millionen Mark geschätzt.

Doch alle negativen Erfahrungen konnten die Anleger von neuen Engagements bei Abschreibungsfirmen nicht abhalten. Allzu verlockend schien die Aussicht, dem Fiskus ein Schnippchen zu schlagen und gleichsam aus ersparten Steuern Vermögen bilden zu können. Je höher die versprochenen Verlustzuweisungen, um so attraktiver schien die Anlage, oft ohne Rücksicht darauf, ob überhaupt die Aussicht bestand, daß einmal wirtschaftliche Erträge anfallen würden.

Es sind nicht nur die Skandale, die der Branche in den letzten Jahren den Wind ins Gesicht blasen lassen. Durch Erlasse der Finanzbehörden und vor allem durch die Abschaffung des negativen Kapitalkontos vor vier Jahren wurden die Möglichkeiten steuersparender Investitionen erheblich eingeschränkt. Seither können, von Ausnahmen abgesehen, die der Gesetzgeber zur Stärkung der Berliner Wirtschaft und Förderung der deutschen Werftindustrie zugelassen hat, Verlustzuweisungen nur noch bis zur Höhe der Einlage geltend gemacht werden. Zu den Ausnahmen gehören Schiffahrtbeteiligungen und Investitionen im Berliner Wohnungsbau. Hier sind nach wie vor Verluste von 200 und mehr Prozent (bezogen auf das Eigenkapital) möglich, wenn die obersten Finanzrichter in München Initiatoren und Anlegern keinen Strich durch die Rechnung machen.

Der Große Senat des Bundesfinanzhofes hat eine Entscheidung zu fällen, die von grundsätzlicher und weitreichender Bedeutung für die Zukunft der Abschreibungsbranche ist. Der eigentlich dafür zuständige Vierte Senat hatte in der Revision den Fall einer GmbH und Co. KG zu entscheiden, die den Kauf eines Schiffes finanziert hatte, das jedoch – bei der desolaten Situation am Schifffahrtsmarkt kaum überraschend – keine Fracht erhielt und dementsprechend keine Einnahmen erzielte. Das zuständige Finanzamt lehnte die Berücksichtigung der auftretenden Verluste ab, das Finanzgericht bestätigte diese Entscheidung; der Vierte Senat des Bundesfinanzhof sollte nun in letzter Instanz entscheiden.

Die Tatsache, daß das Schiff jahrelang nicht beschäftigt werden konnte, wurde von den Finanzbehörden als Indiz für die fehlende Gewinnerzielungsabsicht angesehen, die als Voraussetzung für die Anerkennung von Steuerverlusten angesehen wurde. Weil es sich um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung handelt und sich der Vierte Senat in einigen Punkten im Widerspruch zur Ansicht des Ersten Senats befand oder wähnte, wurde die Sache als Vorlagebeschluß dem Großen Senat zur Entscheidung vorgelegt. Zu prüfen hat nun der große Senat,

- ob es sich bei einer Abschreibungsfirma in Form der GmbH und Co. KG, also einer Kommanditgesellschaft mit einer Kapitalgesellschaft als einzigem Vollhafter, um eine Personengesellschaft und nicht um eine körperschaftsteuerpflichtige Kapitalgesellschaft handelt.
- ob eine GmbH und Co. KG überhaupt als Gewerbebetrieb angesehen werden kann
- ob der Kommanditist als Mitunternehmer tätig ist
- ob eine solche „Publikums-KG" auch als gewerbliches Unternehmen anzusehen ist, wenn es nicht unmittelbar einen Gewinn erstrebt.

Nur wenn diese vier Fragen mit ja beantwortet werden können, kommt der Anleger in den Genuß der über seine Anlagen hinausgehenden Verlustzuweisungen.

Vor einer Woche verhandelte der Große Senat – unter Ausschluß der Öffentlichkeit – über diesen Problemkreis. Der Kläger, die Adam GmbH und Co. KG hatte auf nichtöffentlicher Sitzung bestanden. Journalisten und die am Ausgang des Verfahrens nicht minder interessierte Konkurrenz mußten den Saal verlassen.

Gleichwohl ist die Branche informiert genug, um dem Ausgang des Verfahrens optimistisch entgegenzusehen. Heinz Gerlach, Herausgeber des Branchen-Informationsdienstes „kapital-markt-intern", glaubt, daß die obersten Finanzrichter mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" ein für die Anleger günstiges Urteil fällen werden.

Nicht immer war Gerlach so optimistisch. Denn als der Vorlagebeschluß zunächst ohne Begründung veröffentlicht wurde, entstand der Eindruck, als wenn der Vierte Senat zu den angeschnittenen Fragen eine negative Entscheidung empfehlen würde. „Kapital-markt-intern" sprach von einer „tickenden Zeitbombe" für die Abschreibungsfirmen, und bei Initiatoren und Anlegern breitete sich bereits Panik aus, drohen bei einem negativen Entscheid doch Steuernachzahlungen von rund einer halben Milliarde Mark.

Erst als die Begründung des Vorlagebeschlusses veröffentlicht wurde, zeigte sich, daß der Vierte Senat die Auffassung vertritt, die Publikums KG sei keine Kapitalgesellschaft und sämtliche Einkünfte einer solchen Gesellschaft seien als Einkünfte aus Gewerbebetrieb anzusehen. „kapital-markt-intern" jubelte: „Die Publikumskommanditgesellschaft ist gerettet." In diesen Jubel stimmte auch Detlef Brümmer mit ein, der große Sorgen hat mit der Anerkennung der Verlustzuweisungen bei seinem Schiffsbeteiligungsfonds Divag 15.

Gleichwohl hat Brümmer bislang keinen Grund zum Jubel. Denn das Finanzamt und das zuständige Finanzgericht lehnten die Anerkennung der Verlustzuweisung mit der Begründung ab, daß die Gewinnerzielungsabsicht fehle. Immerhin geht es hier um Verlustzuweisungen von 288,5 Prozent. Also ein Investor, der 100 000 Mark Eigenkapital eingezahlt hat, kann 288 500 Mark von seinem Einkommen absetzen.

Als Indiz für die von Anfang an fehlende Gewinnerzielungsabsicht kann der Prospekt des Unternehmens gelten, indem zur Zeit der Emission (1980) auf die fehlende Einsatzmöglichkeit des mit den Anlagegeldern finanzierten Flüssiggas-Mammuttankers eingestanden wird. Ja, es wird im Prospekt sogar darauf hingewiesen, daß eine Vercharterung erst im Jahre 1987 möglich sein könnte. Und tatsächlich ist das Schiff auch bis heute nicht verchartert worden.

Das Begehren des Navi-Fonds, durch eine einstweilige Anordnung des Bundesfinanzhofs die Anerkennung der Verlustzuweisungen zu erreichen, war im Februar abgelehnt worden. Die Anleger müssen also bis zur Hauptverhandlung auf eine Entscheidung warten und müssen ihre Einkünfte bis dahin voll versteuern.

Nach bisheriger Auffassung des Großen Senats des Bundesfinanzhofs ist die Gewinnerziehungssabsicht zwar auch dann zu bejahen, wenn nicht bei der Gesellschaft selbst, sondern unter Ausnutzung von Steuervergünstigungen bei den einzelnen Kommanditisten Steuern gespart werden können. Durch zwei neue Entscheidungen des Vierten Senats ist dieses Urteil aber verwässert worden. Ebenfalls im Falle einer Schiffsbeteiligung KG hat der Vierte Senat mit Beschluß vom 10. 11. 1977 die Gewinnerzielungsabsicht verneint mit der Begründung, daß sich die Kommandististen nur für sieben Jahre beteiligten und in dieser Zeitspanne unter vernünftiger Würdigung der Umstände Gewinne nicht zu erwarten waren.

Ähnlich entschied der Vierte Senat im Falle einer Filmabschreibungsgesellschaft. Die Gesellschaft mußte in knapp zwei Jahren 25 Millionen Mark Verleiherlöse erzielen, um Zins und Tilgung des aufgenommenen Darlehens aufzubringen. Andernfalls sollten die Filmrechte auf die Kreditgeber übergehen. Der Senat verneinte auch hier die Gewinnerzielungsabsicht, mit dem Argument, daß „mehr als eine rein theoretische, nur durch außergewöhnliche Glücksfälle realisierbare Möglichkeit" einer Gewinnerzielung bestehen müsse.

Mit Gelassenheit können alle die Anleger dem Spruch aus München entgegensehen, bei denen der endgültige Betriebsprüfungsbescheid vorliegt. Dies dürfte vor allem für Objekte gelten, die bis 1980/81 plaziert worden sind. Auch bei Objekten, die vor Veröffentlichung des Vorgabebeschlusses plaziert wurden, besteht unter Umständen die Möglichkeit, daß die Steuervorteile erhalten bleiben.

Aber auch die anderen Anleger haben bei einer negativen Entscheidung der obersten Finanzrichter die Chance, bei den Initiatoren und den Anlageberatern, die das Objekt verkauften, Schadenersatz zu verlangen. Aber nur im Fall, daß die Ungewißheit über die Anerkennung der Verlustzuweisungen im Prospekt verschwiegen wurde und die Initiatoren überhaupt Schadenersatz zahlen können.

WIE WAR DAS? Als sich der Zebrastreifen zur Gefahrenzone wandelte

Von HEINZ HORRMANN

Die Verordnung vom 24. August 1953 war seidenweich und unverbindlich: Autofahrer wurden zur Vorsicht und Rücksichtnahme an den neu geschaffenen Straßenübergängen verpflichtet. Die Fußgänger sollten im damals stärker werdenden Kfz-Verkehr mit dieser Maßnahme geschützt werden. Der Erfolg war frappierend. Kein Passant lief blind auf die Straße und rechnete in jedem Fall mit Bremsreaktionen der Autofahrern, andererseits hielten sich die Kfz-Lenker wiederum „aus Höflichkeit" (Verkehrsministerium) an die partnerschaftliche Regelung.

Erst als vor genau 20 Jahren der Fußgängerüberweg, im Volksmund Zebrastreifen genannt, zum verbindlichen Gebotszeichen gemacht wurde, das den Autofahrer zum Halten verpflichtet und dem Fußgänger das alleinige Vorrecht auf diesem Teil der Straße zuschrieb, begannen die Probleme.

Einerseits wurden die Überwege oft zur sicheren Hilfe, andererseits aber auch zur ständig wachsenden Unfallgefahr. Die Fußgänger pochten auf ihr in der Straßenverkehrsordnung festgelegtes Recht. Sie glaubten sich sicher und waren es doch nicht in jedem Fall. Vor allem Kinder waren stärker von der falschen Beurteilung betroffen.

Der Verkehrsexperte Bernhard Schleiermacher errechnete vor zehn Jahren in einer Studie die „relative Unfallwahrscheinlichtkeit für Fußgänger" an Hand von Unfallzahlen in Form eines Index. Danach ist die Wahrscheinlichkeit, an einer Ampel von einem Auto angefahren zu werden 0,3, an einer Kreuzung mit Überweg und Ampel 1,17, aber auf dem normalen Zebrastreifen 3,49 Indexpunkte. Berechnungen der Bundesanstalt für Straßenwesen sagen zumindest, daß die Gefahr, auf einem Zebrastreifen angefahren zu werden, ebenso groß ist wie bei einer Straßenüberquerung ohne dieses Hilfsmittel.

Die Verunsicherung wuchs. In vielen Städten wurden etliche der weißgestreiften Fußgängerübewege wieder ersatzlos gestrichen. 1970 erließ das Bundesverkehrsministerium neue Richtlinien, wo Zebrastreifen anzulegen seien, und zwar sollte es nur dort sein, wo „nicht weniger als 300 Fußgänger auf nicht weniger als 400 *Kraftfahrzeuge pro Stunde auf*einandertreffen". Bei einer Verkehrsfrequenz von 400 bis 1100 Fahrzeugen muß ein Fußgängerüberweg mit Signalanlage her und darüber hinaus eine Ampelanlage.

Mit zunehmender Verkehrsstärke schlug das Pendel immer deutlicher aus dem Bereich Sicherheit und Nutzen in das rote Feld der Unfallfalle. 1982 stellte der Bundesgerichtshof in einer Entscheidung fest, daß Fußgänger beim Überqueren eines durch Zebrastreifen geschützten Straßenüberganges nicht blindlinks darauf vertrauen dürfen, daß die Autofahrer ihrer Verpflichtung zur Vorsicht auch wirklich nachkommen. Im Urteil des 6. Zivilsenats hieß es: „Beim Betreten des Zebrastreifens muß der Verkehrsteilnehmer mindestens durch einen beiläufigen Blick nach beiden Seiten die Verkehrslage ausloten und, bei einer erkennbaren Gefährdung durch Kraftfahrzeuge warten." Damit widersprachen die Karlsruher Richter einem anderslautenden Urteil des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichts.

Heute sind neue Planungen und Richtlinien beim Verkehrsministerium in Arbeit. Mit zusätzlichen Signalanlagen und noch besserer Beleuchtung in der Dunkelheit soll zukünftig das Risiko verkleinert werden.

Besser freilich als alle optischen Hinweise und Signale wäre partnerschaftliche Rücksichtnahme von Autofahrern und Fußgängern

Die „Illegalen" überschwemmen Amerika

„Wir haben die Kontrolle über unsere Grenzen verloren", sagte Präsident Reagan. Und er meinte damit die wachsende Flut illegaler Einwanderer aus aller Welt, deren Zahl auf bis zu zehn Millionen geschätzt wird. Ein heißes Eisen im Wahljahr.

Von GITTA BAUER

Sie kommen von Bangladesch und von den Philippinen, sie sprechen Spanisch, Koreanisch, Urdu. Sie fliehen vor Hunger und Hoffnungslosigkeit, vor Furcht und Terror. Amerikas illegale Einwanderer kommen über den Rio Grande in Mexiko, über die grüne Grenze Kanadas. Sie kommen in Nußschalenbooten, aber auch per Jet. Ihre Zahl wird zwischen zwei und zehn Millionen vermutet. Sie alle vertrauen auf die Verheißung der Freiheitsstatue im Hafen von New York, die den „Müden, den Armen und Bedrängten" ein befreites Aufatmen verspricht.

Der „Miami Herald" brachte dieser Tage eine Karikatur: Eine menschliche Springflut braust auf Amerikas Küsten zu. Mit einem Stoppschild in der Hand stemmt sich ihr ein winziges Männchen mit dem Namen Simpson-Mazzoli entgegen. Senator Alan Simpson und der Abgeordnete Romano Mazzoli haben in beiden Häusern des Kongresses mit knapper Mehrheit eine Gesetzgebung auf den Plan gebracht, die zum ersten Mal in zwanzig Jahren das Problem der illegalen Einwanderer in Angriff nimmt.

Die Entwürfe haben eines gemeinsam: Sie gewähren Amnestie für Illegale, und zwar denjenigen, die vor 1977 (Senat) bzw. vor 19D2 (Repräsentantenhaus) in die USA gekommen sind. Die Legalisierung ungesetzlichen Tuns wäre eine pragmatische Lösung. Sie muß aber auch in einem Wahljahr böses Blut machen. Denn wie die Türken in der Bundesrepublik sind die „Illegal Aliens", meist Mexikaner, Mittel und Lateinamerikaner, ein heißes Eisen in den USA.

Wie heiß, zeigt eine Gallup-Umfrage, nach der 55 Prozent der Bevölkerung die illegale Einwanderung für ein „sehr wichtiges Problem" halten, also zwar hinter ArbeitslosigKeit, Inflation und nuklearer Bedrohung setzen, aber doch auf die gleiche Ebene wie Umweltschäden. Dabei ist – verglichen mit der Stimmung gegenüber Einwanderern um die Jahrhundertwende – relativ wenig Fremdenhaß oder gar Rassismus im Spiel. Es gibt keine diskriminierenden Stellenanzeigen oder gar Schutzgesetze gegen alle, die gelber Hautfarbe sind. Aber „es kommen zu viele Lateinamerikaner", meinen 54 Prozent, „zu viele Asiaten", meinen 49 Prozent der Befragten.

In der zum Beispiel in New York und Miami explosiven Frage der ZweispracKigkeit von Schulen und Behörden scheiden sich im *US-Maß*stab die Geister fast genau zur Hälfte: 47 Prozent plädieren für „ur Englisch", 49 Prozent für eine zweite Sprache. Ähnlich ist es bei der Frage, ob Immigranten amerikanischen Bürgern die Arbeit wegnehmen. Das bejahen 61 Prozent. Aber 80 Prozent glauben, daß „viele Einwanderer hart arbeiten und Jobs nehmen, die Amerikaner nicht wollen".

Bei der für die Gesetzesreform jedoch entscheidenen Frage gibt die amerikanische Öffentlichkeit in ihrer Mehrheit keinen Pardon. Die Amnestie findet Zustimmung nur bei 34 Prozent, während 55 Prozent für hartes Durchgreifen, Verhaften und Deportieren sind. Dazu haben aber die USA, wie Justizminister William French Smith meint, „weder die Mittel noch den politischen Willen".

Der Ärger ist verständlich, wenn man von den Tricks hört, die Illegale anwenden, um in der offenen amerikanischen Gesellschaft unterzutauchen. Senator Simpsom führte das Beispiel eines einzigen Einwanderers in Illinois an, der es verstand, sich mit Hilfe eines gefälschten Führerscheins in den Besitz von je einer Mitgliedskarte der Rentenversicherung und einer Gewerkschaft zu bringen. Darauf bekam er Bezugsscheine für freie Lebensmittel, erhielt kostenlose Heilbehandlung, Arbeitslosenunterstützung und – als Krönung – *die Immatrikulation an einem Colle*ge plus Stipendium.

Die Heiligkeit der Familie, Amerikas oberste Erwägung bei den bisherigen Einwanderungsgesetzen, die die Familienzusammenführung erlauben, wird zu Eheschließungen auf dem Papier pervertiert, die nur dem Zweck der Einwanderung dienen. In Kolumbien sind gefälschte Trauscheine für 1000 Dollar zu haben. Auf den Philippinen gibt es „Reisebüros" alias Schmuggelringe zur Verschiffung in die USA, die für 10 000 Dollar nicht nur mit gefälschten Pässen und Visa dienen, sondern völlig neue Identitäten fabrizieren, komplett mit Trauschein, grüner Einwanderungskarte, Versicherungsnummer, Grundbesitz und Bankkonto.

Auch der zweite Leitsatz der bisher gültigen Einwanderungsgesetzgebung, die Gewährung von Asyl für politisch Verfolgte, bleibt nicht verschont. Es gab 1979 ganze 3800 Anträge auf Asyl. Die Zahl schnellte 1984 auf bisher 178 000. Das Magazin „Newsweek" vermutet hinter dieser Zahl wohl zu Recht nicht allein ein Ansteigen politischer Verfolgung in der Welt, sondern größere Gerissenheit der Einwanderungsanwälte. Auch ihre Zahl hat sich sprunghaft vermehrt, Legalisierung ist ein blühendes Geschäft geworden.

China: Greuel der Sowjets in Afghanistan

AP, Moskau

In ungewöhnlich scharfer Form hat die Volksrepublik China die sowjetische Politik in Vietnam und Afghanistan verurteilt, wobei das Verhalten der Sowjets in Afghanistan mit „Nazi-Greueln" verglichen wurde. In einem Artikel der chinesischen Parteizeitung „Renmin Ribao" hieß es, sowjetische Soldaten bekämen beigebracht, mit ihren Bajonetten kleine Kinder aufzuspießen, um so die Praxis des Tötens zu lernen.

„Das sind keine Nazi-Greuel, wie sie vor Jahrzehnten bei den Nürnberger Prozessen ans Licht kamen", schrieb das Blatt. Es handele sich vielmehr um Augenzeugenberichte aus Afghanistan. Die Zeitung bezog sich damit auf die Pressekonferenz von zwei sowjetischen Soldaten in London, die zu den Widerstandskämpfern in Afghanistan übergelaufen waren. „Es gibt eine alte Redensart, wonach nur die Furchtsamen zu äußerster Brutalität greifen", kommentierte die Zeitung.

In einem Artikel der chinesischen Wochenzeitschrift „Liaowang" hieß es am Sonntag, das sowjetisch-vietnamesische Bündnis gefährde die Sicherheit Asiens. Moskau benutze Vietnam als Sprungbrett und vorgeschobenen Stützpunkt bei seiner nach Süden gerichteten Strategie, während Hanoi bei seiner „zügellosen Aggression gegen Kambodscha" von der sowjetischen Unterstützung abhänge.

Auszeichnung für Frau Thatcher

dpa, London

Der Bundesverband Junger Unternehmer (BJU) hat gestern in London Premierministerin Margaret Thatcher für „Verdienste um das selbständige Unternehmertum" ausgezeichnet und ihr das funktionsfähige Modell einer Dampfmaschine überreicht.

„Die britische Wirtschaft steht wieder unter Dampf und gewinnt Schwung", sagte der BJU-Bundesvorsitzende Klaus Günther während der Übergabe in Frau Thatchers Amtssitz in der Downing Street. Die jungen Unternehmer sähen diesen Erfolgskurs vor allejm in der Politik des „Thatcherismus" begründet, die Elemente der angebotsorientierten Steuerpolitik, der Privatisierung staatlicher Unternehmen und der Sanierung der Staatsfinanzen verbinde und damit Unternehmer zu Investitionen ermutige. Frau Thatcher quittierte die Lobeshymne trocken mit der Bemerkung: „Sie haben völlig recht."

Träger des Preises in den vergangenen Jahren waren unter anderem Professor Rolf Dahrendorf von der London School of Economics, der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth und die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel.

ZDF bestätigt Kündigung

DW. Bonn

Das ZDF hat bestätigt, daß der stellvertretende Programmdirektor Peter Gerlach um die Auflösung seines Vertragsverhältnissos zum 30. April 1985 gebeten hat. In einer gestern veröffentlichten Presseerklärung wird vom Ausscheiden Gerlachs „im beiderseitigen Einvernehmen" gesprochen.

Die Mitteilung hebt Gerlachs Verdienste besonders bei der seit 1975 begonnenen und seither stetig ausgebauten Zusammenarbeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit privaten Partnern hervor und betont, daß Gerlach als selbständiger Produzent „dem ZDF auch künftig verbunden bleiben wird".

Der Hintergrund für die Kündigung Gerlachs (s. WELT v. 2. Juli) wird in internen Widerständen im Hause gesehen, Gerlach zum Direktor zu befördern.

Aussiedlerzahl ist rückläufig

AP, München

Im ersten Halbjahr 1984 ist die Zahl der Aussiedler um 2239 auf insgesamt 16 405 gesunken. Wie das bayerische Arbeits- und Sozialministerium gestern in München mitteilte, sei dabei vor allem die Zahl der Aussiedler aus dem polnischen Machtbereich deutlich rückläufig gewesen. In den ersten sechs Monaten 1983 waren 18 644 Aussiedler registriert worden.

Im einzelnen kamen aus dem polnischen Machtbereich 6833 Aussiedler gegenüber 9824 im ersten Halbjahr 1983. Aus der Sowjetunion gelangten 474 in die Bundesrepublik Deutschland gegenüber 625 im Vorjahr, aus der Tschechoslowakei 405 (496), aus Ungarn 136 (227), aus Jugoslawien 71 (77) und über das westliche Ausland kamen 45 (46).

Angestiegen ist nur die Zahl der deutschen Aussiedler aus Rumänien. Von dort kamen im ersten Halbjahr 1984 insgesamt 8431 Personen gegenüber lediglich 7349 in der ersten Hälfte des Vorjahres.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die größte Weinprobe der Welt wurde zum peinlichen Politikum

JOACHIM NEANDER, Mainz

Was am kommenden Samstag nachmittag in der Pfalz als „Größte Weinprobe der Welt" auf 80 Kilometer Länge mit 80 000 feuchtfröhlichen Ausflüglern geplant war, ist plötzlich zum Politikum geworden. Protestbriefe an Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Vogel wurden geschrieben. In der Landeshauptstadt spricht man von einer „großen Eselei".

Gemeint ist dabei nicht die Riesenweingaudi selber, sondern die Art, in der dafür geworben wurde. Denn diese Werbung geht in einer geradezu atemberaubenden Unbefangenheit mit Ereignissen der Zeitgeschichte um.

Hintergrund der großen Ausschenkaktion (von motorisierten Weinfässern aus, die an einer 80 km langen Menschenschlange an der Deutschen Weinstraße von Schweigen im Süden bis Bockenheim im Norden der Pfalz entlangfahren sollen) ist natürlich die leidige Tatsache, daß auch hier in der sonnigsten und trockensten aller deutschen Regionen die Winzerfässer immer noch fast voll sind, obwohl die nächste Ernte schon in Sicht ist.

Aber die Initiatoren, voran der rührige, schnauzbärtige 43jährige Journalist, Weinwerbekaufmann und CDU-Landtagsabgeordnete Dieter Hörner aus Landau, wollten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und bei dieser Gelegenheit schon für das erst 1985 bevorstehende 50jährige Jubiläum der Deutschen Weinstraße werben. Daß bei 50jährigen Jubiläen aus guten Gründen einiges zu bedenken ist, bedachten sie nicht. Mutig und ahnungslos griffen sie in die falsche Kiste.

So heißt es in einem Werbe-Faltblatt: „Im Juli des Jahres 1935 versammelten sich in der Gastwirtschaft „Zum Bayerischen Jäger" im Weinort Schweigen einige wenige Männer um Josef Bürckel. Sie faßten einen Entschluß, über den Freunde von Wein und Landschaft noch heute froh sind ..."

Nun war aber dieser damals 40jährige Weinstraßen-Begründer Josef Bürckel, von Beruf eigentlich Volksschullehrer, nicht irgendwer, sondern NSDAP-Gauleiter der Pfalz. Später wurde er einer der mächtigsten Ämterhäufer der ganzen NS-Ära, z. B. Saar-Bevollmächtigter des Führers, Reichsstatthalter und Gauleiter in Wien, Reichskommissar in Lothringen. Die Historiker sehen in ihm geradezu einen Prototyp des Parteibonzen – unnachsichtig als Vollstrecker der Macht, ausschweifend im persönlichen Lebenswandel. Ende September 1944, bei Hitler in Ungnade gefallen, erschoß er sich, um einer Verurteilung zuvorzukommen – wie Zeugen berichten, inmitten einer Batterie leerer Champagnerflaschen.

Hörner verteidigt sich: „Im ersten Entwurf stand ‚Gauleiter Josef Bürckel'. Aber wäre das besser gewesen? in der Pfalz weiß jeder, wer Bürckel war, und daß es sich um einen Verbrecher handelt. Aber die Idee der Deutschen Weinstraße stammt nun mal von ihm." Und weiter: „Niemand will Bürckel oder die NS-Zeit verherrlichen. Im nächsten Jahr wären wir sicher näher auf die Problematik eingegangen." Im übrigen sieht Hörner in der Kritik auch ein „gehöriges Stück Heuchelei".

Fast schärfer noch gehen die Kritiker mit einer anderen Passage ins Gericht, die Hörner in einem Artikel in in der Zeitschrift „Weinfreund" unter der Überschrift „Aus der Krise eine Chance" formuliert hat. Die bedrängte Lage der pfälzischen Winzer bei Gründung der Deutschen Weinstraße (1934 die größte Weinernte der Geschichte, und das bei einer Arbeitslosenzahl, die im Winter 1934/35, also zwei Jahre nach Hitlers Machtergreifung, immer noch 2,97 Millionen betrug) wird u. a. damit erklärt, „daß der bis dahin nahezu vollständig in jüdischer Hand befindliche Weinhandel fast völlig zum Erliegen kam." Aus dieser Krise hätten „die damaligen Machthaber" aber „eine Chance für den gesamten pfälzischen Weinbau" gemacht.

Daß er den Zusammenhang zwischen Krise und Chance in diesem besonderen Fall wohl doch ein wenig schief beurteilt, scheint der emsige Weinberwerber Hörner, dem selbst seine Gegner Fleiß, Einfallsreichtum und Einsatzfreude nicht bestreiten, inzwischen einzusehen. Den Vorwurf, mit dem Ausdruck „nahezu vollständig in jüdischer Hand", einfach den Sprachgebrauch der Nationalsozialisten übernommen zu haben, läßt er nicht gelten: „Diesen Sprachgebrauch kenne ich nicht. Ich bin Jahrgang 1941."

Sowohl der Bundeskanzler (in einem Brief des SPD-Landtagsabgeordneten Werner Klein), als auch Landesvater Bernhard Vogel (in einem Brief des SPD-Landesvorsitzenden Hugo Brandt), werden jetzt aufgefordert, sich von den Formulierungen ihres Parteifreundes Hörner zu distanzieren. Ob die „Größte Weinprobe der Welt", zu der auch Tausende von Ausländern erwartet werden, ganz ohne politisch motivierte Störungen vor sich gehen wird, ist nach dieser Entwicklunq ungewiß – obwohl bei der Veranstaltung selber von vornherein keinerlei Reminiszenzen an die Ereignisse vor 50 Jahren ins Spiel gebracht werden sollen.

Auch der von Hugo Brandt erhobene Vorwurf, der Südwestfunk, der im Hörfunk das Spektakel live übertragen will, habe die beauftragte Moderatorin abgelöst, weil sie „gerade auf die NS-Verbindungen hinwies und sie problematisierte", scheint sich so nicht zu bewahrheiten.

750-Jahr-Feier kam ins Gerede

Kritik an geplanter Berlin-Ausstellung / Hassemer: Korrekturen notwendig

WERNER KAHL, Berlin

Die Kommission des Berliner Senats zur Vorbereitung der 750-Jahr-Feier der Stadt hat nach heftigen internen Diskussionen eine Änderung des Konzepts des Senatsbeauftragten für das Jahrhundertfest beschlossen. Kultursenator Volker Hassemer bestätigte gestern auf Anfrage der WELT die Differenzen und sprach von „schwerwiegenden Korrekturen", die nun unter Zeitdruck notwendig geworden seien. An der ersten Beratung der Kommission im Gästehaus des Berliner Senats in Berlin-Grunewald nahmen am Wochenende sechs Senatoren, der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen und der Senatsbeauftragte Ulrich Eckhardt mit Mitarbeitern teil. Die Ausstellungsplanung, die der an der Preußen-Ausstellung beteiligt gewesene Soziologe und Kunstgeschichtler Gottfried Korff vortrug, löste fast einen Eklat aus.

Korff habe „versagt", hieß es von Teilnehmern nach der Sitzung. Das Versagen wird mit seinem Verhalten als „Ausstellungsfachmann" begründet. Bei seiner Planung habe Korff die politische Rolle der Stadt und ihre Funktion für die Deutschen als künftige Hauptstadt außer acht gelassen. Kultursenator Hassemer, der sich zu der vertraulichen Sitzung nicht äußerte, sprach jedoch die Erwartung aus, daß aus der Beratung „die Schlußfolgerungen gezogen" würden. Daran habe der Regierende Bürgermeister bei allen Beteiligten keinen Zweifel gelassen.

Die Besorgnis in führenden Kreisen der Stadt über unterschiedliche Leitlinien bei der Vorbereitung der 750-Jahr-Feier im Jahre 1987 brachte am Wochenende auch Finanzsenator Gerhard Kunz zum Ausdruck. Ohne auf die kontroverse Diskussion in der Senatskommission einzugehen, sagte Kunz auf der deutschlandpolitischen Tagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU im Berliner Reichstagsgebäude, es gebe in der Sdadt zur 750-Jahr-Feier „Überlegungen, die ich nicht teile". Kunz meinte damit, daß sich eine Planung durchsetzen könnte, die die geschichtliche Entwicklung Berlins vor allem als zivilisationsgeschichtliche Darstellung abspielt und lediglich soziologische Inhalte aufhäufelt. Eine Stadt wie das heutige geteilte Berlin in der Art auszustellen, wie man London, Paris oder New York herausstellen würde, werde jedoch nicht der vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Bedeutung gerecht, sagte Kunz.

Energisch bemerkte der Senator, es könne nicht die Aufgabe sein, in einer zivilisatorischen Darstellung zu zeigen, „warum wir mit Messer und Gabel essen gelernt haben". Urbanität allein werde den Deutschen auch in anderen Städten gezeigt. Die Kritiker der augenblicklichen Planungen fürchten wie Senator Gerhard Kunz einen städtischen Betriebsausflug in die dörfliche Vergangenheit und Vorstädte von Berlin, während das totalitäre Regime im Ostteil der Stadt agitatorischen Trommelwirbel weltweit ertönen lassen will.

Der Senat will jetzt mit dem Beauftragten Ulrich Eckhardt, der als Leiter der Berliner Festwochen bekannt wurde, die neue Planung ausrarbeiten. Mit Unterstützung von Gremien und kompetenten Persönlichkeiten soll die vielfältige Rolle der Stadt sowohl als größte Metropole zwischen Paris und Moskau als auch in ihrer Hauptstadtfunktion herausgestellt werden.

Späte Abrechnung mit dem Verlierer Kiesl

Junge Union: Die Niederlage war hausgemacht

PETER SCHMALZ, München

Erich Kiesl, der haushohe Verlierer der Münchner Kommunalwahl im März, kämpft um seine politische Zukunft. Nachdem in den Reihen der CSU über den überraschend deutlich ausgefallenen Verlust der Rathausmehrheit und des Oberbürgermeisteramtes zunehmend Kritik laut wurde, absolviert Kiesl als Münchner CSU-Bezirksvorsitzender eine Besuchsserie in den Kreisverbänden. Mögliche Konkurrenten für den Vorsitz warnt der Münchner CSU-Chef: „Wenn ein anderer ran will, muß er kämpfen – und zwar mit offenem Visier." Die Gefahr einer Abwahl besteht für ihn derzeit allerdings nicht, der nächste Parteitag mit Vorstandswahlen findet erst im kommenden Jahr statt. Doch beim nächsten örtlichen Parteitag am 12. Juli muß der gescheiterte Ex-Oberseine sechsjährige Amtsführung rechnen.

Ein Antrag der Jungen Union, der von dessen erweitertem Vorstand bei nur einer Gegenstimme akzeptiert wurde und der unter anderem von Max Strauß, dem ältesten Sohn des CSU-Vorsitzenden, unterzeichnet ist, bezeichnet die Münchner Niederlage als „hausgemacht". Es sei erstaunlich, daß eine „weitgehend erfolgreiche Sachpolitik" nicht in einen Wahlerfolg umgesetzt werden konnte. „Die Ablehnung der CSU durch die Münchner Wähler", heißt es in dem JU-Papier, „beruht offensichtlich auf dem Erscheinungsbild der Partei in München." Ohne Namen zu nennen, werfen die Antragsteller der CSU-Spitze im Rathaus vor, die Glaubwürdigkeit der Partei durch wahltaktische Fehlleistungen sowie ungeschickte und unpopuläre Vorgehensweisen verspielt zu haben. Viel Einzelentscheidungen hätten der Presse die Gelegenheit geboten, die CSU-Politik in Skandalnähe zu rücken. Die Kommunalpolitik der CSU habe sich in der bayerischen Landeshauptstadt in den vergangenen Jahren allzuoft auf „losgelöste Entscheidungen von Parteiführungskräften und der CSU-Stadtratsfraktion" beschränkt, die innerparteiliche Diskussion sei zu kurz gekommen.

Dieser Vorwurf zielt eindeutig auf Kiesl, der mit dem Glanz des Oberbürgermeisteramtes umgeben, sich kaum noch für kritische Anregungen aus der Partei zugänglich gezeigt hatte. Kritik, so meint die Junge Union, sei meist vorschnell als schädliche Auflehnung herabgewürdigt worden, eine fruchtbare und kontroverse Sachdiskussion sei fast völlig zum Erliegen gekommen.

Insgesamt wird der alten CSU-Stadtratsfraktion ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Sie hätte es versäumt, den Wahlerfolg von 1978, durch den die CSU erstmals in München die absolute Mehrheit und den direkt gewählten Oberbürgermeister stellte, durch Engagement und Präsenz im Umfeld breiter Bevölkerungsschichten abzusichern und nachhaltig zu vertiefen. „Die kommunalen Mandatsträger der CSU haben sich mehr um die Kaviaretagen als um die Bier- und Leberkässchwemmen gekümmert", wiederholt der CSU-Nachwuchs einen bereits vor Jahren von Franz Josef Strauß formulierten Vorwurf gegen die Münchner CSU.

Erich Kiesl, der nach der Wahl den Vorsitz der Fraktion übernommen hat, zeigt sich diesem Neubeginn gegenüber aufgeschlossen.

„Auf der Welt gibt es keine Stadt wie Berlin"

hrk. Berlin

Deutsche Weltfirmen und andere bekannte Unternehmen wetteifern darin, die in den vergangenen Jahren einsetzende Neubesinnnung der Stadt auf sich selbst und ihren einzigartigen Wert ihren Mitarbeitern und Gästen zu beweisen. 1983 reisten allein 25 000 Konferenz- und Tagungsteilnehmer an die Spree und kehrten als die besten „Botschafter Berlins" zurück. Zum achtenmal zeichnete gestern *„British Airways", Sponsor des* Wettbewerbs um den „Goldenen Konferenztisch", die erfolgreisten Firmen aus.

BA-Vorstandschef Colin Marshall rühmte das Flair der Stadt: „Nie gab es auf der Welt eine Stadt wie Berlin, und nie gab es in der Welt wichtigere Luftlinien als die Berlin-Routen." BA hatte bereits 1967 als erste der drei alliierten Linien ihre Deutschland-Zentrale nach Berlin verlegt.

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen verwies darauf, daß sich Berlin wieder auf „seine Phantasie und Beweglichkeit" besonnen habe. „Die Ausstrahlung der Stadt ist heller geworden." Die Stadt brauche" keine Notopfer, sie braucht Hilfe, sie braucht Rückenwind".

BA-Chef Marschall kündigte an, seine Gesellschaft werde am 5. Oktober die Jahressitzung von Aufsichtsrat und Vorstand zum erstenmal in Berlin abhalten: „Nie zuvor haben wir bisher in einer europäischen Metropole außerhalb Großbritanniens getagt." Für den Herbst rechnet die britische Linie mit der Genehmigung, den Liniendienst nach Münster-Osnabrück, zu starten. Die Entscheidung Londons und der alliierten Luftfahrt-Attachés in Bonn steht noch aus.

Eine Brücke bringt Bahrein viele Probleme

Das Für und Wider der größten Baustelle in Nahost

PETER M. RANKE, Kairo

Je mehr sich die Meerenge zwischen der Insel Bahrein und dem saudischen Festland schließt, um so mehr wird den 240 000 Bahreinis bewußt, daß das größte Bauvorhaben in Nahost nicht nur Fortschritt, sondern auch Probleme bringt. Die 25 Kilometer lange Stahlbeton-Brücke auf hohen Pfeilern wird im Herbst 1985 fertiggestellt, und dann ist Bahrein keine Insel mehr, sondern durch eine Autobahn mit Saudi-Arabien verbunden.

Schon fürchtet man in Manama, der Hauptstadt des Scheichtums, daß die puritanischen Saudis darauf dringen werden, daß im liberalen Bahrein kein Bier, Wein oder isky mehr ausgeschenkt werden darf. Denn sonst sind jeden Abend durstige Touristen-Ströme von Saudis und Westlern aus den nahen saudischen Städten Damman oder Dharan und aus der Ölprovinz zu erwarten. Und das kann die saudische Regierung nicht billigen.

Deshalb werden auch schon auf der Insel um Nassan, die von der Brücke überquert wird, umfangreiche Gebäude-Komplexe für Zoll und Polizei errichtet, denn dort finden künftig die Grenzkontrollen statt. Dazu kommen jetzt schon scharfe Sicherheitsmaßnahmen wegen des Golfkrieges, die Furcht vor Sabotage-Anschlägen gegen die Brückenpfeiler ist groß.

Zur Zeit arbeiten an der Brücke noch über tausend Filipinos und andere Asiaten unter den Ingenieuren der niederländischen Firma „Ballast Nedam". Den Auftrag von 564 Millionen Dollar besorgte ihr vor allem der saudische Prinz Bandar Ben Khaled, der älteste Sohn des 1982 verstorbenen Königs, der die niederländische Baufirma in Riad vertritt. Über achtzig Prozent des Firmenkapitals liegen in libanesisch-saudischen Händen.

Die saudische Regierung hat nicht nur Sorge, daß das Scheichtum Bahrein, dessen Hauptinsel etwas größer als der Bodensee ist, zu einem leicht erreichbaren Magnet für durstige Saudis wird. Noch andere Befürchtungen gehen in Riad um. Die neue Brücke erleichtert es der mehrheitlich schiitischen Bevölkerung des Scheichtums, wo eigentlich nur die Herrscher-Familie der El-Khalifa dem sunnitischen Islam anhängt, nach Saudi-Arabien zu kommen und mit den Schiiten in der Ölprovinz Hasa politische oder aufrührerische Kontakte herzustellen. Die Schiiten in Bahrein und Saudi-Arabien werden von der Revolution des Ayatollah Khomeini in Iran umworben und aufgeputscht.

In Manama wiederum fürchtet die Geschäftswelt, daß ihr die Kunden über die neue Brücke davonfahren. Bahrein ist viel teurer als Saudi-Arabien, und die neuen Supermärkte in Damman oder El-Khobar sind zum Einkaufen für Bahreini-Familien durchaus attraktiv. Immerhin kann die Brücke täglich dreißigtausend Autos „verkraften".

Der Visum-Zwang soll an der Brücke nur für Bahreinis, Saudis und andere Golf-Araber aufgehoben werden, was natürlich die westeuropäische und amerikanische Geschäfts- und Bankenwelt verärgert. Die Handelskammer in Manama wünscht sich daher ein 72-Stunden-Visum der Saudis für nicht-arabische Ausländer, damit sie die Brücke benutzen und Geschäfte in Saudi-Arabien abwickeln können. Ob die Saudis aber einör allseitigen Froigabe des neuen Verkehrsweges zustimmen, ist fraglich. Auf scharfe Kontrollen für die Auto- oder Lkw-Fahrer werden sie keinesfalls verzichten, und das bedeutet Zeitverlust.

Die Frage ist, ob Bahrein mit seinen teuren Hotels, aber einem gut funktionierenden Banken-Apparat, jedoch auch ; mit Wasserknappheit und versiegenden Ölvorkommen als Zentrum des Golfhandels durch die Landverbindung mit den Ölzentren Saudi-Arabiens gewinnt oder nicht. Westliche Geschäftsleute, die das liberale Klima Bahreins schätzen, könnten über die Brücke mit dem Auto schnell zu ihren saudischen Partnern fahren – aber nur wenn die Brücke für sie offen ist und es keine Visa-Probleme gibt. So meinte ein englischer Banker in Manama: „Sonst hätten die sich die halbe Milliarde Dollar sparen können."

Die Herrscher-Familie auf Bahrein sieht das etwas anders: In Krisen-Zeiten könnten saudische Truppen in wenigen Stunden in Manama sein, mit den eigenen 2700 Mann in der Polizeiarmee ist wenig auszurichten. Und das scheint der wahre Zweck der riesigen Brücke zu sein. (SAD)

Kreml gruppiert seine Deutschland-Experten um

Moskaus Weizsäcker-Spezialist von Ost-Berlin nach Bonn?

WERNER KAHL, Berlin

An der Botschaft der UdSSR in Ost-Berlin ist ein Revirement, das in einen Zusammenhang mit den Beziehungen der „DDR" zur Bundesrepublik Deutschland gebracht wird, eingeleitet worden. Der Gesandte Gerald N. Gorinowitsch, ehemaliger Stellvertreter des 1983 auf Drängen Erich Honeckers abgelösten Botschafters Pjotr Abrassimow, wird zum Monatsende seinen Posten verlassen. Nach knapp fünfjähriger Dienstzeit kehrt Gorinowitsch als stellvertretender Leiter der Dritten Europa-Abteilung in das Moskauer Außenministerium zurück.

Als möglicher Nachfolger wird in diplomatischen Kreisen Gennadij Serafimowitsch Shikin genannt. Shikin, Schwiegersohn des sowjetischen Botschafters in Bonn, Wladimir Semjonow, ist einer der stellvertretenden Leiter der Dritten Europa-Abteilung. Ihm würde die Aufgabe zufallen, die besonderen Beziehungen Ost-Berlins zu Bonn zu beobachten und zu analysieren. Die Veränderungen an der Spitze der Sowjetbotschaft Unter den Linden werden ein Jahr nach der Ablösung Abrassimows durch den ehemaligen Komsomol-Führer Wjatscheslaw Kotschemasow, der seit 1950 mit Erich Honecker vertraut ist, vorgenommen.

Im Blickpunkt politischer Beobachter steht auch der zweite Gesandte an der Ostberliner Botschaft, Valentin Alexejewitsch Koptelzew. Der Deutschland-Spezialist kümmerte sich Anfang der siebziger Jahre vor allem um die Gruppe in den Unionsparteien, die nicht gegen die Ostverträge votierte. Koptelzew fungierte von 1972 bis 1975 unter Botschafter Falin als Botschaftsrat in Bonn. Als 1975 der sowjetische Generalkonsul in Hamburg, Wladimirow, wegen anrüchiger Geschäfte abgelöst werden mußte, nahm Koptelzew dessen Platz ein. Dem Diplomaten wird nachgesagt, das besondere Vertrauten von Außenminister Andrej Gromyko, dem er als Dolmetscher und Berater diente, zu genießen. 1982 war Koptelzew als Gesandter an die Botschaft Unter den Linden versetzt worden. Er hatte sich dort auch mit den politischen Vorstellungen des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, vertraut gemacht. Kehrt der Russe an den Rhein zurück, weil von Weizsäkker inzwischen als Bundespräsident in Bonn amtiert?

Steht ein Kompromiß in Sachen Babyjahr bevor?

Stoltenberg will die Rentenkasse, Blüm den Staat belasten

GISELA REINERS, Bonn

Heute, noch vor der um 14 Uhr beginnenden Kabinettssitzung, werden sich Arbeitsminister Blüm und Finanzminister Stoltenberg (beide CDU) mit dem Kanzler treffen, um möglicherweise einen Kompromiß für die Finanzierung des Babyjahres in der Rentenversicherung auszuhandeln.

Stoltenberg lehnt es ab, Gelder aus dem Staatshaushalt zur Verfügung zu stellen, damit nicht-berufstätige Mütter ein Erziehungsjahr in ihrer Rentenversicherung angerechnet bekommen. Dieses muß nach seiner Ansicht aus der Rentenkasse bezahlt werden. Im Rahmen der Steuerreform sollen schon das Erziehungsgeld für alle Mütter und Maßnahmen des Familienlastenausgleichs bezahlt werden.

Blüm besteht jedoch auf einer Finanzierung durch den Staat. Die Rentenkasse sei leer, und die Nirtschaft dürfe nicht durch weitere Beitragserhöhungen belastet werden. Nach seiner Ansicht können Aufgaben des Familienlastenausgleichs nicht aus der Sozialversicherung bezahlt werden, weil es sich eindeutig um eine Aufgabe handele, für die alle Bürger herangezogen werden müßten. Wie könne ein kinderloser Sozialversicherter für die Kinder des Kinderreichen leisten müssen, die hinterher als Selbständige oder Beamte nichts an die Sozialversicherung zurückzahlten?

Mit der Begründung, daß Familienlastenausgleich nicht in die Sozialversicherung gehöre, habe man jüngst den Kinderzuschuß für Rentner von 152 Mark aus der Rentenversicherung herausgenommen und durch das allgemeine Kindergeld von 50 Mark ersetzt. Deshalb könne, so Blüm, jetzt nicht genau wieder andersherum argumentiert werden.

Es geht nun darum, eine Grundsatzentscheidung zu treffen und dabei die Finanzierung offenzuhalten. Es wird schon daran gedacht, die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit über eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von Arbeitslosen an die leere Rentenkasse zu leiten und daraus das Babyjahr zu zahlen.

Hirsch (SPD): Ausreise politisch lösen

AP, Bremen

Nur politisch und nicht juristisch läßt sich nach Ansicht des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Martin Hirsch das Problem der Ausreise von „DDR"-Bewohnern lösen. In einem Interview des „Weser-Kuriers" sagte Hirsch, Bonn und Ost-Berlin sollten sich auf eine Regelung verständigen, damit „Leute, die raus wollen, unter ganz bestimmten Bedingungen aus der DDR rausgelassen werden." Dann brauche kein Ausreisewilliger mehr Bonns Ständige Vertretung in Ost-Berlin aufzusuchen.

Die von Ost-Berlin wiederholt geforderte Anerkennung einer eigenen „DDR"-Staatsbürgerschaft würde nach Einschätzung von Hirsch, der gegenwärtig Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratische Juristen (ASJ), keine Erleichterung bringen. Bei einer formellen Anerkennung sei die Bundesregierung zudem an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Grundlagenvertrag gebunden.

Allerdings solle man nicht jedes Wort dieses Urteils auf die Goldwaage legen: „Was wir damals entschieden haben, muß nicht unbedingt heute noch richtig sein." Er halte es sogar für möglich, daß eines Tages das Grundgesetz hinsichtlich des Wiedervereinigungsgebots in der Präambel geändert werde. Zwar wolle er dies nicht ausdrücklich empfehlen, sagte Hirsch, fügte jedoch hinzu: „Aber ich bin mir sicher, man wird eines Tages nicht darum herumkommen."

Möllemann erlitt Herzattacke

AP, Münster

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt und nordrhein-westfälische FDP-Landesvorsitzende Jürgen Möllemann, der nach einer Herzattacke in ein Münsteraner Krankenhaus geheilt worden war, befindet sich offenbar wieder auf dem Wege der Besserung. Nach Angaben seines Sprechers Gero Hecker hatte Möllemann, dem vor kurzem vom „Spiegel" vorgeworfen worden war, er habe sein politisches Amt für geschäftliche Beziehungen genutzt, in der Nacht zum vergangenen Sonntag Herzbeschwerden erlitten und war in eine Klinik seines Wohnorts eingeliefert worden.

Zu wenig Erdgas aus Turkmenistan

AFP, Moskau

Die zentralasiatische Sowjetrepublik Turkmenistan liefert nicht genügend Erdgas und ist weit von der *Planerfüllung* entfernt. Dies berichtete gestern die Parteizeitung „Prawda". Ohne nähere Angaben hieß es lediglich, daß in dem zweitwichtigsten Fördergebiet der UdSSR erstmals seit 18 Jahren die vorgesehenen Produktionsziffern während der ersten vier Monate des Jahres nicht erreicht wurden. Westliche Wirtschaftsexperten schließen aus dem Fehlen genauer Zahlenangaben, daß der Rückstand in der Planerfüllung beträchtlich ist.

Die „Prawda" teilte mit, daß jeder der für die Erdgasförderung in Turkmenistan Verantwortlichen die Ursachen für die zu geringe Produktion bei den anderen Abteilungen sah. Korrespondenten der Zeitung hatten in den zuständigen Ministerien um Erklärungen für die Rückstände gebeten. Alle Verantwortlichen hätten sich allerdings mit „objektiven Gründen" entschuldigt. Die Parteizeitung rief alle Mitarbeiter dazu auf, „für die gemeinsame Sache zu arbeiten und sich nicht ständig gegenseitig die Schuld zu geben".

Gespräche über Berlin-Verkehr

dpa, Bonn

„DDR"-Verkehrsminister Otto Arndt wird am kommenden Montag zu einem offiziellen dreitägigen Besuch in die Bundesrepublik Deutschland reisen. In Bonn werden Arndt und Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) auch über weitere Verbesserungen für den Berlin-Verkehr sprechen. Auf dem Programm des Ministers steht weiter eine Besichtigung des Frankfurter Flughafens sowie seines Verknüpfungspunktes mit der Deutschen Bundesbahn.

Bayerische FDP für Bangemann

rtr, München

Die bayerische FDP hat sich für Martin Bangemann als Nachfolger für den aus dem Amt scheidenden FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher ausgesprochen. Wie die FDP gestern in München mitteilte, wurde der Beschluß des Landesvorstandes ohne Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen gefaßt. Der FDP-Landesvorsitzende Manfred Brunner erklärte zu dem Beschluß seiner Partei, er gehe davon aus, daß Bundeswirtschaftsminister Bangemann „bald und mit großer Mehrheit" in das Amt des FDP-Vorsitzenden gewählt werde. Man erwarte durch die Wahl Bangemanns „nach einer schwierigen Phase der Selbstfindung einen neuen Anfang selbstbewußter liberaler Politik".

In Dänemark wachsen die Zweifel an der Stärke der Verteidigung

Schlüters Minderheitskabinett auf Kompromißkurs gegenüber den Sozialdemokraten

R. GATERMANN, Kopenhagen

Um nach außen den Eindruck zu bewahren, daß die vier Regierungspartner gemeinsam mit der größten Oppositionspartei, den Sozialdemokraten, eine einheitliche verteidigungs- und sicherheitspolitische Linie vertreten, akzeptierte das Mitte-Rechts-Kabinett unter dem Konservativen Poul Schlüter für die kommenden drei Jahre einen Verteidigungshaushalt, der weit unter dem liegt, was die Regierung bisher für erforderlich hielt, um die Verteidigungskraft zu erhalten. Der Chef des Verteidigungsstabes, General Knud Jörgensen, zweifelt an der Fähigkeit der dänischen Streitkräfte, ihre Aufgabe innerhalb der NATO auftragsgemäß erfüllen zu können.

Der Verteidigungsbeschluß tritt zum Jahreswechsel in Kraft. Die Regierungskoalition war bedacht darauf, ihn bereits jetzt unter Dach und Fach zu bringen, weil sie damit glaubt, einer weiteren Verschärfung der sozialdemokratischen Forderungen auf deren Parteikongreß im Herbst aus dem Wege gehen zu können. Zum anderen traten jetzt die Fraktionen letztmals vor den bis Anfang Oktober dauernden Parlamentsferien zusammen.

Der Verteidigungshaushalt soll in den kommenden drei Jahren von umgerechnet 3,2 Milliarden Mark um *real 23 Millionen Mark jährlich* wachsen. In Wirklichkeit bedeutet dies eine Schrumpfung; denn wurden bisher sämtliche Ausgaben voll für die Teuerung kompensiert, so wird die Anpassung künftig für Betriebskosten nur noch bei 2 Prozent liegen, Lohn- und Gehaltssteigerungen werden dem staatlichen Sektor angepaßt, für Treibstoff und Material wird es eine Sonderregelung geben.

Verteidigungsminister Hans Engell wird eine Analyse- und Beratergruppe bilden, die sich mit einer Umstrukturierung der Streitkräfte befassen soll. Geplant ist, ins Heer mehr Freiwillige aufzunehmen, die statt neun zwölf Monate dienen werden. Dagegen soll das Kontingent der Berufssoldaten abgebaut werden. Die fast 25 Jahre alten Fregatten werden ausgemustert, um durch Minenleger, -sucher und -jäger ersetzt zu werden. Die Regierung gab auch der sozialdemokratischen Forderung nach, keine neuen U-Boote zu kaufen, sondern sie von der Bundesrepublik Deutschland zu mieten. Hierzu hat Bonn allerdings bereits einige Bedingungen gestellt, die nicht mit der sozialdemokratischen Auffassung in Kopenhagen übereinstimmen. Bis Ende 1985 sollen zudem die letzten Kampfflugzeuge vom Typ F 104 ausrangiert sein. Als Ersatz plant man den Ausbau der F-16-Flotte.

Die Fraktionsvorsitzenden der vier Koalitionspartner (Konservative, Liberale, Zentrumdemokraten, Christliche Volkspartei) erklärten nach diesem Schluß, er werde bei den NATO-Mitgliedern sicherlich Kritik auslösen, weswegen es in Zukunft wichtig sei, Dänemarks Solidarität mit der Allianz herauszustellen. Ministerpräsident Poul Schlüter glaubt dagegen, daß Dänemark U auch künftig seine Aufgabe erfüllen kann. Der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Anker Jörgensen, behauptete sogar: „Wir haben eine Aufrüstung verhindert."

Im Zeichen der sicherheitspolitischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Sozialdemokraten, die in der Sache durch den Verteidigungsbeschluß in keiner Weise überprüft worden ist, geht die Zahl der NATO-Anhänger ständig zurück. Vor gut einem Jahr sprachen sich noch 69 Prozent für eine Mitgliedschaft in der Allianz aus, im Mai dieses Jahres waren es nur noch 55 Prozent. Zu beiden Zeitpunkten stand der NATO-Doppelbeschluß im Mittelpunkt der Debatte, so daß der Abfall andere Ursachen haben muß. Auf die Frage, ob Dänemark seine in letzter Zeit wachsende Opposition zu den Beschlüssen der NATO-Mehrheit herausstreichen oder sich anpassen sollte, *vertraten 41 Prozent die härtere* Linie, 33 Prozent die weichere und 26 Prozent nahmen nicht Stellung. Unter sozialdemokratischen Wählern waren die Ziffern 46, 24 und 30 Prozent.

Unterdessen verstärken die Sozialdemokraten ihren Druck auf die Regierung, sich intensiver als bisher für die Einrichtung eines kernwaffenfreien Nordeuropas einzusetzen. Man wirft vor allem Außenminister *Uffe* Ellemann-Jensen vor, überhaupt nicht oder nur widerwillig den Auftrag des Parlaments zu erfüllen.

Arbeitgeber: IG Druck diskreditiert Leber-Modell

Gespräche über Lohnstruktur / Beltz Rübelmann spricht von mangelndem Vertrauen der Gewerkschaft zu ihrer Basis

GERNOT FACIUS, Bonn

Das bisherige strikte Nein der IG Druck und Papier zu einer Übernahme des Leber-Modells in der Metallindustrie ist von der Arbeitgeberseite als „Diskreditierung" der Vorschläge des ehemaligen SPD-Bundesministers bewertet worden. Der Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck, Manfred Beltz Rübelmann, sprach gestern von einer „Blockadepolitik der IG Druck". Von Gewerkschaftsseite war gestern eine 38-Stunden-Lösung ins Gespräch gebracht worden.

Beltz Rübelmann gab noch einmal unmißverständlich zu verstehen, daß für die Arbeitgeber der Druckindustrie eine tarifvertraglich gesicherte Flexibilisierungs der Arbeitszeit unverzichtbar ist. „Die IG Druck mauert. Sie will eine starre Regelung. Wir wollen eine bewegliche Arbeitszeit, zum Beispiel, wenn wenig zu tun ist, eine Woche mit 37 Stunden, wenn viel zu tun ist, eine Woche mit 40 Stunden", beschrieb der Arbeitgeber-Verhandlungsführer die unter*schiedlichen Positionen beider Tarif*parteien. Und Beltz Rübelmann fügte hinzu, dies müßte jeweils vor Ort in den Betrieben ausgehandelt werden. Da fehle es der Gewerkschaft offensichtlich an Vertrauen zu ihrer Basis. „Sie will alles von oben regeln."

Bei der Erörterung der Lohnstruktur während der Düsseldorfer Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern herrschte, wie gestern nachmittag verlautete, „definitorisch Übereinstimmung". Die von der IG Druck in ihrem Forderungspaket verlangte weitgehende Mitbestimmung der Gewerkschaft im Zusammnenhang mit Rationalisierungsvorhaben in den Druck-Unternehmen spielte offensichtlich keine Rolle mehr.

Gestern morgen waren die Ver*handlungsführer beider Seiten*, Beltz Rübelmann und Erwin Ferlemann, sowie ihre Stellvertreter zu einem Gespräch zusammengetroffen. Bereits nach 15 Minuten wurde das Treffen unterbrochen, es begannen Expertengespräche. Für gestern nachmittag hatten die Arbeitgeber ihren sozialpolitischen Ausschuß, das tarifpolitische Entscheidungsgremium nach Düsseldorf einberufen. Heute soll der erweiterte *Hauptvorstand* der IG Druck, dem neben dem Vorstand auch die Landesbezirksvorsitzenden angehören, beraten. Möglicherweise wird diese Konferenz Aufschluß über Beendigung oder Fortsetzung des Arbeitskampfes geben.

Am Montagmorgen erschienen viele Zeitungen wegen des Ausstandes nur in geringerem Umfang oder als *Notausgaben. In Nordrhein-Westfa*len setzte die IG Druck den Arbeitskampf in etwa dem gleichen Umfang wie in der Vorwoche fort. Nach Angaben eines Sprechers rief sie rund 4200 Beschäftigte in etwa 50 Betrieben zum Streik auf. Vom Ausstand waren auch wieder die größten nordrhein-westfälischen Zeitungsbetriebe betroffen. Am Mittag teilte die IG Druck mit, sie habe insgesamt rund *11 500 Beschäftigte in 145 Betrieben* der Druckindustrie in den Streik gerufen.

Metall-Kompromiß stößt bei CSU auf Kritik

„Existenzbedrohung für mittelständische Betriebe" / Gewerkschaft will heute wieder zur Arbeit rufen

DW./dpa, Bonn

Die Einigung im Tarifkonflikt der Metallindustrie ist bei der CSU auf Kritik gestoßen. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand in der CSU, Richard Gürteler, erklärte gestern in München, der durch die Einigung der Tarifparteien eingeschlagene Weg führe die mittelständischen Betriebe in die „Existenzbedrohung". Die jetzt vorliegende Regelung bedeute *mit ihrer* Addition von Wochenarbeitszeitverkürzung und Vorruhestandsregelung eine „unerträgliche Belastung" insbesondere des Mittelstandes.

Gürteler fügte hinzu, daß dieser Gefährdung der gesamten mittelständischen Wirtschaft „mit Sicherheit auch keinerlei Entlastung auf dem Arbeitsmarkt" gegenüberstehe. Der jetzt eingeschlagene Weg beseitige Arbeitsplätze, vernichte Betriebe und schädige die Wirtschaft im ganzen.

Bei der zu Ende gegangenen Urabstimmung in der Metallindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden erwartete die Stuttgarter IG Metall-Bezirksleitung rund 50 Prozent der Ja-Stimmen ihrer Mitglieder zu Georg Lebers Einigungsvorschlag. Wenn 25 Prozent der rund 257 000 IG-Metall-Mitglieder in diesem Tarifgebiet Lebers Vorschlag annehmen, der im wesentlichen die Einführung der 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich vom 1. April 1985 vorsieht, wird die IG Metall die Streikenden und Ausgesperrten heute mit Beginn der Frühschicht wieder zur Arbeit rufen.

Vor genau sieben Wochen, am 14. Mai, hatte die IG Metall den Arbeitskampf zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit Schwerpunktstreiks in Nordwürttemberg/Nordbaden begonnen. Bei der Urabstimmung am 3. und 4. Mai hatten in diesem Tarifgebiet bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 96 Prozent von 257 912 Mitgliedern der IG Metall 80,11 Prozent für den Arbeitskampf gestimmt.

Die Tarifkommission für das Metall-Tarifgebiet Hessen hat gestern vormittag ihre Beratungen über die Annahme der am Samstag mit dem Arbeitgeberverband erzielten Vereinbarungen auf der Grundlage der Schlichtung in Nordwürttemberg/Nordbaden aufgenommen. Schon unmittelbar vor Beginn der Sitzung *sprach sich IG-Metall-Bezirksleiter* Hans Pleitgen für eine Billigung des Kompromisses aus, da dadurch das „Arbeitgeber-Tabu" der 40-Stunden-Woche gebrochen worden sei.

Nach der Annahme in der Tarifkommission könnte heute und morgen in Hessen die Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis stattfinden, das die Verkürzung der betrieblichen Wochenarbeitszeit auf *38,5 Stunden zum 1. April 1985*, eine Vorruhestandsregelung *sowie* Lohn- und Gehaltserhöhungen um 3,3 Prozent zum 1. Juli sowie um weitere zwei Prozent zum 1. April 1985 vorsieht. Am Donnerstag könnte dann in den vom Arbeitskampf betroffenen hessischen Metall-Betrieben nach sechseinhalb Wochen Streik wieder gearbeitet werden.

Le Pen bringt die Parteiführer in Frankreich in große Verlegenheit

Kommunisten und Gaullisten fürchten die Sogwirkung der „Nationalen Front"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Oppositionsparteien wissen noch nicht recht, auf welchem Bein sie ein Tänzchen mit dem neuen Mann der französischen Politik, dem rechtsstehenden Jean-Marie Le Pen, wagen sollen. Le Pens Partei, die am rechten Flügel des politischen Spektrums angesiedelte „Nationale Front", hatte bei den Europawahlen am 17. Juni mit 11,6 Prozent ihr bisher höchstes Ergebnis in einer landesweiten Wahl erzielt. Ihr außerordentlich gutes Abschneiden hat bei Opposition wie Regierungsparteien ein Gefühl des Unwohlseins und der Selbstanklage hervorgerufen. Nach dem Stimmenaufkommen steht die „Nationale Front" heute auf gleicher Stufe wie die schwer angeschlagene Kommunistische Partei.

Bei einer Analyse des Ergebnisses der NF ergibt sich, daß sie ihre Stimmen zu etwa einem Drittel aus den Rechtsparteien, zu einem Viertel aber aus den Linksparteien einschließlich der Kommunisten bezogen hat. Ohne Zweifel kam ihr der Umstand zugute, daß die Gaullistische Sammlungsbewegung RPR keine eigene Liste aufgestellt, sondern sich zu einer Sammelliste mit der Giscard-Formation UDF unter der nicht unumstrittenen Politikerin Simone Veil durchgerungen hatte. Madame Veil wird in konservativen Kreisen Frankreichs wegen ihrer Politik der Liberalisierung von Scheidung und Abtreibung als Ministerin unter Giscard heftig abgelehnt. Solche Kritiker übertrugen ihre traditionell zu Chirac tendierenden Stimmen am 17. Juni auf Le Pen. Das Resultat war ein unerwartet mäßiges Abschneiden der Liste Simone Veils. Bei vielen Gaullisten bedauert man heute offen das Wahlbündnis mit den Giscardisten.

Daß in Frankreich viele Wähler, die 1981 ihre Stimmen François Mitterrand gegeben hätten, inzwischen das linke Lager wieder verlassen haben und „rechts" wählen, ist aus allen Teil- und Nachwahlen der letzten drei Jahre zu belegen. Daß davon aber prozentual am meisten die „Nationale Front" profitierte, kam den meisten Beobachtern doch unerwartet. Vor allem das hohe kommunistische Stimmenaufkommen für die Nationalisten in traditionell extrem links wählenden Industriegebieten erstaunte. Die hohe Überfremdung gerade dieser Gebiete durch Gastarbeiter allein erklärt das Phänomen nach *Ansicht der Politologen auch nicht.*

Enttäuschung und Erwartungen vieler Angehöriger der niedrigsten Einkommensklasse, am härtesten betroffene Opfer der sozialistischen Sanierungspolitik, können von den oft abgedroschenen Parolen der konventionellen Opposition nicht mehr befriedigt werden. Le Pen dagegen bietet Neues an. Er appelliert nicht nur an den traditionellen französischen Fremdenhaß, er wendet sich auch an nationale, patriotische Empfindungen der Arbeiterschaft („Frankreich zuerst"), die ja auch von den Kommunisten immer wieder in Schwingung versetzt werden. Le Pens Dialektik aber schlägt offenbar zur Zeit eher durch.

Für die Links-Parteien ist Le Pen „die Pest". Für die Mitte-Rechts-Parteien ein „unangenehmer Tumor an der rechten Flanke, von dem man noch nicht weiß, ob er gut- oder bösartig, heilbar oder nicht ist" („Le Quotidien de Paris"). Jemand, der sich um diese Fragen nicht kümmert, sondern das Phänomen gleich integrieren möchte, ist der talentvolle Jungtürke François Leotard, Generalsekretär der „Republikanischen Partei", der bedeutendsten Komponente der Giscard-Formation UDF. Leotard ist Bürgermeister der Stadt Frejus am Mittelmeer, in der die Na*tionale Front am 17. Juni nahezu 26* Prozent der Stimmen erhalten hatte (wie in anderen Mittelmeergemeinden auch). Leotard schloß jetzt ein Zusammengehen mit Le Pen bei den Parlamentswahlen 1986 nicht aus.

Howe soll Thatchers Weg nach Moskau ebnen

London warnt vor übertriebenen Hoffnungen

FRITZ WIRTH, London

Die Moskau-Reise des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe hat durch die jüngsten Kontroversen zwischen Washington und Moskau über Abrüstungsgespräche von Anti-Satellitenwaffen neues und unerwartetes politisches Gewicht bekommen. In London tauchten unverzüglich Spekulationen auf, daß Sir Geoffrey Howe in MosXau nun eine Vermittlerrolle zufallen würde.

Im britischen Außenministerium ist man über diese neue Erwartungshaltung zur Moskau-Reise Sir Geoffrey Howes nicht glücklich. Die Briten warnen vor übertriebenen Hoffnungen, die an diesen Besuch geknüpft werden könnten. Er war vom britischen Foreign Office in erster Linie als ein bilaterales Ereignis geplant und betrachtet worden, um die seit Jahren aufgestauten Ressentiments zwischen London und Moskau zu beseitigen und die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern.

Immerhin ist dies die erste Moskau-Reise eines britischen Außenministers seit sieben Jahren. Sir Geoffrey selbst nannte den Stand der bisherigen Ost-West-Beziehungen „steril und unbefriedigend". Er ist nach Moskau gefahren, um das anglo-sowjetische Verhältnis aufzutauen, eine neue jra des Dialogs einzuleiten und den Boden für einen Moskau-Besuch Frau Thatchers vorzubereiten.

Die britische Premierministerin hatte bereits auf dem letzten konservativen Parteitag Signale zum Ende der langjährigen rhetorischen Konfrontation zwischen London und Moskau gesetzt. Ihre Ungarn-Reise im letzten März, die zugleich ihr erster Besuch in einem Land des Warschauer Paktes war, ist als eine Zwischenstation zu einem lange geplanten Besuch in Moskau betrachtet worden.

Diese immer noch mühsamen und vorsichtigen Annäherungsversuche Londons an Moskau überfordern eindeutig die Möglichkeiten Sir Geoffrey Howes, bei seinem gegenwärtigen Moskau-Aufenthalt bereits die Rolle des Vermittlers zwischen den Supermächten zu spielen. Es gibt zwischen Washington und Moskau im übrigen noch genug Kanäle zum Dialog und zur Ausräumung von Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnissen, ohne die Briten bemühen zu müssen.

Diese Normalisierungspläne der Briten in ihrem Verhältnis zu Moskau begrenzen automatisch auch ihre Bereitschaft, die Frage über das Schicksal des sowjetischen Dissidenten Sacharow in ähnlich scharfer und pointierter Form zu einem Thema zu machen, wie es vor wenigen Wochen Präsident Mitterrand in Moskau getan hat. Sir Geoffrey wird die Frage der Menschenrechte lediglich in allgemeinerer Form ins Gespräch bringen.

„Mein erstes und wichtigstes Ziel ist es", sagte Sir Geoffrey auf seinem Weg nach Moskau, „dafür zu sorgen, daß sich die Führungen beider Länder besser verstehen. Das sollte dazu beitragen, die Reflex-Rhetorik zu überwinden, die die Ost-West-Beziehungen in der Vergangenheit so schwierig und unproduktiv gemacht hat". Sir Geoffrey wird auch ein kur*zes Gespräch mit Staatschef Tscher*nenko haben. 5 Die große Frage ist nicht so sehr, ob er aus diesen Gespräch eine Einladung öu einer Moskau-Reise Frau Thatchers mitbringt, sondern ob bereits ein fester Termin noch in diesem Jahr von den Sowjets angeboten wird.

Frau Sacharow beim Einkaufen gesehen?

DW. Bonn

Die Frau des sowjetischen Regimekritikers Andrej Sacharow kann angeblich täglich einkaufen gehen. Das Londoner Keston-College, das sich mit Religionsangelegenheiten in kommunistischen Ländern befaßt, berichtete am Sonntag, daß Frau Bonner in Gorki regelmäßig beim Broteinkauf gesehen worden sei. Die Information sei in einem vom 12. Juni datierten Brief „von einer sehr verläßlichen Stelle in der Sowjetunion" enthalten, sagte eine Sprecherin. Über den Aufenthaltsort und Gesundheitszustand des 63jährigen Sacharow wisse man dagegen nichts.

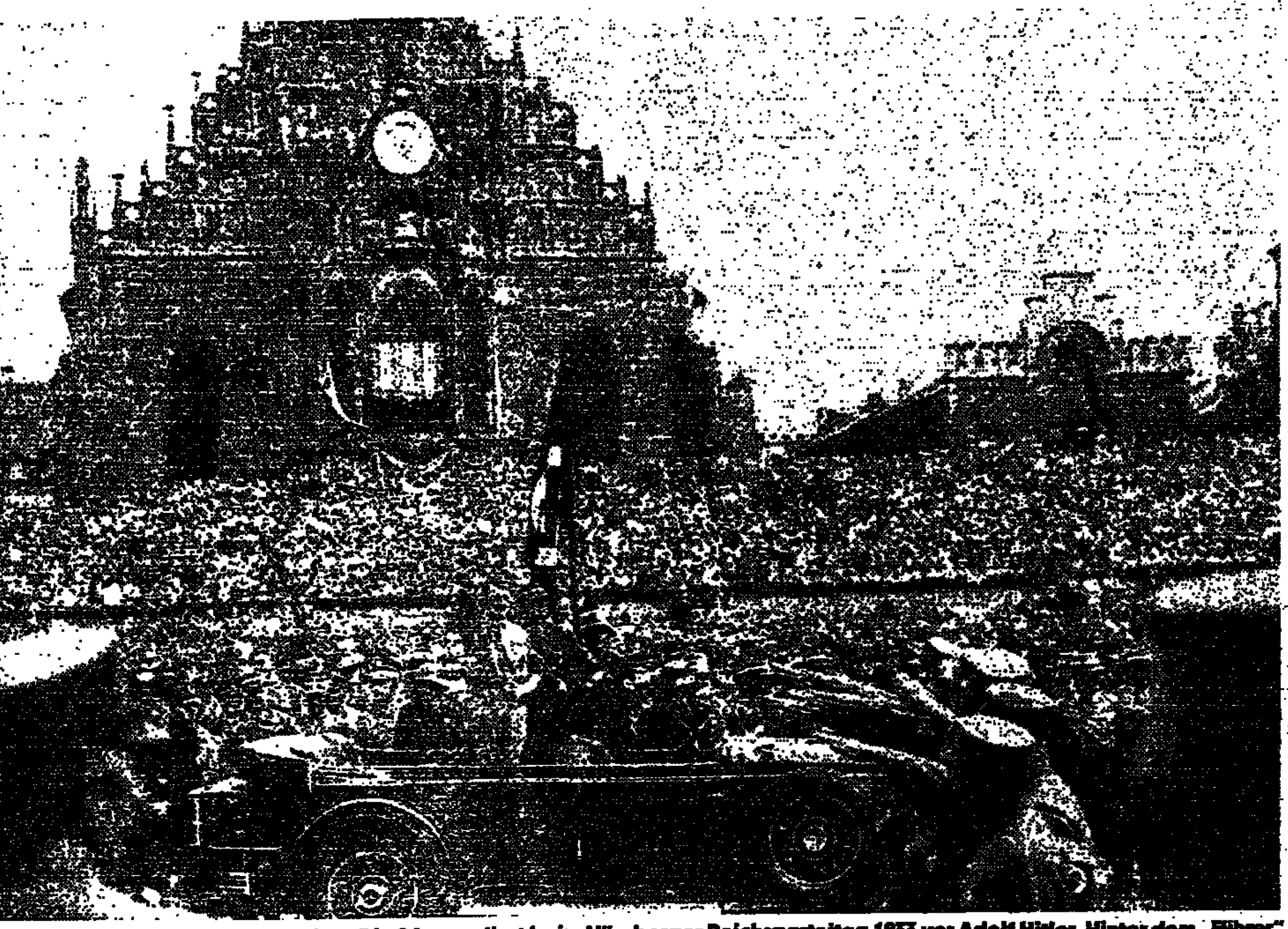
Der Bewerber der Demokratischen Partei um das amerikanische Präsidentenamt, Jesse Jackson, äußerte am Sonntag in einem Fernsehinterview Interesse daran, die Sowjetunion zu besuchen und zu versuchen, die Freiheit Andrej Sacharows zu gewinnen. Bisher habe ihn der Kreml allerdings nicht eingeladen, sagte Jackson. Indessen haben beide Häuser des amerikanischen Kongresses die UdSSR aufgefordert, Auskunft über Aufenthaltsort und Gesundheitszustand Sacharows zu geben. Sie beriefen sich dabei auf die KSZE-Schlußakte von Helsinki.

Der ehemalige sowjetische Schachmeister Boris Gulko hat an die internationale Schachwelt appelliert, ihn in seinen Bemühungen um ein Ausreisevisum aus der UdSSR zu unterstützen. Sein Brief an Großmeister aus zehn nichtsowjetischen Ländern wurde von dem jetzt in New York lebenden Dissidenten Lew Albert an die Öffentlichkeit gebracht. Gulko und seine Familie bemühen sich seit 1979 um ihre Ausreise aus der Sowjetunion.



Prominenteste Opfer der Aktion „Kolibri": Ex-Reichskanzler Kurt von Schleicher und seine Frau, hier bei den Wahlen zum 6. Reichstag 1932.

Adolf Hitler gab am 13. Juli 1934 vor dem Reichstag zu, die Auseinandersetzungen mit dem SA-Stabschef Röhm hätten 71 Todesopfer gefordert, drei Personen hätten Selbstmord begangen. Mindestens 183 Morde konnte man allerdings bis heute nachweisen. Schätzungen liegen noch weit über dieser Zahl. Die Vertuschungskampagne begann schon zwei Tage nach dem sogenannten Röhm-Putsch, am 3. Juli 1934. Göring ordnete die Vernichtung aller Akten an. Konservativ-elitäre Kreise der Reichswehr und die SS hatten ihr Ziel erreicht: Die „proletenhafte" SA war gezähmt.



Noch einmal Einigkeit demonstriert: Die SA paradiert beim Nürnberger Reichsparteitag 1933 vor Adolf Hitler. Hinter dem „Führer" SA-Stabschef Röhm und SS-Hauptsturmführer Grimminger mit der „Blutfahne" vom 9. November des Jahres 1923. FOTOS ULLSTEIN

Der Tag, an dem der Kolibri zum Sinnbild des Todes wurde

Von WALTER GÖRLITZ

Am Abend des 29. Juni 1934 wurden bei der Münchner SA Flugblätter mit der Parole verbreitet: „Die Reichswehr ist gegen uns – SA heraus auf die Straße!" Sie trugen die Unterschrift des Obergruppenführers und Polizeipräsidenten, Major a. D. Schneidhuber, und des Gruppenführers Wilhelm Schmid. Beim Wehrkreisbefehlshaber VII, General Adam, rätselte man darüber, was das nun wieder bedeuten solle, während die beiden hohen SA-Führer sich beeilten, ihre Leute wieder nach Hause zu schicken. Die Flugblätter waren natürlich gefälscht. Sie sollten dazu dienen, „dem Führer wieder mal zum Entschluß zu verhelfen", wie es so schön hieß. Für den nächsten Tag war die Aussprache mit Röhm und den SA-Führern in Bad Wiessee angesetzt. Würde der „Führer" nun handeln oder wieder nur reden?

Für die „Aussprache" in Wiessee hatte das Trio Heydrich-Himmler-Göring alle Vorbereitungen getroffen. Durch General von Blomberg war die gesamte Reichswehr in Alarmzustand versetzt worden. Die KZ-Wachmannschaft von Dachau hielt eine Einsatzgruppe unter SS-Sturmbannführer Theodor Eicke bereit. Zwei Kompanien der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler", Hitlers schwarzer Garde, die in der ehemaligen Hauptkadettenanstalt Berlin-Lichterfelde lag, hatte man nach München beordert. Heydrich befürchtete Schwierigkeiten vor allem in Bayern, Sachsen und Berlin. Außerdem brauchte man Mannschaften für etwaige Exekutionskommandos.

In Berlin wurde dem Chef der Abteilung Landesverteidigung im Wehrmachtsamt, Oberst von Vietinghoff-Scheel, eine Meldung zugespielt, die *Berliner SA habe Putschpläne.* Und das, obwohl ihre Gruppenführer Karl Ernst, einer der schlimmsten Radikalinskis, gerade am 30. Juni auf Hochzeitsreise ging.

„Todeslisten" lagen längst bereit, wobei das Trio sich darüber einig war, daß die „Aktion" auch auf die unzufriedenen Kreise von Rechts ausgedehnt werden sollte. Heydrich hielt eine Liste parat, Göring eine andere. Mordopfer sollten nach Ansicht der SS unter anderem Prinz August Wilhelm von Preußen sein, Herzog Karl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha (der versucht hatte, die SA mit Hilfe des „Stahlhelm" zu diszplinieren), der ehemalige Reichskanzler von Schleicher, der Vizekanzler von Papen, mehrere ehemalige Reichsminister, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Vicco von Bülow-Schwante. Göring strich den Hohenzollernprinzen, Papen und Bülow-Schwante wieder – ihr Tod hätte allzuviel unliebsames Aufsehen erregt.

Und Hitler ging zum Hochzeitsfest

Und Hitler selbst? Zwei Tage vor Wiessee begab er sich sozusagen auf eine Verlegenheitsreise. Er selbst erklärte später, er habe die Verschwörer nur in Sicherheit wiegen wollen. Am 28. Juni nahm er an der Hochzeit des Gauleiters Terboven in Essen teil. Noch während des Essens im Hotel „Kaiserhof" wurde er vom SD mit neuen Tatarenmeldungen über Aktivitäten der SA eingedeckt. Er geriet in solche Aufregung, daß er sofort Göring nach Essen rief. Jetzt gewann er offensichtlich die Überzeugung, daß er in Wiessee handeln *müsse. Göring, der sich umfassende* Vollmachten für ganz Preußen sicherte, flog wieder nach Berlin zurück, um dort die „Aktion" am 30. Juni zu leiten. Hitler wollte Süddeutschland übernehmen. Am 29. Juni besuchte er Lager des Arbeitsdienstes in Westfalen und quartierte sich am Abend im Hotel „Dreesen" in Bad Godesberg ein.

Dort traf die Meldung ein, die Münchener SA rebelliere, genau vom SD berechnet. Hitler verlor die letzten Hemmungen. Noch in der Nacht flog er vom Flugplatz Hangelar nach München und landete um 4.00 Uhr morgens am 30. Juni 1934 auf dem Flugplatz Oberwiesenfeld bei München. In seiner Begleitung befand sich Propagandaminister Joseph Goebbels, der 1931 als Berliner Gauleiter mit meuternder SA üble Erfahrungen gemacht hatte.

Im bayerischen Innenministerium ließ sich Hitler, der wie ein losgelassener Kettenhund wirkte, die SA-Führer Schneidhuber und Schmid vorführen, schrie sie an, sie seien „Verräter" und riß ihnen selbst die Rangabzeichen von der braunen Uniform. Als „Staatsgefangene" (Hitler) wurden sie ins Untersuchungsgefängnis München-Stadelheim gebracht. Danach fuhr Hitler in einer Autokolonne, die durch einen gepanzerten Mannschaftstransportwagen der Reichswehr gedeckt war, nach Bad Wiessee, ließ in der Pension „Hanslbauer" den nichtsahnenden Stabschef Röhm aus dem Schlaf holen und verhaftete auch ihn als „Verräter". In einem gegenüberliegenden Zimmer hatte der für seine Exzesse berüchtigte SA-Obergruppenführer Edmund Heines mit seinem Liebhaber und Chauffeur geschlafen. Wie Röhm wurde auch Heines verhaftet, sein „Freund" gleich an Ort und Stelle erschossen. Als Röhms „Stabswache" aus München anrollte, schickte Hitler sie nach einer kurzen Ansprache wieder heim.

Goebbels gab später die Geschichte von dem homosexuellen Heines mit allen Anzeichen sittlicher Entrüstung wieder. Aber hatten vorher nicht er und Hitler längst gewußt, welchen Neigungen Röhm und Heines huldigten?

Schießfreiheit für die Kommandos der SS

Hitlers Kolonne fuhr wieder nach *München zurück. SA-Führer, die im* Kraftwagen nach Wiessee wollten, wurden sofort verhaftet. Auch sie wanderten nach Stadelheim. Widerstand riskierte keiner. Andere SA-Führer, die mit Nachtschnellzügen gekommen waren, wurden auf dem Münchner Hauptbahnhof von Kriminalbeamten abgefangen und eingesperrt. Schließlich saßen an die 200 Teilnehmer am „Röhm-Putsch" in Stadelheim.

Derweilen befaßte sich Hitler im „Braunen Haus" in München mit dem Aufbau einer neuen SA. An Göring wurde das vereinbarte Stichwort „Kolibri" durchgegeben. Göring konnte losschlagen. Das bedeutete, daß die Mordkommandos der SS Schießfreiheit erhielten.

Hitler ernannte den „getreuen" SA-Obergruppenführer Viktor Lutze zum neuen Stabschef. Am Nachmittag fanden in Stadelheim die ersten Erschießungen statt, wider Recht und Gesetz. Es fielen, meist mit einem letzten „Heil" für den „Führer" auf den Lippen: Schneidhuber und Schmidt (München), der Stettiner Gruppenführer Hans Peter von Heydebreck, Edmund Heines, Hans Hayn (Dresden) und Röhms Adjutant, Graf von Spreti-Weilbach. In München fiel der ehemalige Generalstaatskommissar von Bayern, Ritter von Kahr, der 1923 den Hitlerputsch niedergeschlagen hatte, der *Rache der SS zum* Opfer. Nachdem „Kolibri" durchgegeben war, fielen alle Hemmungen.

Göring ließ zwar den Vizekanzler von Papen nur *in* seiner Wohnung internieren und beschied den Prinzen August Wilhelm zu sich. Ansonsten aber hatten die SS-Kommandos freies Schußfeld. General von Schleicher und seine Frau wurden in ihrer Villa in Neubabelsberg, Schleichers Abwehrchef *General von Bredow auf* der Fahrt zum Verhör erschossen. Gregor Strasser, zuletzt im Dezember 1932 Opponent Hitlers in der Parteiführung, fiel genauso wie Papens Bürochef von Bose und Papens Freund Dr. Edgar Jung. Im Reichsverkehrsministerium erschien der SS-Hauptsturmführer Gildisch und erschoß den Leiter der „Katholischen Aktion", Ministerialdirektor Klausener in seinem Büro. Die Tat wurde von Gildisch als Selbstmord frisiert. Dann raste er nach Bremen, um den übelbeleumdeten Berliner SA-Gruppenführer Karl Ernst vom Schiff zu holen. Aus dessen Hochzeitsreise wurde die Reise in den Tod in Lichterfelde. Im Hinblick auf Ernst Röhm war Hitler schon wieder wankelmütig geworden. Sentimentalität und Brutalität wohnten bei ihm dicht beieinander. Der Stabschef wurde erst am Nachmittag des 1. Juli in seiner Zelle in Stadelheim „liquidiert".

Oberleutnant Paul Schulz, einer der früheren engsten Mitarbeiter Gregor Strassers, konnte schwer verwundet seinen Mördern entkommen. Einigen Todeskandidaten gelang es, ins Ausland zu flüchten. Im Fall des Oberstleutnants a. D. Düsterberg, der in der Haft auf seine Erschießung wartete, gelang es der Familie, bis Neudeck zum Reichspräsidenten durchzudringen. Hindenburg befahl die Freilassung des ehemaligen Zweiten Bundesführers des „Stahlhelm". Erst in der Nacht vom 1./2. Juli 1934 stoppte der wieder nach Berlin zurückgekehrte „Führer" das Morden, das zum Teil in Ostpreußen und Schlesien bis zu persönlichen Racheakten gediehen war. Hitler selbst gab in seiner Reichstagsrede vom 13. Juli 1934 71 Todesopfer zu sowie drei Selbstmorde. Etwa 23 hohe SA-Führer waren „umgelegt" worden. 83 Morde sind bekannt geworden. Die wirkliche Zahl der Juni-Morde läßt sich nicht mehr ermitteln. Schätzungen gehen bis zu 300, 500, ja sogar 1100 Toten.

Von Korpsgeist war keine Rede mehr

Gleich am 3. Juli 1934 setzte eine fieberhafte Vertuschung des Staatsverbrechens ein. Göring ordnete die sofortige Vernichtung aller Akten an. Papen, wieder frei, trat als Vizekanzler zurück. Der Schritt durfte nicht veröffentlicht werden. Das Reichskabinett beschloß einstimmig, daß alle Vorgänge als Staatsnotwehr Rechtens gewesen seien. Auch der Reichsverkehrsminister, Freiherr von Eltz-Rübenach, dessen Ministerialdirektor zu den Opfern zählte, stimmte zu. Die meisten dieser Ressortchefs waren so sehr in ihrer Arbeit vergraben, daß sie gar nicht begriffen, was gespielt worden war. Hitler hatte sich bereits am 2. Juli ein Glückwunschtelegramm des greisen, kranken Reichspräsidenten zur Niederwerfung des hochverräterischen Unternehmens erschlichen, nachdem sich der Reichswehrminister von Blomberg für die Richtigkeit der Hitlerschen Version verbürgt hatte. Als Papen zu General von Fritsch eilte, um das Eingreifen der Armee zu verlangen, erwiderte der, ohne einen Befehl des Reichspräsidenten könne er nichts tun. Ohne mit der Wimper zu zucken, hatte die aktive Generalität die Ermordung zweier inaktiver Generale *geschluckt.* Von Korpsgeist war keine Rede mehr. Im Gegenteil, Blomberg und Reichenau, aber auch Fritsch und Beck, konnten sich die Hände reiben: Man hatte sich doch plangemäß aus der Affäre gezogen ...

Am 3. Juli 1934 eilte Hitler zum „alten Herrn" nach Neudeck, um diesen selbst zu informieren und um zu sehen, wann der Tod käme. Hindenburg hatte im Falle Schleicher die Vorlage der Akten und eine gerichtliche Untersuchung verlangt. Hitler versprach alles. Über den Inhalt dieser Unterredung hat sich Hindenburg ausgeschwiegen. Er war nur tief erschüttert, ja verstört. Er muß gesehen haben, daß er das Reich einem Mann ohne Sinn für Recht, Gesetz und Moral ausgeliefert hatte. Er sah Hitler ohne Maske und spürte wohl, daß er selbst nichts mehr tun konnte. Und die Deutschen in jener Zeit? Viele hatten die „verwilderten SA-Führer" erlebt. Die hatte der „Führer" jetzt beseitigt. Von den Hintergründen konnte ohnehin niemand eine Ahnung haben. So wurde der 30. Juni bald vergessen ...

Ende

FINANZANZEIGEN

Es geht weiter. Mit ganzer Kraft.

Der Tarifkonflikt in der Metallindustrie ist zu Ende. Der Kompromiß, der gefunden wurde, enthält neue Wege in der Arbeitszeitfrage. Er muß konstruktiv mit Leben erfüllt werden. Dann wird er sich für beide Seiten als tragfähig erweisen.

Der Arbeitskampf hat von allen Opfer gefordert. Er bringt neue Lasten, die nur durch gemeinsame Anstrengungen verkraftet werden können.

Für Daimler-Benz und seine Mitarbeiter waren die Belastungen so groß wie nie zuvor. Aus voller Fahrt wurden wir für fast sieben Wochen gestoppt. Es war der längste Arbeitskampf in der Geschichte unseres Unternehmens.

Einbußen in Milliardenhöhe.

Über 62.000 Pkw und 16.000 Nutzfahrzeuge mit einem Umsatzvolumen von über 3 Mrd. DM wurden nicht gebaut. Für jeden ausgefallenen Produktionstag fehlen uns 2.200 Pkw und 700 Nutzfahrzeuge. Dies kann nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis bleiben.

Unsere Zulieferfirmen und eine Vielzahl von weiteren Unternehmen wurden ebenfalls stark betroffen.

Die im Frühjahr noch deutlich spürbaren Wachstumsimpulse für die deutsche Konjunktur wurden unterbrochen.

An unsere Kunden und die Freunde unserer Marke.

In unseren Werken wird jetzt wieder gearbeitet. Unsere für 1984 ursprünglich geplanten Produktionszahlen werden wir jedoch nicht erreichen können. Deshalb verzögern sich alle Auslieferungstermine. Wir möchten unsere Kunden, denen wir einen Liefertermin zugesagt haben, dafür um Verständnis und Geduld bitten. Wir wissen um die empfindlichen Störungen Ihrer Pläne jetzt vor der Urlaubszeit oder bei Ihren geschäftlichen Dispositionen.

Wir werden mit allem Nachdruck versuchen, wenigstens einen Teil der verlorenen Produktion aufzuholen – selbstverständlich ohne Abstriche an der sprichwörtlichen Mercedes-Qualität.

Nach vorne schauen.

Der Arbeitskampf ist vorbei.

Das Ziel war es, Lösungen zu finden, die den Arbeitsmarkt entlasten, aber die Chancen der deutschen Industrie auf den internationalen Märkten nicht beeinträchtigen. Denn ohne Wettbewerbsfähigkeit gibt es keinen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg. Dieser ist aber die wichtigste Grundlage für neue Arbeitsplätze. So konnte Daimler-Benz in den letzten sechs Jahren 20.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Jetzt brauchen wir – mehr denn je – Leistung, Zusammenarbeit und Vertrauen.

Wir schauen nach vorne und gehen mit ganzer Kraft an unsere Arbeit.

Im Interesse des Unternehmens und seiner Mitarbeiter. Im Interesse unserer Kunden. Und im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft.

ITALIEN / Erholung in der Chemie-Industrie

Exporte stark gestiegen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

In der italienischen Chemieindustrie ist die Produktions- und Absatzkurve seit einigen Monaten wieder nach oben gerichtet. Im ersten Quartal stieg die Produktion gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um durchschnittlich 3,1 Prozent mit weiter nach oben gerichteter Tendenz. Besonders kräftig (um 6,7 bzw. 7,9 Prozent) nahm dabei der Ausstoß in der Primär- und in der Chemiefaserindustrie zu.

Begleitet wird die Konjunkturerholung von einer weiteren Zunahme sowohl der Ausfuhren als auch der Einfuhren. Im Jahre 1983 stieg der Export gegenüber dem Vorjahr wertmäßig um 27,4 Prozent auf 8583 Mrd. Lire, der Menge nach um 36,5 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich der Importwert um 20 Prozent auf 12 063 Mrd. Lire und die Importmenge um 19,4 Prozent. Infolge dieser Entwicklung, die sich Experten zufolge auch im laufenden Jahr fortsetzen dürfte, stieg das italienische Außenhandelsdefizit in der Chemie gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Prozent auf 3480 Mrd. Lire.

Italien ist unter den großen westlichen Chemienationen die einzige die von jeher mehr ein- als ausführt. Die Gründe dafür liegen sowohl in der Kosten- als auch in der Branchenstruktur. Mehr als andere westliche Konkurrenten ist die italienische Chemie durch einen noch immer hohen Anteil der Petrochemie und durch eine sehr starke Präsenz ausländischer Multis gekennzeichnet.

In der Fein- und Sekundärchemie, die am Gesamtumsatz der Branche mit rund der Hälfte beteiligt ist, entfallen auf die Großkonzerne die über eigene Technologie und Know-how verfügen, nur 15 Prozent vom Umsatz. Weitere 35 Prozent sind in der Hand kleiner und mittlerer Unternehmen, die in hochspezialisierten Marktnischen operieren und dabei meist ausländische Patente oder Lizenzen verwenden. Rund 50 Prozent des Umsatzes werden von den in Italien produzierenden Multis gestellt.

Die italienische Chemie beschäftigt etwa 280 000 Personen. Davon entfallen beinahe 170 000 auf die 2000 Klein- und Mittelbetriebe, während vom Rest der größte Teil auf die zwei Großunternehmen entfällt, den Privatkonzern Montedison und den Staatskonzern Enichimica.

Der Produktionsstruktur der internationalen Konkurrenz am nächsten ist Montedison, obwohl sein Anteil der Commodities noch bei 75 Prozent liegt. Erst am Anfang der Spezialisierung steht dagegen Enichimica. In diesem Fall wird der Rationalisierungs- und Spezialisierungsprozeß dadurch erschwert, daß der Staatskonzern im Laufe der letzten Jahre nicht nur die Anlagen der zahlungsunfähig gewordenen Chemiekonzerne S.I.R. und Liquichimica übernehmen mußte, sondern 1983 auch noch die Kunststoffkapazitäten erwarb, die Montedison nicht mehr haben wollte.

SCIPIO-GRUPPE / Obst- und Gemüse-Pilotprojekte im südlichen Spanien – Kalifornien als großes Vorbild

Auf EG-Vollmitgliedschaft zielbewußt eingestellt

HEINZ HILDEBRANDT, Sevilla

Nicht ganz zu Unrecht gilt Andalusien, Spaniens südlichste Provinz, immer noch als das Armenhaus der Nation. Trotz steigender Bedeutung des Tourismus', der allerdings nur die Küstenregion aus ihrem Dornröschenschlaf erweckte, liegt auch heute hier noch die Arbeitslosenzahl beträchtlich über dem sowieso schon hohen Prozentsatz des ganzen Landes. Aber es tut sich jetzt auch einiges im Hinterland, abseits der überlaufenden Badeorte. Erste Anzeichen sind unverkennbar, daß sich die Landwirtschaft hier langsam, aber zielbewußt auf die Vollmitgliedschaft in der EG einstellt. Nicht unwesentliche Impulse kommen dazu aus der Bundesrepublik, einem der großen potentiellen Märkte für Agrarprodukte aus dieser Region.

Beispielhafte Pionierarbeit leistet dabei die Scipio-Gruppe, Bremen, mit 1,6 Mrd. DM Jahresumsatz einer der größten Fruchtimporteure Deutschlands. Sie forciert hier den Anbau von speziellen Obst- und Gemüsesorten, für die nicht nur besonders günstige klimatische Voraussetzungen gegeben sind, sondern die auch vor verschärften EG-Bedingungen beste Absatzchancen versprechen. Dazu gehören beispielsweise Avocados, die ursprünglich aus Mittelamerika stammende fettreiche Steinfrucht.

Im Raum nordöstlich von Malaga hat die spanische Scipio-Niederlassung die ersten Plantagen für diese Produkte angelegt, rund 50 Hektar, mit jeweils 200 Bäumen pro Hektar, die zwar erst ein Alter von zwei bis vier Jahren haben, jetzt aber vor der ersten Ernte stehen. Vom fünften Jahr an werden sie rund fünf Tonnen Früchte pro Hektar bringen, ab dem neunten Jahr sogar 14 bis 15 Tonnen. Die jungen Plantagen befinden sich teils in deutschem Besitz, teils in holländischem, sie werden von Scipio-Mitarbeitern jedoch technisch betreut. Wie groß die Absatzchancen für Avocados beurteilt werden, läßt sich daraus ersehen, daß die Importe in die Bundesrepublik erst bei 2500 Tonnen pro Jahr liegen, allerdings mit steigender Tendenz, in Frankreich dagegen etwa 30 000 Tonnen vermarktet werden.

In ganz andere Richtung zielt das Scipio-Produktionsprogramm im Raum Sevilla/Huelva. Es umfaßt neben Spargel und einigen Zitrusfrüchten wie Grapefruit und Clementinen vor allem Obst. Pfirsiche und Nektarinen stehen dabei im Mittelpunkt. Die Schwemmböden im Urstromtal des Guadalquivirs sind nämlich für Baumkulturen bestens geeignet. So umfassen die Scipio-eigenen Steinfrucht-Plantagen in diesem Raum bereits rund 400 Hektar. Geerntet wird kurz vor der Reife. Zur Produktion gehören neben Vorkühlanlagen vor allem Packhäuser, so daß unmittelbar im Erntegebiet die Ware selbstbedienungsgerecht verpackt werden kann.

Die unter deutscher Regie errichteten Plantagen haben eine Pilotfunktion für die gesamte Region. Sie produzieren keine Früchte, die die Interventionsüberschüsse in der EG erhöhen, sondern solche, die dank der klimatischen Bedingungen Südspaniens den Markt um Wochen früher als Wettbewerbsprodukte aus anderen EG-Ländern erreichen können. Zudem trägt diese Produktion auch zur Verbesserung der Beschäftigtenlage bei, denn neben einem festen Mitarbeiterstamm werden in der Erntezeit allein auf den Scipio-Plantagen bis zu 500 Arbeitskräfte beschäftigt.

Nicht zuletzt mit dieser Tatsache begründet Hans Tietze, Vorstandsvorsitzender der Scipio-Gruppe, seine Vision: „Andalusien könnte zum europäischen Kalifornien werden, nicht nur als Land für Urlaub und Ruhesitz von Mitteleuropäern, sondern auch als vielseitiges Produktionsgebiet von Obst und Gemüse. Das Klima, der Boden und die Menschen dafür sind vorhanden, die 30 Jahre Vorsprung, die Kalifornien hat, sind durch eine gemeinsame spanisch-europäische Zusammenarbeit aufzuholen, auch wenn man nicht gleich an ein europäisches Silicon-Valley denkt."

Aber das ist gar nicht so illusorisch, der deutsche Computer-Hersteller Nixdorf hat mit seinem spanischen Betrieb beste Erfahrungen gemacht und kündigt gerade dessen weiteren Ausbau an. Sevilla oder Marbella könnten junge Entwicklungstechniker mehr reizen als Paderborn.

UDSSR

Kohleförderung immer teurer

dpa/VWD, Hamburg

Die Sowjetunion, die über die weltweit größten Kohle- und Erdgasvorkommen und große Erdölvorkommen verfügt, muß immer mehr Geld für die Förderung ausgeben. Laut Institut für Ost-Marktforschung in Hamburg, muß die Kohle im europäischen Teil der UdSSR aus immer tieferen und weniger produktiven Flözen gefördert werden. Für die Öl- und Gasförderung müssen die Vorkommen in Sibirien erschlossen werden.

Nach dem Bericht des Instituts stiegen die Förderkosten von Erdöl zwischen 1974 und 1983 in Westsibirien von 18,60 Rubel auf 115,83 Rubel je Tonne. Die extrem ungünstigen Bedingungen in Westsibirien – völlig fehlende Infrastruktur, Permafrost, unendliche Sümpfe – führten zu der Kostenexplosion. Darum wird nach Ansicht des Instituts die UdSSR den derzeitig hohen Ölverbrauch drastisch zurückfahren. Zur Zeit werden 44 Prozent des Energieverbrauchs aus Erdöl erzeugt, 26 Prozent aus Erdgas, 24 aus Kohle, vier Prozent aus Kernenergie beziehungsweise Wasserkraft und zwei Prozent aus Torf und Holz. Die Kernenergie soll bis 1990 ausgebaut und der Kohle- und Gasanteil an der Energieversorgung erhöht werden.

Die Koksproduktion sei 1983 aus Mangel an leicht verfügbarer Kohle so stark gesunken, daß einige Hütten zeitweise stillgelegt werden mußten.

ALFA ROMEO / Engere Kooperation mit Japanern

1984 noch rote Zahlen

dpa/VWD, Mailand

Alfa Romeo S. p. A., Mailand, will die Zusammenarbeit mit dem japanischen Autohersteller Nissan weiter ausbauen. Das sagte der Vizepräsident der italienischen Unternehmensgruppe, Corrado Innocenti, in Arese. Alfa Romeo strebe eine langfristige Vereinbarung mit den Japanern an, um auf dem europäischen Markt zu überleben. Nur durch die Zusammenarbeit mit Nissan und auch mit Fiat könne eine genügende Auslastung der Werke in Arese und Pomigliano sichergestellt werden. Alfa und Nissan bauen bereits im süditalienischen Werk Pomigliano gemeinsam einen Pkw der unteren Mittelklasse, der als „Arna" angeboten wird.

Die Alfa-Romeo-Gruppe, die seit 1974 rote Zahlen schreibt, hat nach den Worten Innocentis auch 1983 noch kein ausgeglichenes Ergebnis erreicht. Mit schwarzen Zahlen sei erst in den nächsten zwei bis drei Jahren zu rechnen. Allerdings habe sich die Lage des in Staatsbesitz befindlichen Konzerns 1983 „drastisch verbessert". Das Produktivitätsproblem sei jetzt „unter Kontrolle". Alfa werde 1984 mit rund 25 bis 30 Prozent weniger Mitarbeitern genauso viele Autos herstellen wie 1982 – rund 230 000 bis 240 000 Stück.

Rund 55 Prozent des Absatzes entfallen nach Angaben Innocentis auf Italien. Der Exportanteil werde sich auch künftig angesichts hoher Vertriebskosten nicht wesentlich verändern. Rund zwei bis drei Prozent des Umsatzes fließen gegenwärtig in Forschung und Entwicklung. Alfa will pro Jahr ein neues Modell herausbringen. Ende 1984 soll eine Limousine mit dem Projekt-Code „K 2" vorgestellt werden, die die Lücke zum „Flaggschiff" der Alfa-Modellreihe schließen soll.

In den ersten vier Monaten 1984 erhöhte sich der Marktanteil in Italien von 6,14 auf 7,78 Prozent. In Europa stieg der Absatz im gleichen Zeitraum um rund 20 Prozent. Zu dieser positiven Entwicklung trug auch die Alfa Romeo Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt, bei, die für 1983 erstmals einen Gewinn an die Mutter abführte. Im April wurden in der Bundesrepublik 1231 Alfa-Pkw angemeldet, rund ein Viertel mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. 1983 wurden insgesamt 104 200 Alfa-Pkw in Italien und 85 400 im Ausland, davon 12 068 (plus 7,1 Prozent) in der Bundesrepublik, zugelassen.

MONTEDISON / Ausgeglichenes Ergebnis 1984?

Verlust mehr als halbiert

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der größte private italienische Chemiekonzern, Montedison S.P.A. in Mailand, hat mit einem um 18,5 Prozent auf 10 660 Milliarden Lire gestiegenen Umsatz im Jahre 1983 den konsolidierten Verlust von 859 auf 322 Milliarden Lire mehr als halbiert. Gleichzeitig sank der Verlust der Muttergesellschaft von 708 auf 393 Milliarden Lire. Nach der Verlusttilgung belaufen sich die Eigenmittel der Konzernmutter auf 1415 Milliarden Lire, nur 45 Milliarden Lire weniger als vorher. Das verbesserte Ertragsergebnis ist dem Verwaltungsrat zufolge in erster Linie der Petrochemie, den Kunststoffen, den Chemiefasern und den Arzneimitteln zu verdanken. Kosteneinsparungen, Produktivitätssteigerungen und aggressiveres Marketing im In- und Ausland erhöhten den industriellen Rohertrag des Konzerns von 233 auf 853 Milliarden Lire. Rund 40 Prozent vom Konzernumsatz entfielen auf den Export.

Die Fasertochter Montefibre schrieb 1983 erstmals nach jahrelanger Verlustphase wieder schwarze Zahlen. Mit weiteren Ertragsverbesserungen wird auch in den anderen Bereichen im Laufe dieses Jahres gerechnet, so daß die konsolidierte Konzernbilanz den Verwaltungsraterwartungen zufolge 1984 zumindest ausgeglichen abschließen dürfte. Die Nettoverbindlichkeiten des Konzerns verminderten sich um fünf Prozent auf 3910 Milliarden Lire, wobei der Anteil der kurzfristigen Schulden von 42 auf 37 Prozent zurückging. Dank dieser Konsolidierung sank das Zinsen-Umsatz-Verhältnis von 9,1 auf 6,7 Prozent.

Durch den im vergangenen Jahr vorgenommenen Verkauf der Äthylen- und Polyäthylenkapazitäten an den staatlichen Energiekonzern ENI hat sich inzwischen der Anteil der Sekundärchemie am Gesamtumsatz von 12 auf 15 Prozent erhöht und der der Basischemie von 40 auf 36 Prozent reduziert. Bis Anfang der 90er Jahre soll die Basischemie-Quote weiter auf höchstens 30 Prozent herabgesetzt werden, während die der Sekundärchemie auf 25 Prozent ausgebaut werden soll. Ziemlich unverändert bei 45 Prozent eingefroren bleibt dagegen der Anteil der übrigen Konzernaktivitäten, darunter der Warenhausbereich.

Am Ende des Jahres beschäftigte Montedison 72 813 Personen, davon 29 460 in der Primär- und 17 731 in der Sekundärchemie.

Zanker: Erstes Jahr erfolgreich

dpa/VWD, Tübingen

Der Waschmaschinenhersteller Zanker GmbH, Tübingen, hat das erste Jahr seiner Selbständigkeit nach dem Ausscheiden aus dem AEG-Konzern erfolgreich bestanden. Das Unternehmen hat 1983 einen Umsatz von 161,5 Mill. DM erzielt. Mit den Eigenleistungen der Auslandsbeteiligungen lag er bei über 190 Mill. DM. Im Jahr der Umstrukturierung habe Zanker auf dem deutschen Markt nur geringfügige Marktverluste durch das inzwischen abgeschlossene Insolvenzverfahren hinnehmen müssen.

Auf den wichtigsten Auslandsmärkten konnte Zanker seine Position voll halten. Das Unternehmen sei aus der Trennung von AEG finanziell gestärkt hervorgegangen. Neben einem Gesellschaftskapital von nominal 10 Mill. DM bei der Zanker GmbH und 6 Mill. DM bei der Zanker Hausgeräte Vertriebs-GmbH stehen rund 20 Mill. DM Rücklagen zur Verfügung, die durch das Betriebsergebnis 1983 nicht angetastet werden mußten. Wie in den Vorjahren habe Zanker auch 1983 Gewinne erzielt. Beschäftigt werden noch über 600 (1100) Mitarbeiter.

BULGARIEN / Förderung von Grenzgebieten

Finanzielle Hilfe bei Umzug

AFP, Sofia

Die Bemühungen Sofias, abgelegene und bevölkerungsschwache Grenzgebiete zu industrialisieren, haben eindeutige Erfolge gebracht. Eines der sichtbarsten Beispiele hierfür ist Smolian im Rhodope-Gebirge nahe der Grenze zu Griechenland und der Türkei. Der Aufschwung dieser Stadt zeigt sich vor allem in der Holz- und Metallproduktion sowie dem Abbau von Blei, Zink und Kupfer. Daneben haben sich auch zahlreiche kleinere Elektronik- und Elektrotechnik-Unternehmen in diesem Gebiet niedergelassen. Noch vor ein paar Jahrzehnten waren praktisch alle Bewohner des Lesens und Schreibens unkundig, heute stellen sie einen bemerkenswert hohen Anteil an leitenden Beamten und Angestellten.

Auch der ebenfalls in den Rhodopen gelegene Verwaltungsbezirk Blagojewgrad, der in der Vergangenheit zu den rückständigsten Gebieten Bulgariens zählte, ist im Aufschwung begriffen: Die Industrieproduktion konnte einen im ganzen Land beispiellosen Zuwachs verzeichnen. Die in der Landschaft Dobruschka liegende Stadt Silistra an der Grenze zu Rumänien hat ihrerseits den Rekord bei der landwirtschaftlichen Produktion aufgestellt. Zwischen 1956 und 1981 wurde in diesem Gebiet die Industrieerzeugung verelffacht.

Um die bevölkerungsschwachen Gebiete zu besiedeln, hat die Regierung in Sofia 1982 fianzielle Anreize beschlossen. Junge Ehepaare mit einem Kind erhalten bei einem Umzug 5000 Lew (1 Lew = rund 2,50 DM). Die Beihilfen erhöhen sich um 500 Lew pro Kind. Das Durchschnittsgehalt in Bulgarien liegt bei 200 Lew. F

SPANIEN / Stark verbesserte Leistungsbilanz

Sorgen über Devisenzufluß

dpa/VWD, Madrid

Ein unerwartet starker Anstieg der spanischen Devisenreserven wird wahrscheinlich das Leistungsbilanzdefizit des Landes 1984 fast eliminieren, die Liquidität, die dadurch in den Binnenmarkt kommt, gibt jedoch der Zentralbank Anlaß zur Sorge. Von Juni 1983 bis März 1984 wuchsen die Devisenreserven von 9,7 auf 12,3 Mrd. Dollar und sind nach vorläufigen Daten im April weiter um 0,9 auf 13,2 Mrd. Dollar gestiegen. Weitere kräftige Zuflüsse werden aufgrund der Sommerreisesaison erwartet. Der saisonal bedingte Rückgang der Reserven, der üblicherweise stets zu Jahresbeginn in Spanien zu verzeichnen war, kam 1984 bedingt durch den Exportboom nicht zustande.

Die Expansion im Export wird vor allem mit der Schwäche der Peseta begründet, die spanische Erzeugnisse im Ausland wettbewerbsfähiger gemacht habe. Außerdem scheint ein Teil jenes Kapitals wieder in das Land zurückzufließen, die nach dem Sieg der Sozialisten 1984 abgezogen worden war. Die Zentralbank sucht dieser hohen Liquidität einerseits durch Einsatz konventioneller Instrumente zu begegnen, drängt aber andererseits auf eine Lockerung der Restriktionen, die für Kapitalabflüsse aus Spanien bestehen. Die spanische Zentralbank hat dem Wirtschaftsministerium empfohlen, Inländern die Möglichkeit einzuräumen, in auf Auslandswährungen lautende Bonds zu investieren, die von bestimmten offiziellen Organisationen und bestimmten spanischen Kreditnehmern begeben werden.

Außerdem hat sie empfohlen, die Kontrollen zu lockern, die für Auslandsinvestitionen bestehen. Inzwischen hat sie Inlandsbanken ermächtigt, Rückstellungen für von ihnen herausgelegte Devisenkredite zu bilden. Mit diesen Maßnahmen hofft die Zentralbank die Geldmengenprojektion besser in den Griff zu bekommen.

Nach einer Schätzung des Madrider Wirtschaftsministeriums ist das Leistungsbilanzdefizit für 1983 auf etwa 564 Mill. Dollar zu veranschlagen. Die Zentralbank meint dagegen, daß der Leistungsbilanzsaldo 1984 irgendwo zwischen minus 500 und plus 200 Mill. Dollar 1984 liegen wird. „Sollte die Entwicklung in dem Ausmaß anhalten, das in den ersten Monaten des laufenden Jahres registriert worden ist, kann das Leistungsbilanzdefizit 1984 nach meiner Schätzung fast völlig verschwinden", meint José Ramon Alvarez Rendueles, Leiter der spanischen Zentralbank.

IKB-LEASING / Umsatz und Gewinn gesteigert

Entwicklung gegen den Trend

PETER ZERBE, Hamburg

Im Gegensatz zum Branchentrend konnte sich die Hamburger IKB-Leasing GmbH am Markt behaupten und Umsatz sowie Gewinn erheblich steigern. Der Sprecher des Vorstands, Karl-Peter Otto, räumte unumwunden ein: „Im Geschäftsjahr 1983/84 haben wir wieder ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielt." Das Unternehmen mit Zweigstellen in München, Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf und Hannover sowie einer Tochter in Berlin rechnet sich selber zu den fünf größten Leasing-Unternehmen in der Bundesrepublik.

Zum ersten Male machte die Leasing-Branche 1983 ein Minus. Gegenüber 1982 gab es bei den Investitionen ein Rückgang von 12,04 Mrd. auf 11,58 Mrd. DM. Nach den Worten Ottos konnte die IKB-Leasing ihren Umsatz aber um 8,9 Prozent von 165,7 Mill. auf 181,6 Mill. DM steigern. Der Bestand an Mietausrüstungen, berechnet nach Anschaffungswerten ist um 17,2 Prozent von mehr als 544 Mill. auf mehr als 638 Mill. DM angewachsen. Im Geschäftsjahr 1983/84 (April/Mai) erzielte das Unternehmen einen Überschuß von 1,4 Mill. DM nach Steuern. Eine Mill. DM wurde den offenen Rücklagen zugeführt. An die Muttergesellschaft (100 Prozent) IKB, Düsseldorf/Berlin, wurde eine Dividende von 20 Prozent auf das Grundkapital von 2 Mill. DM ausgeschüttet. Zum 31. März wurde das Kapital um 1 Mill. DM angehoben. Damit verfügt die IKB-Leasing über Eigenmittel von 12 Mill. DM. Das sind 3,4 Prozent der Bilanzsumme.

Das Unternehmen ist in den drei Bereichen Investitionsgüter-Leasing (Produktions- und Werkzeugmaschinen, Computer und Büromaschinen), Vertriebs-Leasing (Transport-, Lager- und Fördermittel sowie Kommunikationseinrichtungen) und dem Auto-Leasing tätig. Auf diesem Sektor wird mit mehreren Herstellern und Importeuren zusammengearbeitet. Damit rechnet sich das Unternehmen zu den größten unabhängigen Firmen in der Bundesrepublik.

Nach Angaben von Firmensprecher Otto gab es Ende 1982 bei den 50 bedeutendsten Leasing-Unternehmen, die sich zu einem Verband mit 80 Prozent Marktanteil zusammengeschlossen haben, 1,2 Mill. Verträge mit einem Investitionswert von 58 Mrd. DM. Insgesamt tummeln sich in der Bundesrepublik etwa 600 Leasing-Firmen. Größter Einzelposten war bei der IKB-Leasing im vergangenen Geschäftsjahr ein Vertrag mit der Bundesbahn-Tochter Transfracht. 300 Container im Wert von 6 Mill. DM wurden vermietet.

Ungarn: Liberale Handelspolitik

dpa/VWD, Budapest

Ein Beibehalten der liberalen Außenhandelspolitik seines Landes und die Wiederaufhebung der 1982 eingeführten Importbeschränkungen bekräftigte der stellvertretende ungarische Außenhandelsminister Tibor Melega. Für Ungarn mit seiner starken Verflechtung gebe es grundsätzlich keine Alternative zu einer offenen Außenhandelspolitik.

Ungarns Handelsbilanz schloß 1978 noch mit einem Defizit von 1 Mrd. Dollar, 1983 aber mit einem Überschuß von etwa 500 Mill. Dollar (1,4 Mrd. DM). Davon wurde ein wesentlicher Teil im Handel mit der Sowjetunion erwirtschaftet. Den 1983 angestrebten Aktivsaldo von 700 bis 800 Mill. Dollar habe man wegen der Dürre, die die landwirtschaftliche Produktion beeinträchtigte, und wegen teilweise gedrückter Agrarpreise auf dem Weltmarkt nicht erreicht. Die weitere Lockerung der Importrestriktionen sei abhängig vom Erfolg der Exportanstrengungen, die für 1984 eine Steigerug der Exporteinnahmen in harter Währung um fünf Prozent vorsehen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

KKB Leben im Aufbau

Düsseldorf (Py.) – Unter dem Namen KKB Lebensversicherungs AG, Düsseldorf, wird die – vorbehaltlich der Aufsichtsgenehmigung – von der KKB-Bank zu gründende Versicherung zum 1. April 1985 ihren Geschäftsbetrieb aufnehmen. Das Gesellschaftskapital von 8 Mill. DM wird von der KKB-Bank aufgebracht. Wie Günter Schneider, einer der persönlich haftenden Gesellschafter des mehrheitlich zur amerikanischen Citybank gehörenden Instituts erklärte, wird die neue Gesellschaft mit zunächst 20 (bis 1990: 50) Mitarbeitern über das bundesweite Zweigstellennetz der KKB-Bank Risiko- und Kapital-Lebensversicherungen sowie Restschuldversicherungen anbieten. Das Institut verspricht sich von diesen Aktivitäten auch die Gewinnung neuer Kunden.

Plus bei Seidensticker

Bielefeld (hdt.) – Um gut 5 Prozent auf 410 Mill. DM steigerte die Seidensticker-Gruppe, Bielefeld, ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 4.). Das Vorjahresplus von 6,5 Prozent konnte damit zwar nicht eingestellt werden, doch lag der Umsatzzuwachs noch leicht über den Planzahlen. Für das laufende Geschäftsjahr gibt das Textilunternehmen, das rund 2000 Mitarbeiter beschäftigt, zwar keine Prognose ab, erhofft jedoch weiterhin eine positive Entwicklung. Diese hänge jedoch nicht nur vom wirtschaftlichen Umfeld im Inland ab, sondern auch von der durch den Dollarkurs bestimmten Entwicklung auf den internationalen Einkaufsmärkten.

Alldos wächst kräftig

Stuttgart (nl) – Die auf dem Gebiet des Geräte- und Anlagenbaus für die Wasserreinigung tätige Alldos Eichler KG, Pfinztal-Söllingen, plant für 1984 einen Umsatz von 20 Mill. DM. Von dem in 1983 erzielten Umsatz von 17,5 Prozent entfallen etwa 40 Prozent auf den Export.

Taggleiche Buchungen

Düsseldorf (Py.) – Fünf Jahre nach Einführung des elektronischen Zahlungsverkehrs bei Überweisungen (EZÜ) in der westfälisch-lippischen Sparkassenorganisation haben die 99 Sparkassen dieses Landesteils jetzt die taggleiche Verbuchung von Überweisungsaufträgen geschaltet. Der Datenaustausch zwischen Sparkassen und Girozentrale erfolgt über das Rechenzentrum des Westfälischen Sparkassenverbandes in Münster. Derzeit laufen monatlich 1,7 Mrd. DM aus rund 300 000 Einzelaufträgen über diesen direkten Weg vom Absender- und Empfängerkonto.

NORDDEUTSCHE STEINGUTFABRIK

Erfolg mit neuer Fertigung

W. WESSENDORF, Bremen

Die Actiengesellschaft Norddeutsche Steingutfabrik, Bremen-Grohn, hat im Geschäftsjahr 1983 gut abgeschnitten. Sie konnte ihre Umsatzerlöse gegenüber 1982 um 7,4 Prozent auf 57,71 (1982: 53,71) Millionen DM steigern, den Mengenabsatz dabei um zwei Prozent heraufschrauben. Das Unternehmen beendete das Berichtsjahr mit einem Jahresüberschuß von 1,54 Mill.DM, von dem nach Tilgung des Verlustvortrages aus 1982 in Höhe von 1,49 Mill. DM 0,05 Mill. DM auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen.

Zu der außerordentlichen Verbesserung des Ergebnisses haben einerseits die Verkaufserfolge bei höherwertigen Sonderformaten beigetragen, die durch die flexiblere Fertigungsmöglichkeit in der neuen Schnellbrandtechnologie ermöglicht wurden, andererseits die durch dieses Herstellungsverfahren erzielten nennenswerten Einsparungen im Bereich der Energiekosten und des Personalaufwands.

Bei der Actiengesellschaft Norddeutsche Steingutfabrik wurde im Berichtsjahr ein Drittel der gesamten Produktion im kostengünstigen Schnellbrand hergestellt. Die Erfolge mit der neuen Fertigungsmethode haben dazu geführt, daß zur Zeit ein dritter Schnellbrandofen für die Wandfliesenfertigung errichtet wird, um eine noch größere Flexibilität in der Fertigung und eine weitere Kostenentlastung zu erreichen.

Der Rohertrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung mit 36,78 (31,03) Mill. DM ausgewiesen, das ist eine Verbesserung um 18,5 Prozent. Im Zusammenhang mit der Ende 1983 auf 439 Mitarbeiter (Vorjahr: 536) zurückgeführten Belegschaft sind die Personalaufwendungen insgesamt auf 20,88 (22,63) Mill. DM zurückgeführt worden.

CHINA / Pekinger Volkszeitung kritisiert Leistungen der Beherbergungs-Betriebe

„Schlecht verwaltet und kaum rentabel"

AFP, Peking

Die chinesischen Ausländerhotels sind schlecht verwaltet und wirtschaftlich kaum rentabel. Ihre Serviceleistungen sind mehr als miserabel. Dies stellte die Pekinger „Volkszeitung", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas, in einem Anfang dieser Woche veröffentlichten Artikel fest. Mit dem Hinweis darauf, daß diese Hotels dem Land erhebliche Deviseneinnahmen bringen und für die Ausländer als eine Art „Schaufenster" Chinas gelten, forderte die Zeitung nachdrücklich Reformen, damit die festgestellten groben Mißstände abgestellt werden könnten.

Als Beispiel dafür, daß es auch anders geht, wurde von der „Volkszeitung" das im Nordosten der chinesischen Hauptstadt in der Nähe der ausländischen Botschaften liegende Hotel Jianguo erwähnt. Dieses „Dreisterne-Hotel" wurde vor fünf Jahren als erstes Ausländerhotel gebaut. Es wird von einer gemischten Gesellschaft, an der Kapital aus Hongkong beteiligt ist, verwaltet und hat vier Restaurants, in denen auch westliche Gerichte angeboten werden. Erst kürzlich wurde es auf einem Seminar des chinesischen Reise- und Tourismus-Büros, an dem über 50 Hoteldirektoren aus der Hauptstadt und anderen chinesischen Großstädten teilnahmen, als Beispiel für die gute Verwaltung eines Ausländerhotels erwähnt.

Nach Angaben des Zentralorgans der Kommunistischen Partei erhalten die Angestellten des Hotels Jianguo „hohe Prämien", können jedoch bei Nachlässigkeiten auch „hart bestraft" werden. Die Höhe der Leistungszuschläge wurde nicht angegeben. Sie soll jedoch beträchtlich über den von den anderen Hotels an ihre Angestellten gezahlten Prämien von monatlich sechs bis sieben Yuan liegen. Der Erfolg des Jianguo ist nach den Angaben der Zeitung nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß dieses Hotel die Preise selbst festlegen kann und über eine „sehr flexible Verwaltung" verfügt.

Wie die Zeitung weiter berichtet, müssen die in den chinesischen Ausländerhotels beschäftigten Arbeitskräfte oft in der Hochsaison 14 bis 15 Stunden täglich arbeiten, ohne daß ihnen später dafür eine entsprechende Freizeit gewährt wird. Die Tatsache, daß zwischen einem guten und schlechten Service kein Unterschied gemacht werde und die geringen Prämien unterschiedslos gezahlt würden, veranlasse die Angestellten, sich gegenüber den Touristen gleichgültig zu verhalten, heißt es. Für diesen Zustand werden auch die Behörden verantwortlich sind. Hoteldirektoren seien einer zu strikten Kontrolle unterworfen, so daß sie auf Eigeninitiative weitgehend verzichteten.

RELAIS ET CHATEAUX / Hotelkette feiert Jubiläum

„Ruhe" besonders geschätzt

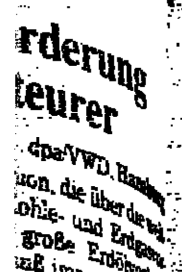
A. GRAF KAGENECK, Paris

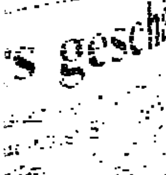
Die „älteste Hotelkette Europas", das französische Unternehmen „Relais et Chateaux" begeht in diesem Jahr ihren 30. Gründungstag. Sie vereinigt heute 337 Hotels und Herbergen mit einem Angebot von 9700 Zimmern in 29 Ländern der Erde. Nach Frankreich mit 154 angeschlossenen Herbergsstätten steht die Bundesrepublik mit 27 an zweiter Stelle vor Österreich und Belgien. Unter den vier größten Reiseführern Frankreichs verleiht allein der angesehene „Guide Michelin" den Restaurants der Kette 154 Sterne, davon neun Restaurants mit drei Sternen. Der Katalog des Unternehmens wird in diesem Jahr in 550 000 Exemplaren verteilt.

Anläßlich des Jubiläums hat die Kette 1983 eine Umfrage in den meisten Hotels unter den Kunden veranstaltet, aus der hervorgeht, daß die Mehrheit von ihnen Ausländer sind (52,5 gegen 47,5 Prozent Franzosen). Die Amerikaner stehen mit 35 Prozent an erster Stelle der Klientel, die Deutschen folgen an vierter (10 Prozent). Beinahe 80 Prozent der Kunden aller Nationalitäten erklären sich als „sehr zufrieden" mit dem Serviceangebot und bezeichnen Qualität von Zimmern und Essen als „exzellent". Weniger günstig fällt das Urteil beim Preisvergleich aus.

Unter den Eigenschaften der Hotels, die man am wenigsten missen möchte, steht die „Ruhe" weit vor Küche und Komfort an erster Stelle. Es erweist sich, daß Hotels in ruhigen Lagen die größte und beständigste Kundschaft aufweisen. Zunehmend ist die Tendenz, Seminare in den Etablissements der Kette zu veranstalten.

Der Umsatz der Kette hat sich 1983 um 11,9 Prozent, der Gewinn um sieben Prozent erhöht, obwohl das Jahr unter Dollar-Hausse und Deviseneinschränkungen litt.









Der Fortschritt provoziert kein Leben, sondern nur sich selbst: Gottfried Benn im Labor seiner Berliner Arztpraxis und zusammen mit seiner Ehefrau Ilse FOTOS: SÜDDEUTSCHER VERLAG/ULLSTEIN

„Die Kunst geht auf die Gene, auf die innere Erbmasse ...“

Zeit seines Lebens von Mißverständnissen begleitet – Gedanken über Gottfried Benn

Von HEINZ FRIEDRICH

„Der soziologische Nenner,
der hinter Jahrtausenden schlief,
heißt: ein paar große Männer,
und die litten tief.“

Diese vier Zeilen sind ein Credo. Sie sind das Credo von Gottfried Benn, formuliert gegen die Epoche, formuliert aber auch gegen die fragwürdige Spezies Mensch schlechthin. „Sie haben recht“, heißt es in einem späten Brief an Friedrich Oelze (25. 10. 1955), „zum Abfallhaufen gehört der Mensch nicht, aber zur Krone der Schöpfung –, zur Orchideenklasse, das sich einzureden ging vielleicht zu weit.“

Benn hat sich über den Menschen nie etwas eingeredet. Seit den frühen Gedichten von 1912 stellt er den Homo sapiens in Frage. „Gewöhnen wir uns beileibe nicht an, positiv zu werden“, schreibt er in einem anderen Brief an Oelze, diesmal aus dem Jahr 1938. „Bleiben wir ruhig und um des Himels willen immer dabei, daß das Ganze ein großer Dreck ist, die Herrschaft, ihre Bio- und Soziologie, dieser ganze stinkige Zinnober um uns herum!“ Und schon 1912 klagt er: „Die Tiere haben uns an Gott verraten ...“

Die Zitate zu diesem Generalthema des Bennschen Werkes ließen sich beliebig vermehren und zu einem anthropologischen Negativ-Katalog bündeln, der sich wie eine Apokalypse der Spezies läse. Vor ihm schrumpfen die Hirntriumphe des 20. Jahrhunderts zu einer Farce zusammen, über die sich „der ganze Orbis Pictus“ totlacht (Prolog 1920) – zu einer Farce, die überschrieben sein könnte: *Vergebens.*

Erst jetzt, da sich das Jahrhundert seinem Ende zuneigt und sich dem eigenen Katzenjammer ausgeliefert sieht, beginnt man, Benn in seiner epochalen Bedeutung und Signifikanz zu begreifen. Zeit seines Lebens hatten ihn Mißverständnisse und Unverständnisse begleitet. Sie reichten vom Fäkalien-Beschwörer bis zum Faschisten, vom Biologisten bis zum Nihilisten, vom Esoteriker bis zum Asozialen, vom Ästhetizisten bis zum Atheisten, vom Tragiker bis zum Zyniker. Er hat darunter nie wirklich gelitten; eher stimulierten ihn diese Mißdeutungen, Polemiken und falschen Etikettierungen, wie aus dem Briefwechsel mit Oelze, aber auch aus seinen autobiographischen Aufzeichnungen, ersichtlich.

Schöpferische Kraft aus den Leiden der Epoche

Er fühlte sich dem Jahrhundert, in dem sich sein Dasein erfüllte, nicht verbunden; also bedeutete ihm auch dessen Anerkennung oder Ablehnung wenig, genau genommen: nichts. Seine Außenseiterrolle bestärkte ihn vielmehr in der eingenommenen Position: nur keine Verbrüderungen, nur nicht annehmbar werden. Denn: „... es gibt nur zwei Dinge: die Leere und das gezeichnete Ich.“

Das gezeichnete Ich des Dichters Gottfried Benn inkarniert, *obwohl* es sich entschieden dem Zeitalter verweigert, dennoch dessen innerste Problematik. Benn lebt und leidet den Zeitgenossen den von Nietzsche beschworenen europäischen Nihilismus vor *und gibt ihm verbalen Ausdruck wie kaum* ein anderer Autor des 20. Jahrhunderts. Die Spannungen und Irritationen, die Verkrampfungen und Illusionen, der Hochmut und die Depressionen der Epoche werden in *ihm und durch ihn Ereignis* – und er bezieht aus ihnen, was zunächst paradox klingen mag, seine einzigartige schöpferische Kraft. Denn er resigniert nicht vor dem Entgleiten der Wirklichkeit, das er in seiner Akademie-*Rede von 1932 sarkastisch wie folgt* diagnostiziert: „Der Realitätszerfall seit Goethe geht über alles Maß, daß selbst Stelzvögel, wenn sie ihn bemerkten, ins Wasser müßten. Der Erdboden ist zerrüttet von purer Dynamik und von reiner Relation.“

Vielmehr nimmt er die Herausforderung des Nihilismus an; er stellt sich der herausfordernden Gewalt des Nichts und begegnet dem Wirklichkeitszerfall durch Kunst. Das gezeichnete Ich wird zum lyrischen Ich, das sich anschickt, neue Wirklichkeiten zu stiften. „Die biologische Spannung endet in Kunst“, schreibt Benn in „Doppelleben“. „Kunst aber hat keine geschichtlichen Ansatzkräfte, sie hebt die Zeit und die Geschichte auf, ihre Wirkung geht auf die Gene, die innere Erbmasse, die Substanz – ein langer innerer Weg.“ Und in einem Brief vom Dezember 1947 an seine Tochter Nele *heißt es: „Niemand kann Kunst umbringen:* Wo sie wirklich Gestalt annimmt, lebt sie weiter und überlebt die Politik und die geschichtliche Situation.“

Das lyrische Ich widerspricht also dem Absolutheitsanspruch von Politik und Geschichte, es bestreitet deren tieferen anthropologischen Sinn. Das Zoon politikon ist für Benn eine „Balkan-Idee“, ein „griechischer Mißgriff“, der den Menschen daran hindert, aus der Barbarei herauszutreten und Mensch zu werden – freilich nicht im Sinne einer spießbürgerlichen Sonntagsfriedfertigkeit oder frömmelnden Humanität, sondern als schöpferische Herausforderung, kurzum: das lyrische Ich als Provokateur des Lebens.

Natürlich ist Benn nicht so töricht, die menschliche Geschichte zu verleugnen oder gar zu verneinen. Aber er weiß, daß Scheitern der geschichtlich sich verwirklichenden Menschheit tragisches Erbteil ist. Dementsprechend pessimistisch beurteilt er die Lage, und dementsprechend ritterlich-skeptisch begegnet er manchem Großen der Weltgeschichte: Die geschichtlichen Täter werden vom Weltgeist zum Narren gehalten.

Benn mag an Geschichte nicht glauben, er sieht sie nicht positiv. „Ihre Auffassung entsteht“, schreibt er im Februar 1934 an Oelze, „wenn man die Geschichte ideologisch sieht, an sie glaubt, hinter ihr was vermutet. Das tat ich nie. Der Hintergrund blieb für mich immer das letzte mühselige Sichbehaupten einer alten Rasse, von den Slawen und Mongolen bedroht. Es gibt Pausenzeichen in der Geschichte, die hört man sich an und denkt, wie klingt das reizend und hoffnungsvoll, direkt aus einer Löweschen Ballade, aber dann setzt die Geschichte selber wieder ein und des 'Unaufhörlichen' Motiv beginnt: Hinan, hinab.“

Hinan, hinab: Nicht Fortschritt bestimmt – nach Benn – den Lauf der Geschichte. Sie hat kein Ziel, ihre Hoffnungen sind trügerisch. Ihr Optimismus wird ihr zum immer wiederkehrenden Verhängnis. Für den Menschen, der Geschichte macht, gilt, was für die Natur insgesamt gilt: Nicht Fortschritt bestimmt sein Dasein, sondern Verwandlung. „Gleich ist es für mich, wo ich beginne“, heißt es in einem Fragment des Parmenides, „denn dorthin kehre ich immer wieder zurück.“ Nur menschliche Kurzsichtigkeit oder Verblendung kann Fortschritt erblicken, wo sich Selbstzerstörung ereignet. Fortschritt provoziert nicht Leben, sondern nur sich selbst.

Benn verachtet im geschichtlichen ebenso wie im scientistischen Positivismus das „infantile Faustische“, durch das, nach seinen eigenen Worten, das Abendland seit 500 Jahren seinen Nihilismus zu bekämpfen versucht. Das heißt: Eine Gesellschaft, die ihren Erkenntniswillen vornehmlich auf die materielle Erfahr- und Beherrschbarkeit der Welt setzt und ihre Wirklichkeiten begreifbar, betastbar, berechenbar zu gestalten wünscht, gibt ihre Welt – und damit ihr Gottvertrauen – auf. An die Stelle der mythischen Wirklichkeiten treten die materiellen; hinter ihnen erscheint das Menetekel des hoffnungslosen Nihil, das der abendländische Mensch durch immer neue, immer verzweifeltere Erkenntnisräusche auszuwischen versucht. Dazu Benn an Oelze unterm Datum des 2. März 1947:

„Gibt's nicht zum mindesten zwei Wirklichkeiten, eine empirische und eine – sagen wir – mythische, und die Bewegung auf die zweite, ihre Erarbeitung, ist sie nicht das Ziel? Mir kommt, in letzter Zeit überhaupt, der Gedanke, daß Ursache der Krise, der so fühlbaren nun jahrhundertealten, nicht etwa *ein Mangel an Kraft und Fähigkeit* des Geistes sei – dieser Geist ist ja riesig, er trug die Jahrtausende, er stützte die Welten –, daß vielmehr die allgemein hingenommene Konzeption, die abendländische Grundlegung *von vornherein verkehrt und trügerisch und* abfallartig war. Die Realitätsentscheidung im Sinne der empirischen Wissenschaften war der Fehltritt; die allgemeine Erfahrbarkeit der Verhältnisse als Maßstab der Wirklichkeit zu fordern und zu lehren, war der Schritt vom Wege, durch den sich die primäre mythische Wirklichkeit verlor. Aber sie ist bestehen geblieben, als Forderung, unbestimmtes Ahnen, neuerdings sogar als Erkenntnis, aber sie bloßlegen und zur Erscheinung bringen, hieße die Konstituierung eines ganz neuen Kulturbewußtseins propagieren, also etwas unternehmen, das in KZ oder Maison de santé unausweichlich führte.“

Das Leben, ein tödliches und unbekanntes Gesetz

Die „Konstituierung eines ganz neuen Kulturbewußtseins“ – das ist die eigentliche Quintessenz des Bennschen Denkens und Schaffens, um ihretwillen nimmt das lyrische Ich den Kampf auf gegen das Jahrhundert und proklamiert das „Gegenglück des Geistes“ durch Kunst, da nur Kunst – nach einem von Benn mehrfach zitierten Wort von Novalis – „progressive Anthropologie“ und damit eine menschenwürdige Existenz verspricht.

Ist Benn, indem er in der Nachfolge von Novalis und Nietzsche, aber auch von Schopenhauer das menschliche Dasein nur ästhetisch gerechtfertigt sehen möchte, ein Romantiker, der sich den menschlichen Realitäten verschließt und ihnen die Utopie einer Gegenwelt vorgaukelt, die nicht Wirklichkeit werden kann, weil sie nicht Wirklichkeit ist?

„Ich habe immer das Leben gleich angesehen“, schrieb er vor mehr als fünfzig Jahren, „*als tragisch, aber mit der Aufgabe, es zu* leben. Ein Satz, den ich vor Jahren schrieb, spricht es aus: 'Das Leben ist ein tödliches Gesetz und ein unbekanntes. Der Mann, heute wie einst, vermag nicht mehr als das *Seine ohne Tränen hinzunehmen.' Dieses an* der Antike gebildete Gefühl stand über jeder meiner Stunden.“

Das Seine ohne Tränen hinnehmen: hier wird das Sisyphos-Schicksal derer beschworen, *die tief an ihrer Zeit leiden,* weil sie die kommenden Verhängnisse sehen – und weil sie größer vom Menschen denken als ihre Zeitgenossen, die glauben, das Ihre getan zu haben, wenn sie ihren Nihilismus in öffentli*che Meinung einerseits und in* soziale Schrebergarten-Idylle „im Schatten der Wohlfahrtseiche“ andererseits ummünzen, ohne dafür einen anthropologisch sinnvollen Mehrwert anbieten zu können. Benn, als Naturwissenschaftler und Mediziner mit dem Positivismus vertraut, weil aus ihm hervorgegangen, sieht die Sackgasse, in die er mündet, ja unweigerlich münden muß. Seine künstlerische Natur, sein künstlerisches Gewissen sträubt sich gegen die scientistischen Heilsversprechungen, weil er in ihnen kein Mittel sieht, den europäischen Nihilismus zu überwinden, sondern weil dieser Positivismus, dieses kindische Vertrauen auf materielle Machbarkeit und Ordnungskraft politischer Regulatorien für Benn die hybrideste Ausdrucksform des europäischen Nihilismus selbst darstellt.

Schon im zweiten Brief, den er an den – ihm damals noch völlig unbekannten – Oelze am 27. Januar 1933 schrieb, erläutert er dem Adressaten das eigene geistige Programm:

„Die Wissenschaft läuft, sabbert staatsgeschützt, pensionsberechtigt, mit Witwen- und Waisenversorgung ausflußartig dahin, wagt gar keine Entscheidung, keine Wertung, ist so begnügsam, methodisch verweichlicht, empirisch angezäumt, fürchtet das Allgemeine, flieht die Gefahr. Das wahre Denken aber ist immer gefährdet und gefährlich. Der Gedanke und das Wort kam ja nicht in die Welt, um die Wissenschaft und den Sozialismus und die Krankenkassen zu rechtfertigen, sondern als die furchtbarste Waffe, die grausamste Schneide, der blutigste Morgenstern dem waffenlosen Menschen in der grausamsten aller Welten zu helfen. Davon ein Rest blieb dem Gedanken, der wirklich denkt, der nicht wissenschaftlich denkt, sondern visionär, zwangshaft unter eingeborenen Ideen. Davon ein Rest blieb in der Kunst, im halluzinatorischen Denken, im Ausdrucksdenken. Das ist tiefes, von weither zwangsmäßiges Denken.“

Zum Romantiker mangelt ihm die poetische Sentimentalität. Nein: Romantik ist das nicht. Benn denkt real und radikal vom Menschen, den die „Tiere an Gott verraten“ haben. Aber er mag es nicht resignierend bei dem *„kleine Glück“, das die Menschen sich* erträumen, bewenden lassen. Der empirischen Erkenntniseuphorie, die das Bewußtsein menschlicher Sisyphos-Tragik fortschrittsoptimistisch verdrängt, setzt er die Vision der Kunst entgegen. den Ausdruck, den Stil, die – wie er sagt – „schöpferische Lust“. *„Gott ist Form“* – an diesen Leitsatz glaubt er. Und daran, daß das lyrische Ich beauftragt ist, ihn in die Tat umzusetzen als *Antwort auf den Anruf* des Nichts und als Protest gegen den Zerfall der Werte.

Irrational im landläufigen Sinn ist diese Auffassung, wie man Benn oft vorwarf und noch vorwirft, nicht: aber theologische Züge hat sie zweifellos ebenso wie Nietzsches Lehre vom Menschen, der überwunden werden müsse, um Mensch werden zu können. Nietzsches Vision vom Übermenschen entspringt dem gleichen Leiden am menschlichen Fehlverhalten und dem gleichen Erschrecken am rapiden Verlust menschlichen Seins-Vertrauens wie Benns Bekenntnis zur Form als Manifestation des geistigen Widerstandes gegen den Realitätszerfall. So ra*dikal und zynisch beide* auch ihrem Abscheu gegen die Zeit, in der sie leben, Ausdruck geben, so vehement sie sich dem Treiben ihrer Zeitgenossen zu entziehen versuchen und einsam Position beziehen, so entschieden altruistisch ist die Grundtendenz ihrer Existenz und ihres Werkes.

Wa sich hier abzeichnet, das ist das menschheitsalte Dilemma zwischen kosmischem und geschichtlichem Bewußtsein, zwischen den *Universalien* und *den Realien,* zwischen Erlebnis und Beherrschung der Welt. Dieser Dissens besteht, seit Kain den Abel erschlug. Aufhebbar ist er nicht; solange Menschen Menschen sind, müssen sie mit diesem Widerspruch leben, müssen sie, ob kläglich oder heroisch, ob kontemplativ oder täterisch, mit ihm fertig werden, mit ihm den Kompromiß der Unzulänglichkeit schließen.

In dem bemerkenswerten Buch „Kosmos und Geschichte“ hat Mircea Eliade auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Die Menschheit konnte, solange sie noch unter archaischen Vorzeichen lebte (also bis weit in die *Neuzeit hinein),* die *Leiden* der *Geschichte* nur deshalb ertragen, sagt Eliade, weil sie der Geschichte keinen Wert an sich beimaß, sondern deren Wechselfälle hinnahm wie unausweichliche Naturereignisse, mit denen Gott die Sünder heimsucht. Erst die Aufklärung säkularisiert die Geschichte und bezieht sie in die Idee des Fortschritts ein. Das heißt: der Mensch gibt nun der Geschichte Sinn und Ziel; er sieht in ihr ein Vehikel zum besseren Leben, ein Vehikel zur Überwindung der menschlichen Misere.

Da aber die Geschichte, zum „Wert“ erhoben, diese ideologische Utopie nicht in Realität umsetzen kann, wird sie nun als unerträglich empfunden. Geschichtspessimismus und schließlich Anarchie als Ausdruck eines verzweifelten Geschichts-Nihilismus sind die unweigerlichen Folgen. Von *hier* aus blicken Nietzsche *und Benn* zurück mit Trauer auf – um Benns Formulierung zu gebrauchen – eine „Dorische Welt“ und nach vorn in eine Zukunft „nach dem Nihilismus“, in eine Zeit, in der die „Universalien“ wieder ihren anthropologischen Sinn zurückgewinnen und „Kunst und Macht“ in ein produktives Verhältnis zueinander kommen.

Vielleicht, ja wahrscheinlich ist nicht ohne Bedeutung, daß beide aus evangelischen Pfarrhäusern stammen. Mögen sie sich spä*ter auch extrem weit aus dem Dunstkreis* dieser christlich-kirchlichen Welt entfernt, sich ihr sogar entgegengestellt haben – ganz entfremdet wurden sie ihr nicht. Den Menschen mit sich und der Welt wieder zu ver*söhnen, das ist ein theologisches, ein* religiöses Ziel, übergeordnet allen materiellen Bedürfnissen und Notwendigkeiten, allen politisch-geschichtlichen Zwängen und jedem fortschrittlichen Erkenntnisdrang.

Die Kunst war von jeher ein Medium, das die Menschen über die Zeiten hinweg miteinander im Gespräch hielt über das, was in ihnen höher angelegt ist als die Befriedigung täglicher Bedürfnisse. Das heißt: die Kunst war theologisch grundiert, sie schöpfte aus den gleichen metaphysischen Quellen wie die Religion und trachtete, wie es in Hölderlins „Hyperion“ heißt, nach „Versöhnung mitten im Streit“. Die Säkularisierung der Kunst und damit deren Auslieferung an das Nützlichkeits- und Konsumdenken überantwortete auch sie dem Sog des fortschrittlichen Nihilismus und erniedrigte sie entweder zum bürgerlichen Dekor des kleinen Glücks oder zum Transparent des Protestes gegen dieses. „Aber“, sagt Benn in der Antwort auf die Frage, „soll die Dichtung das Leben bessern?“

„Der Kunstträger wird in Person irgendwo hervortreten und mitreden wollen, für Bessern hält er sich in gar keiner Weise für zuständig – von einigen sentimentalen Ausläufern abgesehen –, unter Menschen war er als Mensch unmöglich, das seltsame Wort von Nietzsche über *Heraklit* – das gilt für ihn.“

Unerschütterlicher Glaube an die Vision der Dichtung

Als Mensch unter Menschen unmöglich, das war ganz gewiß auch Gottfried Benn selbst. Ein Unzeitgemäßer wie alle Großen, die tief litten, verteidigte er den Absolutheitsanspruch des künstlerischen Ausdrucks nicht nur gegen dessen Verächter, sondern gegen das gesamte, der antikünstlerischen, antimetaphysischen Idee des Fortschritt verschworene Zeitalter. Er plädierte für die Einsamkeit des lyrischen Ichs, er, ein Gezeichneter des europäischen Nihilismus, ausgerüstet nur mit dem unerschütterlichen Glauben an die dichterische Vision, die durch das Medium der Form Wirklichkeit stiftet – eine Wirklichketi, die jedem Wertzerfall trotzt, weil sie, der Geschichtlichkeit entzogen, zeitlos wahr ist.

„Mögen andere“ – sagt Benn in dem „Aufsatz zur Problematik des Dichterischen“ – „mögen andere zwischen den Zeilen und ohne Kluft von Dingen reden, die erst später wurden, Beziehungen schildern, die vorübergehen, von Fragen reden, die sich schnell zerlösen, immer und zu allen Zeiten wird er wiederkommen, für den alles Leben nur ein Rufen aus der Tiefe ist, einer alten und frühen Tiefe, und alles Vergängliche *nur ein Gleichnis eines unbekannten* Urerlebnisses, das sich in ihm Erinnerungen sucht.“

Hier also auf der einen Seite der europäische Nihilismus, der im Fortschritt kumuliert und sich nun selbst zum Problem wird, und dort das gezeichnete Ich, in dem der Mensch sich seines Ursprunges erinnert durch Kunst. Wir wollen kein Für und Wider *erwägen und keine Urteile fällen, keine* Vorbehalte formulieren und keine Apotheosen veranstalten, sondern nur die drei Worte wiederholen, die Gottfried Benn selbst als Auftrag und Vermächtnis hinterließ: *Erkenne die Lage.*



Heinz Friedrich FOTO: ISOLDE OHLBAUM

Im Hauptberuf Verleger, nämlich geschäftsführender Gesellschafter des Deutschen Taschenbuch-Verlags in München, ist Heinz Friedrich (Jahrgang 1922) auch selbst als Autor hervorgetreten. Der heutige Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste gehörte zu den Gründern der „Gruppe 47“, veröffentlichte Dramen, Erzählungen und Essays, leitete das Nachtstudio beim Hessischen Rundfunk, wurde Programmdirektor bei Radio Bremen, ehe er 1961 jenen Verlag übernahm, der unter seiner Ägide die Literaturverbreitung in der Bundesrepublik wesentlich prägte. Ein großes Echo fand Friedrichs Buch „Kulturkatastrophe“, in dem er Nachrufe auf das Abendland vorlegte. Schon dieser Band (1979) zeugte von seiner intensiven Auseinandersetzung mit dem mißverstandenen Dichter Gottfried Benn.



Gerd Laukat: Im Basar von Sousse

Teppiche fliegen langsam

Erzählung von HANS-JOACHIM HAECKER

Das höchst seltsame und mich noch immer in seinem Sog haltende Erlebnis begann mit einem Besuch der Souks, der Basarstraßen von Sousse. Es war mein erstes Eintauchen in diesen noch ganz orientalischen Kern der Stadt. Vom Square Farhad Hached war ich vorbei an der Großen Moschee in das Gewirr der von Menschen durchwogten Händlergassen gelangt. Uraltes, abgetretenes Pflaster unter den Füßen und über mir einen Spalt glühenden Sommerhimmels, zuweilen aber auch schattenspendende Gewölbe, wanderte ich ziellos zwischen den nach rechts und links sich öffnenden Ladenhöhlen der Händler hindurch.

Es gab da vieles, was zum Kauf verführen konnte: Berberschmuck, alte Pistolen und Dolche, antike Münzen, silberne Schalen, die vor den Augen der Kunden ziseliert wurden, Kupferkessel, alt und neu, in allen Größen, Keramik, orientalische Gewänder, Decken und vor allem und in unerschöpflicher Auswahl Teppiche.

Als ich vor dem tief ins Innere führenden Gewölbe eines Teppichhändlers stehenblieb, um die an den Wänden aufgehängten Teppiche zu betrachten, zupfte mich ein kleiner, etwa zehnjähriger Araberjunge am Ärmel und wies auf meine Baskenmütze, dann auf seinen Kopf voll schwarzer, wuscheliger Haare: „Nur probieren!" Ich winkte lachend ab. Der Junge hob beschwörend die Hände: „Nur probieren!" Als ich auch daraufhin abwinkte, schrie der Junge, jetzt mit Wut in den Augen: „Nur probieren!" und sprang wild vor mir hin und her wie ein Dschinn aus Tausendundeiner Nacht.

In diesem Augenblick stürzte der Ladeninhaber aus seinem Gewölbe, schrie dem Jungen etwas auf arabisch zu und scheuchte ihn mit einer drohenden Handbewegung davon. „Nicht hören auf solche Strolche!" sagte der Teppichverkäufer in leidlichem Deutsch. „Alter Trick. Nehmen Mütze und Hut und ab wie Wind." Und mit einer einladenden Handbewegung: „Bitte eintreten. Nur sehen, Monsieur. Ich habe wundervolle Ware." Nach seinem eifrigen Bemühen um meine Baskenmütze konnte ich ihm seine Einladung nicht gut abschlagen. Er hatte tatsächlich einige wirklich schöne Teppiche in seinem reichhaltigen Angebot.

Ich verstehe nicht viel von den tieferen Geheimnissen der Teppichwebkunst, man kann mich also, wenn es hart auf hart kommt und der Geschäftspartner mit allen Wassern der Zisterne gewaschen ist, gut übers Ohr hauen. „Kaufen Sie Teppiche nur in einem gediegenen Fachgeschäft!" stand in meinem Hinterkopf der Slogan eines Fachgeschäfts meiner Heimatstadt. Aber wer befragt schon seinen Hinterkopf vor der Farbenpracht in einem orientalischen Basar. Außerdem konnte ich mich, wenn zwar nicht auf meine Teppichkenntnisse, so doch auf meinen recht sicheren Geschmack verlassen.

Während ich so mit mir zu Rate ging, fiel mein Blick auf einen Teppich, den wir seiner Größe nach als Brücke bezeichnen würden: ein orangefarbenes Medaillon in der Mitte und drei zwischen Rot, Gelb und Braun wechselnde Bordüren mit unterschiedlicher Musterung im Rechteck darumgelegt. Dieser Teppich war der einzige in dem Laden, der leichte Gebrauchsspuren aufwies. Das konnte einfach auf Benutztsein, aber auch auf Alter, möglicherweise auch auf vorgetäuschtes Alter hinweisen. Der Teppich schien recht alt zu sein. Zumindest wünschte ich mir, daß es sich um einen alten Teppich handelte. Er gefiel mir außerordentlich.

Ich muß wohl einige Zeit vor dem Teppich verharrt haben, denn der Verkäufer, der mich stumm mit seinen Blicken verfolgt hatte, trat schnell auf mich zu. „Gut!" sagte er. „Sie Connaisseur, Fachmann." Was sollte ich sagen? Sollte ich meine Unkenntnis zugeben? Dann konnte der Händler mir weismachen, was er wollte. Ich zog vor, nicht zu antworten, sondern nur vielsagend zu lächeln. „Hassan", der Händler deutete auf sich, „weiß, was er einem Connaisseur anbieten darf. Dieser Teppich ist prima." – „Wie alt?" wollte ich wissen. „Sehr alt!" antwortete der Händler, „Viele, viele Jahre alt! Hundert Jahre! Zweihundert Jahre! So alt ist der Teppich."

„Und was soll er kosten?" fragte ich, Schlimmes ahnend. Der Händler sah zur Erde, dann in die Luft, dann mir in die Augen und nannte einen Preis, der weit jenseits meiner finanziellen Möglichkeiten und wohl auch ganz allgemein jenseits jeder Diskussion lag. Bei aller Enttäuschung mußte ich lachen.

„Nicht lachen, Monsieur! Dies ein besonderer Teppich." – „Wieso besonders?" fragte ich. „Dies fliegender Teppich", antwortete der Händler. Er sagte es mit ernstem Gesicht, aber mir war klar, daß er sich einen Spaß erlaubte. Er wußte, was er einem abendländischen Kunden an orientalischem Fluidum schuldig war. Jetzt durfte ich nicht Verwirrung oder gar Verärgerung zeigen und den Spaß verderben. „Fliegend?", fragte ich deshalb ebenfalls ernst, „Wo sind die Flügel?" – „Teppiche ohne Flügel. Teppiche fliegen so", konterte mein Gesprächspartner und machte dabei mit der Hand eine wellende Bewegung.

„Dann fliegen Teppiche viel zu langsam", ging ich auf seine Behauptung ein. „Beweis, daß Teppiche echt orientalisch sind. Haben Zeit. Zeithaben gut gegen Streß. Außerdem: Nur dieser Teppich kann fliegen und Teppich des Propheten, sein Name sei gelobt. Mohammed flog mit Teppich in den Himmel." – „Das habe ich anders gelesen", sagte ich. „Mohammed ist mit einem weißen Pferd gen Himmel aufgefahren." – „Gewiß, Monsieur", stimmte mir der Händler zu – sein Gesicht erhellte sich vor Freude, da sein Kunde so in der Lebensgeschichte des Propheten bewandert war – „gewiß, aber weißes Pferd stand auf Teppich. Teppich flog."

Der Händler schien erkannt zu haben, daß ich den geforderten Preis nicht zahlen konnte. Er sagte: „Sie Deutscher. Deutsche gut. Halber Preis. Basta!" – „Nein", sagte ich, mit den Füßen meiner Worte nun wieder auf der Erde. „Auch diesen Preis kann ich nicht zahlen." Der Verkäufer runzelte die Stirn: „Gefällt Ihnen Teppich nicht?" Der Teppich gefiel mir außerordentlich und war mir durch das Gespräch – auch ohne, daß ich an seine Flugtüchtigkeit zu glauben begann – lieb geworden. Sollte ich das eingestehen?

Ich entschloß mich, allen orientalischen Handelsregeln zum Trotz, die Wahrheit zu sagen. „Der Teppich gefällt mir sehr, aber er ist mir zu teuer." – „Zu teuer! Zu teuer! Immer zu teuer!" Hassan schüttelte bekümmert den Kopf. „Vielleicht einen anderen Teppich", schlug er vor. „Nein", sagte ich, „den fliegenden Teppich oder keinen." – „Connaisseur! Connaisseur!" sagte der Händler. Und mit entsagender Gebärde: „Aber kein Finanzmann!"

Es tat mir leid, ohne Kauf das Gewölbe zu verlassen. Aber ich konnte wirklich nicht den Preis eines fliegenden Teppichs – auch nicht den herabgesetzten – für ein Exemplar bezahlen, das zum Bodenpersonal gehörte. Ich war im Begriff mich umzuwenden und zu gehen. Doch nun hatte Hassan wohl eingesehen, daß er, wenn überhaupt, seinen Teppich nicht als Luftschiff, sondern als Teppich verkaufen mußte. Er nannte schnell einen wenn auch hohen, so doch diskussionsfähigen Preis. Ich nannte eine etwas niedrigere Summe, auf die der Händler auch sofort einging, und der Kauf war perfekt.

Nachdem ich bezahlt hatte, sagte Hassan: „Einen Moment bitte!" ging zum Ausgang, rief „Ali!", und herbeigeeilt kam eben jener kleine Dschinn, der mir an die Mütze gewollt hatte. Der Junge eilte nach ein paar schnellen Worten des Ladenbesitzers dienstbeflissen davon. Als Hassan sich mir wieder zuwandte, sah ich etwas wie Triumph in seinen Augen, und ich begann zu begreifen, daß er mir in diesem Augenblick die Zauberkiste orientalischer Geschäftstüchtigkeit öffnete. Der versuchte Mützenraub und Hassans Empörung waren also nur programmierter Theaterdonner gewesen, um mich, den Kunden, in eine für den Verkäufer günstige Verfassung zu versetzen.

Hassan wies einladend auf ein Sitzkissen und ließ sich dann mir gegenüber nieder. Wir sahen uns eine Weile schweigend und amüsiert an. Und schon kam Ali mit einem Tablett mit zwei Mokkatäßchen. „Mein Sohn", sagte Hassan, als der Junge wieder verschwunden war, „wird sicherlich einmal ein guter Kaufmann." – „Davon bin ich überzeugt", stimmte ich zu.

Wir tranken nun den Mokka, wobei ich mich nicht enthalten konnte zu fragen, wie denn der Motor anspringe. „Kein Motor", sagte Hassan, ohne zu zögern, „nur sich auf Teppich setzen und so machen." Er wellte wiederum mit der Hand. „Kann ich's mal probieren?" fragte ich. Der Händler winkte eifrig ab: „Behörde hat verboten, im Souk zu starten." Ganz konnte er nun doch ein verschmitztes Lächeln nicht unterdrücken. Hassan stand auf, holte einen Bogen Packpapier hervor, rollte den Teppich ein, umwickelte und verschnürte ihn. Dann verabschiedeten wir uns. Als ich schon auf die Basarstraße hinausgetreten war, rief Hassan mir noch einmal nach: „Er kann fliegen!"

Im Hotel angekommen, breitete ich den Teppich auf dem Boden meines Zimmers aus. Mich auf das Medaillon zu setzen unterließ ich. Ich ging dann noch zum Abendessen in die Stadt. Kam erst spät zurück. Zog mich aus und legte mich schlafen.

Am nächsten Morgen erwachte ich bei Sonnenaufgang. Noch war es ganz still und niemand wach im Hotel. Da ich nicht weiterschlafen konnte, richtete ich mich auf und blieb einen Augenblick lang auf dem Bettrand sitzen. Mein Blick fiel auf den Teppich. Da lag er platt am Boden und rührte sich nicht. Ein schöner Teppich, dachte ich. Egal, ob er seinen Preis wert ist oder nicht: Mir gefällt er. „Und", sagte ich spöttisch, „er kann fliegen." Noch im Schlafanzug und ungewaschen setzte ich mich auf sein Medaillon und wellte mit der Hand.

Und da geschah das Unglaubliche: Der Teppich ruckte an, begann sich zu wellen, und auf wurde ich gehoben und ab ging es durch das offene Fenster über den Garten des Hotels. Merkwürdig: Ich hatte keine Angst, daß der Teppich abstürzen oder ich herunterfallen könnte. Es war ein seltsames, beseligendes Gefühl, dahinzufliegen über die breite Straße, die zum Hotel führte, über die Dächer der zunächst liegenden Hotels, über die Stadt und schließlich über die Altstadt.

Niemand war auf den Straßen zu sehen. Es war eben noch sehr früh. Nur auf einem der flachen Dächer des Soukviertels stand ein einzelner Mann, der mir zuwinkte. Ich konnte ihn nicht erkennen, denn ich flog zu hoch. Aber wahrscheinlich war es Hassan der Teppichhändler.

Ich träume, dachte ich, während der Teppich in einer weiten, weichen Schleife wieder zurück in Richtung des Hotels flog. Ich muß mir in den Arm kneifen, dann werde ich erwachen. Ich kniff mir in den Arm, aber nichts geschah, als daß der Teppich sich nun langsam über meinem Hotel niedersenkte und durch das Fenster an seinen alten Platz flog. Ich erhob mich verwirrt. Ich will jetzt erwachen, sagte ich zu mir. Aber ich erwachte nicht. Ich legte mich auf mein Bett und schloß die Augen. Wie komme ich nur aus diesem Traum heraus, dachte ich. Es muß doch ein Traum sein. Mein Teppichflug kann doch nicht Wirklichkeit sein. So lag ich lange und grübelte ...

Dann aber gab ich mir einen Ruck und sprang auf. Mir zu Füßen lag der Teppich. Bei dem Gedanken, daß ich auf ihm sitzend über die Stadt hinweggeflogen war, wurde mir noch im nachhinein schwindlig. Nein, ich würde ihn von nun an nur zur Bedeckung des Fußbodens benutzen. Doch aufschreiben muß ich das Erlebte.

Und nun sitze ich an dem kleinen Schreibtisch meines Hotelzimmers und bringe dies zu Papier. Aber wer wird es, wenn ich endlich erwache, lesen können?

Frau Weisheit und ihre Kinder

Von GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

In den Büchern des Alten Testaments ist vielfältig von der Weisheit die Rede. Weisheit ist nicht nur eine der erhabensten Eigenschaften Gottes, sondern auch die Berufung des Menschen. Weise zu sein bedeutet ursprünglich etwas sehr Einfaches und Erdennahes: die Fähigkeit, mit den Dingen angemessen umzugehen; eine Sache richtig zu beherrschen; ein Handwerk, einen Beruf oder eine Aufgabe meisterhaft und musterhaft auszuüben. Weisheit in diesem konkreten Sinne ist Kundigkeit, Kunstfertigkeit, Tüchtigkeit. So spricht etwa das Buch Exodus 35,25 von der „Weisheit" jener Frauen, die aus Ziegenhaar Decken zu spinnen und Linnen und andere Gewebe mit blauem oder rotem Purpur zu färben verstehen. Bei Jesaja 40,20 findet sich die Wendung „weiser Bildhauer"; ein solcher ist ein fähiger Bildschnitzer, dessen Werk nicht aus den Fugen gerät.

* Dann bedeutet Weisheit, wie im übrigen Orient, auch die Gesamtheit praktischer Lebensregeln, wie sie durch Überlieferung, Klugheit und Erfahrung sich dem Menschen empfehlen. Sie umfassen jene elementarsten Normen humanen Zusammenlebens und gesitteten Verkehrs, auf denen erst höhere Moral oder kodifiziertes Recht aufbauen kann. Manche dieser Regeln sind uns so vertraut, daß wir kaum ihre biblische Herkunft ahnen: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein" (Sprüche 26,27). Andere sind Lebensweisheiten, wie sie sich in den Sprichwörtern und Redensarten aller Völker finden, etwa: „Liebe nicht den Schlaf, damit du nicht verarmst!", „Der Hastige bringt's nur zu Verlust", „Wer seine Zunge beherrscht, der schützt sein Leben vor Gefahren."

Weisheit ist aber auch die vornehmste Tugend der Könige. Wer zur Regierung berufen ist, braucht, noch mehr als andere, vor allem Weisheit. Berühmt ist Salomos Gebet zu Gott, in dem er ihn bittet: „Die Weisheit ist bei dir, die deine Werke kennt und die zugegen war, als du die Welt erschufst ... Vom heiligen Himmel sende sie, ... daß sie mir bei der Arbeit helfe und ich erkenne, was dir wohlgefällt." (Die Weisheit Salomos, 9,9ff.) Als Verkörperung des Ideals königlicher Weisheit gilt nicht nur in der Bibel, sondern auch in der Legende der König Salomo. Weise sein bedeutet bei einem Herrscher vielerlei: Menschenkenntnis, Scharfsinn, Bildung, Einsicht in die natürlichen und politischen Gegebenheiten, Fähigkeit zu befehlen, zu richten und Frieden zu stiften, aber auch Schläue, List und Pfiffigkeit, vor allem aber Gottesfurcht.

Bereits in dem erwähnten Gebet Salomos, aber auch an einigen anderen Stellen der Bibel erscheint die Weisheit als personales Wesen: als Schülerin, Gespielin und Botin Gottes, die bei der Erschaffung der Welt zuschauen darf; und als Lehrerin, Freundin, ja sogar Geliebte des Menschen: „Sie liebte ich, ich sehnte mich nach ihr von Jugend an und strebte, sie als Braut mir heimzuführen. Und ich verliebte mich in ihre Schönheit", heißt es zum Beispiel in der vermutlich um 150 vor Christus entstandenen „Weisheit Salomos". Am eindringlichsten aber begegnen wir der Weisheit als Person im achten Kapitel des Buchs der Sprüche: Dort spricht die Weisheit mit eigenem Munde: „Mich schuf der Herr als Anfang seiner Schöpfung, / Als erstes seiner Werke, in der Urzeit ... / Zur Seite war ich ihm als Schülerin / Und spielte vor ihm alle Zeit / Und spielte auf dem Erdkreis, den ich liebte, / Und zum Entzücken diente ich den Menschenkindern."

Weisheit (Chochma, Sophia, Sapientia, Wisdom, Sagesse und wie ihre Entsprechungen in den verschiedenen Sprachen der Alten Welt lauten) erscheint hier als weibliches Wesen. „Frau Weisheit" gilt in der christlichen Überlieferung als Mutter der drei göttlichen Tugenden Glaube, Hoffnung und Liebe, die selber wieder antlitzhafte Züge tragen.

Glaube, Hoffnung und Liebe gehören ebenso wie Weisheit (Sophia, Sophie) bis zum heutigen Tage in christlich-orthodoxen Ländern zu den beliebtesten weiblichen Rufnamen. Viele griechische Mädchen heißen Pistis, Elpis und Agape, und ihre russischen Namensschwestern entsprechend: Vera, Nadjéshda und Ljubów, also „Glaube", „Hoffnung" und „Liebe".

Eine berühmte Nowgoroder Ikone zeigt Sophia als geflügelten Engel mit feurigem Angesicht, in kaiserliche Prunkgewänder gehüllt und geschmückt mit einem Diadem. Sie sitzt auf einem Thron, zu dem sieben Stufen führen, umgeben von Maria und Johannes dem Täufer. Auf einer anderen Ikone wird die Göttliche Weisheit mit besiegten Kriegern zu Füßen dargestellt. Einige der schönsten und ehrwürdigsten Kathedralen der östlichen Christenheit sind der als geheimnisvolle Person geschauten Weisheit, der Hagia Sophia, geweiht – so in Byzanz (Konstantinopel, heute Istanbul), Kiew und Nowgorod.

Von manchen Deutern der Geistesgeschichte wird auch der mythische Gralstempel mit einem Heiligtum der Frau Weisheit gleichgesetzt. Bei Scotus Eriugena, der im neunten Jahrhundert lebte, findet sich das Wort: „Und wenn du nur willst dich erheben zu himmlischen Höhen, wirst mit strahlendem Auge du schauen den Tempel Sophias."

Etwa ein Jahrtausend nach Eriugena notierte der deutsche romantische Dichter Novalis, im Gedenken an seine frühverstorbene Braut Sophie von Kühn, in sein Tagebuch die drei Worte: „Christus und Sophie".

Was bei Novalis nur ahnungsvoll angedeutet ist, haben russische Religionsphilosophen, wie Wladimir Solowjow, Pavel Florenskij und Sergej Bulgakow, zu umfassenden Lehrsystemen entfaltet, in denen die Weisheit eine kosmische und heilsgeschichtliche Rolle spielt. Es gibt im Raum der Ostkirche eine ausgeprägte Sophiologie, welche ihrem Selbstverständnis nach eine christliche Gnosis ist und die im Westen keine Entsprechungen hat.

Doch immerhin lassen sich auch im katholischen wie im protestantischen Christentum einige eindrucksvolle Zeugnisse nachweisen, in denen die Gestalt der Weisheit einen bedeutsamen Rang einnimmt. Von dem Mystiker Heinrich Seuse ist die Schilderung einer Vision auf uns gekommen, in der ihm die himmlische Weisheit als neben Christus und Maria selbständiges Wesen erscheint: „Bisweilen gebärdete sie sich als weise Meisterin, bisweilen verhielt sie sich wie eine stattliche Geliebte." In Jakob Böhmes Schrift „Von wahrer Buße" findet sich ein Gespräch zwischen der „Jungfrau Sophia" und der menschlichen Seele, und auch sonst kreist sein Denken um das „Spiel der göttlichen Weisheit".

Der französische Dichter Paul Claudel bekannte, daß ihn die im alttestamentlichen Buch der Sprüche auftretende Weisheit sein Leben lang fasziniert habe. Es gäbe in seinem gesamten Werk keine einzige Frauengestalt, der Züge dieses geheimnisvollen Wesens fehlten. Ein erstaunliches Geständnis, da die Bibel mit keinem Wort das Aussehen, das Alter oder die Mienen der Weisheit schildert ... Sie sich bildlich vorzustellen, bleibt dem Leser überlassen, und so erscheint sie auch im Laufe der Zeiten in verschiedener Gestalt: als spielendes Kind; als Mitwisserin der Schöpfungsfrühe; als Schülerin; als Lehrerin, als Ratgeberin; als Geliebte; als „ewige Gefährtin" (podruga wjetschnaja), wie Solowjow sie nennt; als „menschliche Grundhaltung, die auf einer allgemeinen Lebenserfahrung und einem umfassenden (nicht nur rationalen, wissenschaftlichen) Verstehen und Wissen um Ursprung, Sinn und Ziel der Welt und des Lebens sowie um die letzten Dinge gegründet ist" (so Meyers Lexikon); oder auch als Gremium von Wirtschaftswissenschaftlern, das in der Bundesrepublik Deutschland volkstümlich „Rat der fünf Weisen" genannt wird.

Der Experte als der Weise – bedeutet dies, daß unsere Weisheit am Ende ist? Dies ist zumindest die Meinung des indischen Dichters, Philosophen und Politikers Gopal Singh, der im Sommer 1983 bei der Tagung des Weltkirchenrates in Vancouver erklärte: „Wir haben heute Religion, aber keinen Glauben; Geschwindigkeit, aber keine Richtung; Leidenschaft, aber kein Mitleid; mehr Wissen, aber nicht mehr Weisheit." Es fehlt auch hierzulande nicht an Stimmen, die dem Urteil Gopal Singhs zustimmen. Schon das bloße Wort „Weisheit" hat für viele einen altmodischen, ja sogar ein wenig lächerlichen Klang. Sehr viele leben so, wie der römische Dichter Petronius starb, über den Tacitus (Annalen XVI, 19) berichtet: „Er wollte nichts von der Unsterblichkeit der Seele und den Lehren der Weisen hören, sondern nur leichtsinnige Lieder und scherzhafte Verse."

Es gibt Spezialisten, auch solche für Philosophie, es gibt Intellektuelle, Ideologen, Kritiker, Visionäre, Doktoren der Revolution, Propheten des Weltuntergangs und Professoren der Erlösung. Und es wirken unter uns auch noch, Gott sei Dank, Kenner und Interpreten christlicher wie außerchristlicher Weisheitsüberlieferung, die die Verse aus Goethes „West-östlichem Divan" beherzigen:

Wer nicht von dreitausend Jahren
Sich weiß Rechenschaft zu geben,
Bleib im Dunkel unerfahren,
Mag von Tag zu Tage leben.

Wo aber gibt es noch den Typus des Weisen, von dem die Stoiker sagten, daß er allein frei, glücklich und reich sei? Hat sich Frau Weisheit, die in uralten Zeiten auf dem Erdkreis spielte, gänzlich in fernen Himmel zurückgezogen? Oder ist sie noch wirksam, wo immer Sinn für die großen Überlieferungen der Menschheit und kritisches Denken sich dem Sog kollektiver Vergeßlichkeit und geistiger Verproletarisierung widersetzen, wo immer in einem anspruchsvollen Sinne Rat gegeben wird



Den Griechen galt sie als Verkörperung der Weisheit: Die Göttin Athene

oder auch nur ein freundschaftliches Gespräch über ein wesentliches Thema zustande kommt?

Vielleicht ist es weise, Weisheit nicht nur in besonders unalltäglichen Situationen oder bei tiefsinnig scheinenden Menschen zu suchen. Es gibt eine unscheinbare, ja sogar eine anonyme Weisheit, die ohne Aufsehen zu erregen ihres Weges geht. Diese Weisheit hat wenig Ähnlichkeit mit der Ikonenfigur der auf goldenem Grunde purpurn thronenden göttlichen Sophia. Sie gleicht eher dem innerlich gegründeten Takt als einem spekulativen Lehrgebäude. Sie hat mehr mit der Fähigkeit zu tun, gelassen das uns sich bietende Glück zu genießen, ohne dabei eine gewisse Distanz zu den äußeren Gütern zu verlieren, als mit der Gabe divinatorischer Weissagung. Sie ist mehr als Klugheit, aber weniger als Metaphysik.

Wissenschaftler, Gelehrter oder Philosoph, gar Held, Heiliger oder Weisheitslehrer kann nicht jeder sein. Doch es scheint, daß jeder in einem gewissen Sinne weise zu sein vermag. So verstehe ich auch ein tröstliches Wort aus Goethes „Maximen und Reflexionen", einem der wenigen Weisheitsbücher der deutschen Literatur neben Adalbert Stifters „Nachsommer" und den kleinen Schriften Schopenhauers: „Der geringste Mensch kann komplett sein, wenn er sich innerhalb der Grenzen seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten bewegt."



Sommer im Licht

Von YVES BONNEFOY

Doppelt schweigsam der Nachmittag
in der Verlassenheit des Sommers, und kraft einer Glut,
die man weiß nicht ob aus diesem Gefäß
oder von höher noch im Himmel überfließt.

So schliefen wir denn: ich weiß nicht wie viele
Sommer im Licht; und weiß auch nicht,
in welche Weiten unsere Augen sich öffnen.
Ich horche, nichts regt sich, nichts endet.

Kaum das Begehren, ein Bild gestaltend,
dreht sinnend, auf einer einfachen Achse,
den Ton eines Erwachens im Traum, von Schatten feucht.

Die Sonne doch summt an der Scheibe
und, rot die Flügel um ihre Seele geschlagen,
sinkt sie, in Frieden aber, der Erde der Toten zu.

Von allem eine Kleinigkeit mehr

Los Angeles, das neue Babylon auf der Erdbebenfalte / Von CHRISTIAN FERBER

Es war einmal, vor hundert Jahren etwa, eine nicht allzu große, aber anmutige Siedlung mit vielen nach spanischer Art erbauten Häusern. Sie lag nicht weit vom Stillen Ozean inmitten von Orangenplantagen, Olivenpflanzungen und Weinbergen. Die etwa sechstausend Einwohner lebten friedlich von Anbau und Verkauf der Früchte (jährlich drei bis vier Millionen Orangen, etwa vier Millionen Liter Wein, viele Zentner Rosinen); sie hatten meistens schönes Wetter und waren ganz zufrieden.

Die Gegend hat sich seither verändert. Manche sagen, dies müsse um die Jahrhundertwende beschlossen worden sein, ganz im geheimen – nämlich, auf dem riesigen Gebiet zwischen der See und ansteigenden Hügelketten mit den engen, doch freundlichen Tälern ein neues Babylon zu bauen, jedoch eines ohne Turm oder jedenfalls nur mit ein paar bescheidenen Türmen, und ganz im allgemeinen mit sehr niedrigen Häusern. Ob beschlossen oder nicht, so jedenfalls ist es geschehen.

Unter dem Namen der bescheidenen Siedlung (die Engel standen Pate, als das Land hier noch mexikanisch war, vor 1848, und der spanische Name blieb haften, Los Angeles) wuchs die Stadt ungeheuer in die Länge und in die Breite, kroch die Hügel hinauf, näherte sich auch vielerlei benachbarten Siedlungen und schloß sie ein. In der Stadt Los Angeles wohnen heute an die drei Millionen Menschen, im Bezirk L. A. an die sieben Millionen.

Neuerdings wird da und dort auch noch ein wenig in die Höhe gebaut. Etwas vergrätzt gibt man selbst in San Franzisko zu, L. A. bekäme jetzt etwas anderswo längst Altmodisches, nämlich eine Metropolen-Silhouette; es sähe nicht mehr überall so aus wie ein gigantischer Parkplatz. Vier Millionen Autos sind im Bezirk L. A. zugelassen, und trotzdem ist auf den Straßen noch einigermaßen Platz, denn diese Straßen sind zusammen zwischen zehn- und elftausend Kilometer lang. Mehr Gedränge ist auf den lokalen Bändern von Radio (71 Sender) und Fernsehen (19 Sender).

Ob zu groß, zu attraktiv, zu häßlich, zu luxuriös, zu erbarmungswürdig arm, zu laut, zu bunt, zu schön, zu brutal, zu dusselig oder zu raffiniert: Von allem wird eine spürbare Kleinigkeit mehr geliefert als anderswo. Babylon, ungeheuer breitgequetscht, nährt sich ohne Scham so verlockend wie eine fleischgewordene und immer noch halbwegs läßliche Sünde. Die Anziehungskraft dieser Riesin ist ungeheuer, der Bevölkerungszuwachs stetig. Der Bodensatz an einigermaßen schamlosem Reichtum nimmt ständig zu, nicht anders als der Bodensatz an beklemmendem und hilflosem Elend.

Die Einwohner sind sehr freundlich mit Gästen und sachlich gnadenlos mit jedermann, der sie am offenherzigen Geldverdienen hindern könnte; und die halbwegs vornehme Zurückhaltung des amerikanischen Ostens gilt hier nichts – was dort noch nach mehr nordeuropäischer Art kaschiert wird, das ist an dieser Westküste offener Zugriff von, sagen wir, lateinischer Unbefangenheit.

Das mindert aber die Verlockung nicht, so wenig wie die ungemeinen Häßlichkeiten weiter Gebiete, endlose Trostlosigkeit gelegentlich auch in halbwegs wohlhabenden Vierteln, samt dem Kontrast der Siedlungen am Meer oder den schon recht betagten Palmen-Straßen: gesäumt von kostspielig berieselten Gärten, und pro Anpflanzung ein gigantischer Villen-Alptraum, keineswegs ausschließlich ein Heim für Damen und Herren der Filmindustrie; Mangel an Geschmack ist längst nicht mehr Privileg bestimmter Berufe. Die Kino- und TV-Industrie wird überhaupt gerade in ihrer Weltzentrale viel verkannt: maßlos überschätzt oder aber unterschätzt. 1932, im Jahr der ersten Olympischen Spiele zu L. A., waren bei Films am Ort 290 000 Personen beschäftigt, ein knappes Viertel der Stadtbevölkerung. 1984 arbeiten an den Produkten für Leinwand und Bildschirm in L. A. nur noch 223 000 Leute, ein Dreizehntel der Stadtbevölkerung in unseren Tagen.

Jedoch, obwohl seit der Jugendzeit des Tonfilms das Personal dieser Unterhaltungsindustrie mit gelegentlichem Kunstausstoß sich vermindert hat, die 223 000 L. A.-Bewohner sitzen nicht nur an verbesserten und auch arbeitssparenden Apparaten – die Wirkung ihrer Arbeit ist wesentlich größer als dazumal. Sie unterhalten, sie machen viel Fernsehen, und dies mit Vorliebe serienweise. Über die Bildschirme und permanente Handlungsabläufe „ganz so wie das Leben selbst" beeinflussen sie täglich in aller Breite die Nationalkultur der Vereinigten Staaten. Nicht nur in Amerika gibt es größere Bevölkerungskreise, geneigt, das Leben als Imitation einer TV-Serie zu betrachten. Was aber Los Angeles der Nation per Bildschirm als Daseinswirklichkeit anbietet, das ist keineswegs vielfältiges Amerika, das ist stets Los Angeles und sonst nichts.

Polizisten. Mütter oder wer sonst auch *immer und wo immer die Angelegenheit* spielt: Es sind L. A.-Polizisten und L. A.-Mütter mit L. A.-Daseinsregeln. Mag auch der schlimme J. R. Ewing einen Dallas-Akzent haben – was er sagt, stammt aus den Köpfen von Schreibern, die in Malibu siedeln. Los Angeles wird damit zum peinlich volkstümlichen Modell der Welt von morgen früh, soweit die L. A.-Videoindustrie verkauft. Deswegen kennen wir alle die Riesenstadt – mag auch die Wirklichkeit nicht ganz unserem Bilde entsprechen.

Sicher ist aber, daß der Bau dieses babylonischen Turms vorwiegend in horizontaler Richtung keine Sprachverwirrung gezeugt hat, sondern eine weltweite Sprachvereinfachung. Ob deswegen gleich *feuilletonistisch*-soziologische Gänsehaut angebracht ist, bleibt unsicher. Es gibt schlimmere Stanzen als L. A.-TV – obwohl beispielsweise Geschäftsleute in den USA und auch anderswo diese Meinung vielleicht nicht teilen: Geschäftsleute werden von den TV-Machern und Schreibern verabscheut; sie stellen fast immer den Schurken.

Wer wollte behaupten, dies liege an den Geschäftsleuten in L. A.? Sie sind zumeist beängstigend tüchtig, und natürlich haben sich auch genügend von ihnen gefunden, die das lustbetonte Gehöre der ansässigen Platzhirsche von Film, Flugzeugbau, Microchips und sonstigen außerordentlich gewinnbringenden Branchen mit *geschmeidigen* Luxus-Angeboten beantworten, mit einem langen Seitenblick auf die entsprechenden Hirschkühe.

Offerten gibt es da für jeden sinnlosen, doch kostbaren Mist zur Freude von Mensch, Kind und Haustier und zum Preis von Hunderttausenden von Dollar. Ein vergoldeter Revolver mit Nerzbehälter, in limitierter Auflage offeriert: halb geschenkt, 7000 Dollar. Und so weiter. Hier mag jeder sich genüßlich suhlen – bis hinein ins Jacuzzi-Massagebecken, eingebaut in ein Leih-Lincoln-Automobil. Es gibt hier, darf in aller Bescheidenheit angemerkt werden, nichts, was es nicht gibt. Aber wen interessiert das eigentlich? So groß, daß diese Sorte Konsumentenkreis Schule macht, ist der Pöbel mit den enormen Konten nun auch wieder nicht: ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung in *Los Angeles*, ein Bröselchen im *Volk* der USA.

Da liegt die weltläufige Stadt. Geviert bei Geviert, in der Überzahl bescheidene Häuschen, durchzogen von großen Straßen mit *Tausenden von Hausnummern und auch* von vielerlei Autobahnen als Verkehrsadern mit vernünftigem Tempolimit. Die Majorität vorerst noch: normale Bürger, die genügend zum Leben verdienen. Der Freiheitsraum ist groß genug für jeden Verrückten.

Ein Teil der Stadt freilich, oft genug der schönste Teil, etwa Malibu mit dem Strand und vielen Häusern darauf, ist unsicher und ständig bedroht: von Feuer, Stürmen, Erdbeben, Flutwellen, Erdrutschen und, als Beigabe, von aufgescheuchten Klapperschlangen. Hier sind die Reichen tapfer und phantasielos, hier harren sie aus. Dabei meinen die Erdbebenforscher, ein saftiges Beben in der „San-Andreas-Falte" (sie verläuft durch *L. A.'s bessere Gegenden) sei demnächst un*weigerlich fällig. Gleichwohl, es ist eine herrliche, eine verführerische Stadt und Gegend. Viele Verrückte, gelegentlich ein Genie, und eine Menge Hochstapler natürlich auch. Doch bei drei bis sieben Millionen Einwohnern muß es sich um mindestens zweieinhalb bis sechseinhalb Millionen durchaus normaler Menschen handeln, die entweder ihrer Arbeit nachgehen oder den außerordentlichen Freiheitsraum ausnutzen, den *L. A. anbietet* – oder aber erbärmlich leben und bisweilen verkommen, verhungern und die auch töten. Los Angeles, im Grunde eine Stadt sehr freier Arbeitsbürger, ist einzigartig in der Mixtur, und über seine höchst unerfreulichen Seiten täuschen Wetter, tropische Vegetation, Ozean und Strand häufig hinweg. Das Elend in dieser Stadt mag in mancher Munde sein, es ist bei weitem nicht so gut publiziert wie das Elend mancher New Yorker Bezirke.

Los Angeles lockt beispielsweise viele Amerikaner an, einfach, weil dort die Sonne scheint und das Leben so herrlich frei anmutet. Sie kommen an, sie geben ihre Ersparnisse aus, sie finden dann keine Arbeit, und landen am Ende in einem Elend, das in den USA seinesgleichen sucht. Wer will, kann dieses Elend sehen, vor allem östlich der Nord-Süd-Verkehrsader „Harbour Freeway". *Irgendwo in der Gegend dieser Auto*bahn verläuft die Grenze zwischen Erfolg und Mißerfolg. Ein Stück weiter östlich wird es dann wieder besser. Aber dazwischen wohnen beispielsweise im Bezirk Watts die mittellosen Schwarzen der Stadt; sie stellen dreizehn Bürger von hundert und sind zumeist ohne Arbeit, sind auf dem Rückzug. Andere Arme haben übernommen: hispanische Einwanderer, vor allem aus Mexiko, jetzt schon 28 Bürger der Stadt von hundert, und man schätzt, daß im Jahr 2000 gut die Hälfte aller Bürger ehemalige Mexikaner sein werden.

Los Angeles hat heute die Rolle der Einwandererstadt wie einst New York und dies mit jener Staatsgrenze im Süden, die nicht grün ist, sondern staubig, farblos, schmutzig, und an der das Einsickern von Nachbarn selten verhindert werden kann. Das Los Angeles von morgen könnte wieder so spa*nisch-mexikanisch werden wie die Siedlung* gleichen Namens vor 1848.

Wer weiß. Zur Zeit stammen kalifornische Gouverneure gelegentlich noch von irischen Einwanderern ab. Doch die anderen Einwanderer, *komplett mit eigener Ganovenge*sellschaft und viel ehrlicher und fleißiger Bürgerschaft, sie raufen sich in den Elendsvierteln mit anderen Gruppen, mit Koreanern, Chinesen, Kambodschanern, Thais, Bangladeschis. Die Stadt ist weit weniger gefährlich und unruhig, als Moskauer Polizisten wünschen und behaupten. *Ganz ruhig* ist sie nicht; Morde und andere Verbrechen sind immer häufiger. Permanente Luftpatrouillen im Hubschrauber haben jüngst den Pegel der Untaten gesenkt.

Dies und jenes spricht dafür, daß Los Angeles in der Tat das Modell unserer Welt von morgen früh sei. Einiges spricht aber auch dagegen: Trotz des bösen Smog, das Wetter ist schön und schwer zu kopieren.



Modell der Welt von morgen früh: Am Sunset Boulevard in Hollywood
FOTO: KLAUS-PETER SIEBAHN

Mit Hilfe der Natur müßte es gelingen

Der Umweltschutz ist die erste Etappe auf dem Weg zu Europas Einheit / Von PETER MENKE-GLÜCKERT

Schmerzlich mußte die Bundesregierung dieser Tage zur Kenntnis nehmen, daß – *mit Ausnahme der Niederländer* und Dänen – alle ihre EG-Partner einen viel langsameren Kurs im Umweltschutz zu gehen bereit sind als sie. Nicht wie wir wollen, 1986, sondern erst 1995 sollen überall in Europa abgasentgiftete Autos fahren, was den Verzicht auf gesundheitsschädliches Blei als Antiklopfmittel im Benzin bedeuten würde. Auch zum Unterbinden des internationalen Giftmüll-Tourismus wollen wir strengere Vorschriften als alle anderen EG-Staaten. Forderungen des *Europa-Parlaments zur* Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder raschen Entgiftung von Kraftwerk-Abgasen lassen viele EG-Länder kalt. Arbeitslosigkeit oder Stahlkrise sind für sie wichtigere Themen.

Trotz dreier EG-Umweltprogramme und mehr als 60 Richtlinien und Entscheidungen, kommt die EG-Umweltpolitik 1984 sehr zögerlich in Fahrt. Noch schwieriger sind wirksame gesamteuropäische Umweltaktio*nen oder weltweite Programme zu errei*chen. Hier bedarf es diplomatischer Phantasie und Beharrlichkeit im Verlangen, die verfügbaren neuesten Umwelttechnologien, anzuwenden. Dabei wären in keinem anderen Bereich international abgestimmte Aktionen wie Meß- und Kontrollverfahren, Forschungsprogramme, völkerrechtliche Vereinbarungen, Sanktionen so wichtig wie bei den Umweltsündern.

Seit Mitte der 50er Jahre belegen zahlrei*che Untersuchungen die Boden- und Vege*tationsschäden durch den Weittransport von Luftschadstoffen aus immer höheren Schornsteinen von Kohlekraftwerken und Industrieanlagen. 1980 wurden auf der Nordhalbkugel unseres Planeten allein 145 Millionen Tonnen Schwefeldioxid, über 100 Millionen Tonnen Stickoxide, einige Millionen Tonnen Schwermetalle, ferner etwa 200 Millionen Tonnen Kohlenmonoxide und organische Verbindungen der verschiedensten Art emittiert.

Diese Jahr für Jahr in die Luft entlassenen riesigen Schadstoff-Frachten, haben zu den neuartigen großflächigen Waldschäden in Mitteleuropa jedenfalls ganz wesentlich bei*getragen. Mit ihren verheerenden Auswir*kungen haben sie gleichzeitig allerdings auch bewirkt, daß sich die Gemeinschaft der Völker erstmals der Verantwortung für eine biologische Überlebensplanung der Gattung Mensch bewußt geworden ist: Auslösendes Moment für die erste Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1972 in Stockholm waren Forschungen der norwegischen und schwedischen Akademien der Wissenschaften über Versauerung der Niederschläge in ganz Europa und die biologischen Konsequenzen für Vegetation, Seen, Wälder.

Inzwischen gibt es über hundert Vertragswerke auf dem Gebiet des Umwelt-Völkerrechts. Um so erstaunlicher ist, daß recht wenig konkret zur Verbesserung der riesigen Belastung von Luft, Wasser und Boden mit Schadstoffen erreicht worden ist. Tropische Regenwälder werden trotz aller Warnungen der Wissenschaftler weiter abgeholzt, die Wälder in Mitteleuropa liegen im Todeskampf. Immer kritischer wird auch die Situation der Meere. Tag für Tag werden Millionen Tonnen Schmutz- und Schadstoffe direkt oder über die großen Flüsse in die Ozeane geschwemmt oder von Spezialschif*fen „verklappt". Auch durch Öltankerunfäl*le werden Meeresflora und -fauna belastet.

Die Netze der Überwachung und das System der Strafen reichen hier bei weitem nicht aus, um die Sorge vor Katastrophen unabsehbaren Ausmaßes (Wattentod) zu bannen. Seit dem Unfall des Tankers „Amoco Cadiz" vor der bretonischen Küste 1978 setzen die Franzosen deshalb ihre Marine zur Überwachung der Hochsee vor Ölunfällen ein. Gar nicht so utopisch erscheint da der Vorschlag einer unter Aufsicht der UNO durchgeführten militärischen Überwachung der Nord- und Ostsee durch NATO und Warschauer-Pakt-Staaten. Andere Maßnahmen müßten hinzukommen: Billig-Flaggen und Abweichen von vorgeschriebenen Tankerrouten, vor allem aber das Ablassen von Bunkeröl sollten nicht mehr geduldet, durch Weltraumsatelliten genauestens beobachtet und durch völkerrechtliche Sanktionen geahndet werden.

Das wohl weitgehendste und umfassendste Übereinkommen zum Schutz eines Meeres ist das Helsinki-Abkommen von 1974, das alle sieben Ostseeanlieger unterzeichnet haben. Hier liegen Chancen für deutsche Initiativen. Am 1. Juli übernimmt die Bundesrepublik die Präsidentschaft des Helsinki-Vertrages, die sie nutzen könnte, um in gemeinsamer Anstrengung die 1945 vor der dänischen und der deutschen Küste versenkte Giftgasmunition zu bergen oder *durch eine Schutzschicht unschädlich zu* machen.

Globalökologische Gefahren drohen auch durch Abholzen tropischer Regenwälder, Erosion, Zunahme der Wüstenzonen, Dürre, Überweidung, Zubetonieren und Vergiften der Böden, Beeinflussung der uns schützenden Ozonschicht, die harte Weltraumstrahlung abfängt, durch Veränderungen des Weltklimas bei Zunahme des Kohlendioxidgehaltes der Luft, Energieverschwendung, Chemikalieneinleitung in unser Grundwasser, Artenschwund, Raubbau an nicht erneuerbaren Rohstoffen.

Auch hier gibt es eine Unmenge internationaler Umweltschutzvertragswerke – vom Washingtoner Artenschutz über das Chemie-Übereinkommen für den Rhein bis zur Welt-Charta der Natur. Der Anfang der rechtlichen Regelungen im internationalen Maßstab ist gemacht. Woran es fehlt, das ist *die Kontrolle des Vollzugs – eine Aufgabe,* die ein Nationalstaat allein nicht lösen kann und zu deren Bewältigung auch die UNO-Organe zu schwach sind.

Während die Umweltprobleme der Industrieländer im wesentlichen aber Ausfluß der Verschwendung, des Überflusses, der *Gleichgültigkeit im Umgang mit der Natur* sind, resultieren Umweltprobleme in Entwicklungsländern eher aus Armut, Hunger, Krankheit, Hoffnungslosigkeit. Die Wälder an den Südhängen des Himalaja werden abgeholzt, weil kein anderer Brennstoff erschwinglich ist. Der Weidegrund in Westafrika reicht nicht und wird übermäßig genutzt von den Herden. Monokulturen bringen die Gefahr großer Mißernten. Epidemien nehmen zu durch Erweiterung der Bio*tope für Krankheitserreger, fehlende ärztli*che Versorgung, Schwächung durch Unterernährung. Das 1972 geschaffene Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) weist ständig auf diese gravierenden Unterschiede im Typus der Umweltprobleme zwischen reichen und armen Ländern hin.

Eines haben aber alle globalökologischen Gefahren gemeinsam: Sie sind militärisch neutral. Noch so moderne Waffen können nichts gegen Weittransport von Luftschad*stoffen, Meeresverschmutzung,* Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, Vergiftung unserer Böden, Veränderung des Weltklimas ausrichten. Die gewohnten Raster und Denkschemata der Sicherheitspolitik brauchen auf diesem noch so ungesicherten Gebiet eine Ergänzung.

Der Exekutivdirektor für UNEP, der Ägypter Mustafa Tolba, sprach 1982 in Nairobi auf der Zehnjahres-Jubiläumssitzung nach Stockholm von einem bevorstehenden ökologischen *Holocaust,* der den *Folgen* eines atomaren Kriegs in nichts nachstehe. Mit anderen Worten: Unser aller Überleben



Peter Menke-Glückert ist Vorsitzender des FDP-Bundesfachausschusses Umwelt
FOTO: J. H. DARCHINGER

ist nicht allein durch die klassischen Kriegsszenarios gefährdet, sondern ebenso durch schleichende Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen.

Berichte von UNEP, des Club of Rome oder der Bericht der von Präsident Carter *eingesetzten Kommission Global 2000* dokumentieren das ganze Ausmaß bereits eingetretener Naturschädigung und Naturzerstörung. Das Waldsterben ist ein Indikator, daß die gewohnte wissenschaftlich-technische Industriekultur die auch ihr von der Naturgesetzten Grenzen überschritten hat. Wenn es nicht gelingt, das Ökosystem Wald zu retten, gibt es kaum Hoffnung, andere ökologische Katastrophen für Weltklima, Sauerstoffhaushalt in Ballungsgebieten, Slum-Folgen (Seuchen, Gewaltkriminalität) *in den über 30 neuen Großstadt-Konglomeraten im Jahre 2000 mit ihren Millionen und Abermillionen Einwohnern zu verhindern.*

Globale Vereinbarungen und Aktionen zur Vermeidung der geschilderten Gefahren sind jetzt dringlich: Schaffung eines Umweltvölkerrechts, Abkehr von der Verschwendung von Energie und Rohstoffen, drastisches Senken der Schadstoffemissionen an den Quellen (was gar nicht in die Umwelt kommt, braucht nicht mit sehr teu*ren Verfahren entfernt zu werden), Umstei*gen überall auf Schadstoff-freie oder umweltfreundlichere Produkte, Beachten naturwissenschaftlicher Grundgesetze, z. B. Nutzung der unvermeidlich bei jeder Energieerzeugung entstehenden Abwärme, rationelle Energieverwertung.

Die EG könnte hier weltweit eine Pilotfunktion übernehmen. Die Vision eines Öko-Europa, einer Art von Test-Laboratorium für Innovationen in einer ökologischen *Marktwirtschaft, die mit der Natur als Part*ner arbeitet, könnte der politischen Einigung Europas eine Zielmarke vorgeben, die den Willen zur Einigung stärkt, den politischen Einigungsprozeß beschleunigt und die Europa-Resignation angesichts Brüsseler Bürokratiebremsen beendet.

Die Bundesrepublik Deutschland handelt bereits in einer Art Geschäftsführung ohne Auftrag, EG-Modelle vorwegnehmend: in ihrem Biotop-Schutzprogramm, mit ihrer Großfeuerungsanlagen-Verordnung, mit dem Entschluß, ab 1986 Fahrzeuge mit sehr drastischer Abgasentgiftung eine echte Marktchance zu geben, mit den multilateralen Konferenzen zur Luftreinhaltung in *München und Anfang November in Bremen* zum Schutz der Nordsee.

Nur durch die Bewahrung des biologischen und kulturellen Erbes kann die EG jedem Bürger zugleich politische Heimat im regionalen und glaubwürdige Identität im europäischen Maßstab garantieren. Energische internationale Umweltaktion muß in Europa beginnen – auch als Beitrag zum Weltfrieden.

GRIFF IN DIE GESCHICHTE

Er brachte den Niederländern die Freiheit

Vor 400 Jahren wurde Wilhelm von Oranien im Auftrag des spanischen Königs Philipp II. in Delft ermordet

Gegen zwei Uhr mittags verließ Prinz Wilhelm von Oranien, Statthalter der Provinzen Holland, Zeeland und Utrecht, am 10. Juli 1584 den Speisesaal im St. Aagten-Kloster in Delft. Nachdem 1582 im Kastell von Antwerpen ein Mordanschlag auf ihn verübt worden war, hatte er aus Sicherheitsgründen Delft als Residenz gewählt. Vor dem Saal wartete ein Mann auf ihn, den er schon einmal in diplomatischer Mission nach Frankreich geschickt hatte, François Guyon. Er wollte sich – angeblich – Vollmacht und Papiere für eine Reise abholen. Guyon hatte sich am Vormittag neue leichte Pistolen gekauft. Als der Prinz nahte, gab er blitzschnell drei Schüsse auf ihn ab. Die Kugeln durchbohrten Lunge, Zwerchfell und Magen. Der Prinz stürzte zu Boden. Minuten später war er tot. Guyon alias Balthasar Gérard hatte sich mit falschen Papieren beim Prinzen eingeschlichen. Er wurde sofort ergriffen.

Im März 1580 hatte König Philipp II. von Spanien, der sich noch immer als Souverän der Niederlande betrachtete, die Acht über Wilhelm von Oranien verhängt. Er hielt ihn zu Recht für seinen gefährlichsten Gegner. In Philipps Augen war Wilhelm von Oranien die Pest der Christenheit", der „Feind des Menschengeschlechtes". Wer ihn umbrachte, handelte im Namen Gottes. Ihn erwartete eine Summe Goldes und ein Adelstitel. Guyon-Gérards Belohnung waren gräßliche Folter und der Tod.

Der Oranier starb vor 400 Jahren auf dem Scheitelpunkt des Freiheitskampfes der Niederlande, dessen Seele er gewesen war. Er war gerade 51 Jahre alt und seit dem Vorjahr in vierter Ehe wieder glücklich verheiratet mit Louise de Teligny, Tochter des französischen Hugenottenführers Admiral Coligny. Ihr erster Mann, Herr de Teligny, war wie sein Schwiegervater während der französischen „Bartholomäusnacht" ermordet worden.

Hinter dem Oranier lag ein verschlungener Lebensweg nicht ohne Widersprüche. Als ältester Sohn des Grafen Johann des Reichen von Nassau auf der Dillenburg erbte er mit elf Jahren 1544 von einem Vetter die Statthalterschaft von Holland, Zeeland und Utrecht. *Noch waren die Niederlande in* das Heilige Römische Reich Kaiser Karls V. eingebunden. Bei dessen Abdankung 1556 wurde das Reich geteilt. Karls V. ältester Sohn Philipp erhielt mit Spanien auch die habsburgischen Niederlande.

Doch mit dem rigoros katholischen Regiment der Statthalterin Margarethe von Parma und ihres Beraters Kardinal Granvelle vermochten sich weder der Prinz-Statthalter, der selbst katholisch geworden war, noch die meisten, dem calvinischen Glauben anhängenden Niederländer auf die Dauer abzufinden. Die *königliche Statthalterin* in Brüssel und der Kardinal wandten sich auch gegen altererbte ständische Rechte des *Adels* wie der *Bürger. Als sie dann* versuchten, die Inquisition in den Niederlanden einzuführen, brach offener Aufruhr im Lande los. Der Prinz war auf der Seite der Rebellen. Bislang hatte er noch das Vertrauen Philipps II. genossen und war mit dem Goldenen Vlies ausgezeichnet worden. Nun vollzog er den zweiten Glaubenswechsel seines Lebens und wurde Calvinist.

Mit dem Jahr 1567 begann ein rund zehn Jahre währender Freiheitskrieg gegen die Spanier. Angesichts der spanischen Übermacht mußte Wilhelm von Oranien zeitweilig das Land verlassen und kehrte dann doch als Sieger wieder zurück. 1577 eroberten die Niederländer Antwerpen und Brüssel. 1579 schlossen sich die sieben nördlichen Provinzen unter Leitung des Prinz-Statthalters in der „Utrechter Union" zusammen. Der Oranier blieb die treibende Kraft bei diesem ersten Schritt zur Bildung der späteren „Generalstaaten" unter oranischer Generalstatthalterschaft. 1581 sagte sich die „Union" auch formell in der sogenannten „Abschwörung" vom König im fernen Escorial los.

Zwischen „Union" und „Abschwörung" lag die Verhängung der Acht über den Prinzen. Damit war er nach spanischem Rechtsverständnis vogelfrei. Doch der Mord im Namen der Allerchristlichsten Majestät von Spanien brachte keinen Segen. Der Freiheitskampf ging weiter bis zum endgültigen Sieg über die Spanier. Und des Prinzen ungeheure Popularität sorgte dafür, daß die Statthalterschaft in den „Generalstaaten" beim Haus Oranien blieb. W. G.



König Philipps langer Arm: François Guyon erschießt Wilhelm von Oranien im St. Aagten-Kloster zu Delft
ZEICHNUNG: ULLSTEIN

Den Sekttrinkern fehlt es oft am echten Geschmack

Wie es sich mit der Geschmacksempfindlichkeit von älteren Mitbürgern verhält, untersuchte kürzlich das Heidelberger Institut für Herzinfarktforschung. 400 Personen zwischen 65 und 74 Jahren wurden dabei auf die „verschiedenen Geschmäcker" für süß, sauer, salzig und bitter getestet. Verglichen wurden die Werte mit den Ergebnissen bei „Junioren" zwischen 18 und 24 Jahren. Es konnte festgestellt werden, daß ältere Leute ein schlechteres Geschmacksempfinden haben als jüngere. Besonders schlecht ist ihre Sensibilität gegenüber der Geschmacksrichtung „bitter". Frauen können im allgemeinen besser schmecken als Männer. Je dicker eine Versuchsperson war, desto besser konnte sie auch schmecken. Der Schluß liegt nahe: Wer ein ausgeprägtes Geschmacksempfinden hat, ißt auch mehr. *Alkohol* beeinflußt den *Geschmack* ebenfalls. Wer viel trinkt, hat ein schlechteres Geschmacksempfinden, besonders wenn Sekt bevorzugt wird. Dasselbe gilt für Leute, die viel Salz essen und bei Tisch häufig nachsalzen. Wer dagegen vermehrt Fisch verzehrt, zeichnet sich durch ein gutes Allgemein-Geschmacksempfinden aus. Wer gern und viel Schweinefleisch zu sich *nimmt*, kann besser „bitter" schmecken. Bei den vorliegenden Ergebnissen bleibt jedoch eines weiterhin im Unklaren: Sind die Zusammenhänge mit dem Eßverhalten nun Ursache oder Wirkung eines verminderten Geschmacksempfindens? Ige

Lasereinsatz zur Herstellung von Keramikpulver

Die hohe Energiedichte von Laserstrahlen kann chemische Reaktionen bei der Herstellung neuer keramischer Werkstoffe erleichtern. Nach einer Mitteilung des Entwicklungsteams vom Massachusetts Institute of Technology handelt es sich um das erste chemisch-technisch einsetzbare Laserverfahren, das gegenüber herkömmlichen Herstellungstechniken billiger zu werden verspricht. Es arbeitet mit einem CO_2-Laser, durch dessen Strahl das Reaktionsgemisch geblasen wird. Dabei treten Temperaturen zwischen 1000 und 100 000° C auf und bilden winzige Reaktionskerne im übersättigten Gasgemisch. Die Korngröße läßt sich dabei mit Hilfe der Gasgeschwindigkeit regulieren. Das gewonnene Keramikpulver ist außerordentlich fein und fest in seiner Struktur. trz.

Flüssigkristalle bald mit neuen Aufgabenbereichen

Thermotropische Stoffe könnten sich als neues Material zur Herstellung von Flüssigkristallen entpuppen. Die Verbindungen aus der Gruppe der Kohlenhydrate sind noch bis in den Bereich von 60 bis 100° C stabil. Sie haben zudem den Vorteil, daß das Rohmaterial preiswert ist und relativ leicht zu Flüssigkristall-Substanz umgesetzt werden kann. Das Material wurde von Forschern der Universität von Pittsburg entdeckt, die jetzt nach Partnern aus der Industrie Ausschau halten, um ihre Forschungsergebnisse in die Praxis umzusetzen. Man denkt dabei besonders an neuartige Sensoren für die medizinische Technik, weil der Rohstoff ohne Bedenken in lebendes Gewebe verbracht und dort eingeschlossen werden kann. Das Material erlaubt außerdem eine maßgeschneiderte Anpassung an verschiedene Sensoraufgaben. Eine gesteigerte Temperaturverträglichkeit ist möglich. Die Forscher peilen jetzt schon einen oberen Arbeitsbereich bis 150° C an. Die heute üblichen Verbindungen in Flüssigkristall-Anzeigen überdauern kaum Temperaturen über 60° C. trz.

Aluminiumschicht schützt Originale vor dem Kopieren

Ein interessantes, neues Verfahren, Schriftstücke sicher vor dem nicht erwünschten Vervielfältigen mit Bürokopiergeräten zu schützen, haben jetzt zwei japanische Firmen entwickelt. Sie benutzen dazu auf dem Original einen Überzug aus Polyester-Film. Die Oberseite dieser Folie ist mit einem Pigment schwach rot eingefärbt; die Rückseite ist mit hauchdünnem Aluminium so dünn beschichtet, daß die Schrift des Originals lesbar bleibt. Wenn ein so präpariertes Original vom Fotokopiergerät belichtet wird, verfärbt es sich und wird unleserlich. Durch den Aluminium-Überzug wird außerdem auftreffendes Licht so reflektiert, daß nur schwarze Kopien entstehen. Die Folie läßt sich leicht auf zu schützende Schriftstücke aufziehen. Der dazu verwendete Kleber haftet so gut, daß beim mutwilligen Abziehen das Original völlig zerrissen wird. Da es sich um ein aufwendiges Herstellungsverfahren handelt, soll die Folie pro Stück etwa einen halben Dollar kosten. An Überzügen mit ähnlich wirkenden lichtempfindlichen Farbstoffen experimentierten vor Jahren schon Hersteller von Schreibmaschinenpapier. Nö.

Der Drachenkopf macht Karriere

In Braunschweig wird jetzt die Nutzung von Wildpflanzen als Öllieferanten erforscht

Auf den Versuchsfeldern und in den Gewächshäusern der „Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft" in Braunschweig-Völkenrode reifen in diesem Jahr ungewohnte Ernten: Wolfsmilch, Ackerkohl, Leindotter und Drachenkopf – alles Unkräuter, die Karriere machen sollen. Sie sind Wildpflanzen der mitteleuropäischen Wiesen und Felder (der Drachenkopf ist allerdings ein Exote), die im gemäßigten Klima gedeihen und die ausgesucht sind, als künftige Ölpflanzen „domestiziert" zu werden. Das sind die Anfangsstadien eines Programms, das der Landwirtschaft neue Kulturpflanzen schaffen soll: Öllieferanten, deren Produkte industriell verwendet werden.

Lediglich die wichtigsten Arznei- und Gewürzpflanzen aus der Pflanzenwelt Mitteleuropas werden weitgehend verwertet: Rund 140 Arten sind es, die angebaut und beerntet werden, wie eine Zusammenstellung durch Prof. Martin Dambroht (Institut für Pflanzenbau und *Pflanzenzüchtung* der Bundesforschungsanstalt Braunschweig-Völkenrode) zeigt, lediglich 30 Arten sind ungenutzt. Von den elf Arten, die Farbstoffe liefern, wird keine einzige mehr angebaut: Die Chemiefarben haben sie überrundet. Drei Arten von Faserpflanzen werden ausgenutzt, drei weitere nicht mehr. Darunter befindet sich die Brennessel, einst so bekannt, daß sie dem „Nesseltuch" den Namen gab. Über 30 Arten werden für die Gewinnung von Fetten und Ölen angebaut, doch rund 90 Arten sind ungenutzt.

Ein großer Teil der heute wild grünenden Arten wurde in historischer oder wenigstens vorhistorischer Zeit angebaut – so der Leindotter, dessen Samen in der Eisenzeit gegessen wurden, die erwähnte Brennessel, die Wolfsmilch, die aus dem Mittelmeergebiet eingeführt wurde und *dann in Mitteleuropa* verwilderte, und viele andere mehr. In Krisenzeiten wurde immer wieder mit der Kultivierung der vergessenen Naturpflanzen begonnen, auch nahm man Neukultivierungsversuche in Angriff: z. B. wurde auch im letzten Weltkrieg die Einbürgerung des „Iberischen Drachenkopfs" begonnen, eines weißblühenden Krautgewächses aus dem Kaukasus, der eine wertvolle Ölpflanze zu werden versprach. Diese Versuche wurden dann wieder eingestellt, als die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen sich schlagartig besserte.

Die Energiekrise des Jahres 1973 hat jedoch erkennen lassen, daß es auf lange Sicht notwendig ist, möglichst viel „nachwachsende" Rohstoffe aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung zur Verfügung zu haben. Für einige speziell geförderte Kulturpflanzen ist der Flächenertrag durch Züchtung und Produktionstechnik so hoch gestiegen, daß nur noch Bruchteile der vor ein paar Jahrzehnten erforderlichen Anbauflächen heute die Erntemengen von z. B. 1940 liefern. Für die Überschußflächen müssen neue Nutzungen gefunden werden.

Interessant erscheint die Nutzung des enormen Potentials der in Mitteleuropa heimischen „Samenölpflanzen" zur Gewinnung von Ölen für technische Anwendung: Die chemische Zusammensetzung der Öle ist außerordentlich unterschiedlich, sie enthalten ein ganzes Spektrum der verschiedensten Fettsäuren, die in der Kunststoffindustrie, der Lackindustrie als Schmieröle oder in der Kosmetikbranche verwertet werden könnten, wo man bis jetzt Fette und Fettsäuren aus Importen oder Synthesen auf Rohölbasis verwendet.

In den USA wurde schon in den fünfziger Jahren die Wildpflanzenflora durchmustert, um aus ihr neue Kulturpflanzen zur Gewinnung von Industrierohstoffen herauszuzüchten. *Aus dem damaligen Entwicklungsprogramm* entstand z. B. der Anbau der Jojobapflanze, deren Samen ein hochwertiges Schmieröl liefern, das man bis dahin nur aus dem Spermwal gewinnen konnte.

Auch die „Kautschuk-Pflanze" (Guayule), die die USA vom „Baumkautschuk" unabhängiger machen soll, die „Kreuzblättrige Wolfsmilch", die *dieselölähnliche Kohlenwasserstoffe produziert*, das versuchsweise zur Ölgewinnung angebaute Schaumkraut und die Ölkrambe sind potentielle neue Kulturpflanzen aus der Gruppe der Öl-Lieferanten.

Die derzeit in Braunschweig-Völkenrode anlaufenden Arbeiten zur Suche nach „samenölhaltigen Pflanzen der Wildflora für die Gewinnung von Industriegrundstoffen" haben zunächst rund 65 verschiedene in Mitteleuropa *heimische* oder „*eingeführte*" *und* dann wieder verwilderte Pflanzen durchgeprüft. Das Spektrum umfaßt so bekannte Unkräuter wie die „Hundszunge", die Ringelblume, den Färberwaid, den Ziest und die Sumpfblume.

Dabei wurde nicht nur die Quantität und Qualität der in ihren Samen erzeugten Öle überprüft, sondern vor allem ihre landwirtschaftliche Nutzbarkeit: Man suchte nach Pflanzen, die z. B. im Wildzustand geschlossene Bestände bilden und nicht nur als Einzel- oder Streupflanzen auftreten, oder solche, die schon auf Ackerflächen als „Begleitflora" wachsen, weil man dann erwarten konnte, daß sie auch als Kulturpflanzen in geschlossenen Beständen angebaut werden können. Entscheidend wichtig für die Beurteilung war die Art der Samenverbreitung: So sind *naturgemäß Gewächse, die ihre* Früchte fortschleudern, für einen Ölpflanzenbauern der Zukunft so gut wie unverwertbar.

Bei diesem „Screening" blieben zunächst fünf Arten übrig: Das ist das „Ackertäschelkraut", der „Leindotter" (Ölfruchtpflanze der Eisenzeit), der „Weiße Ackerkohl", die „Kreuzblättrige Wolfsmilch" und der „Iberische Drachenkopf".

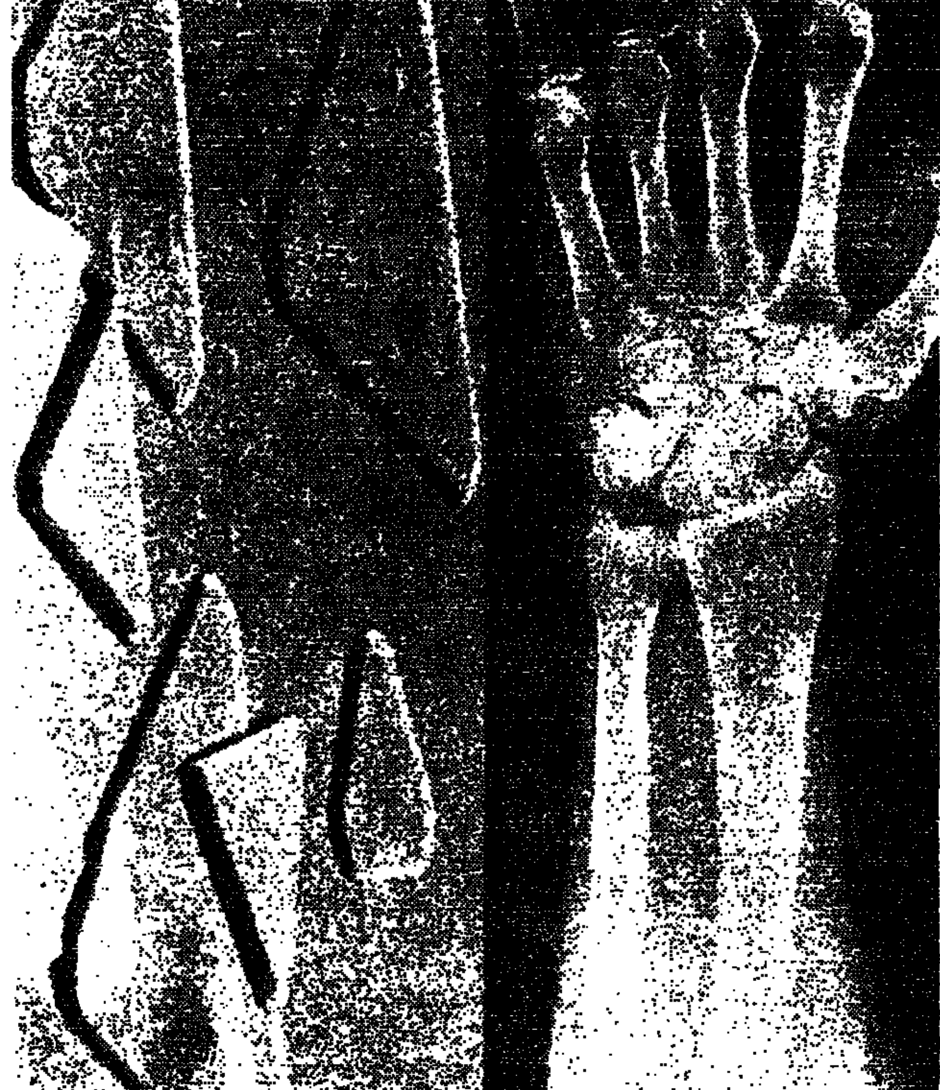
Für diese Modellpflanzen wurden Samen verschiedener Herkünfte gesammelt, um ein möglichst breites Spektrum der örtlichen Rassen zur Verfügung zu haben, aus dem heraus man weiter durch Kreuzung und Selektion auswählen kann. Von einigen kamen Dutzende von „Herkünften" aus Klostergärten, Botanischen Gärten und Instituts-Versuchsfeldern zusammen. Drei von ihnen wurden schon in diesem Jahr im Versuchsanbau des Instituts in Völkenrode auf Parzellen von einigen hundert Quadratmetern getestet.

Für welche Zwecke diese „Modellpflanzen" der Braunschweig-Völkenroder Züch*ter ihr Öl später liefern werden, läßt sich* noch kaum überschauen: Mit Sicherheit werden die verschiedenen Fettsäuren ihre Anwendung finden, wie die Linolensäure, die fast 85 Prozent des Öls der „Wolfsmilch" ausmacht. Erkennbar ist schon der Nutzen der „Erucasäure" – einer Fettsäure mit einer besonders langen Kette von insgesamt 22 Kohlenstoffatomen –, die in der Kunststoffindustrie als Weichmacher eine wichtige Rolle spielen könnte.

Es gibt noch weitere Erucasäure-Lieferanten für die diesen Zweig der chemischen Industrie: Das wäre unter den fünf Modell-Kräutern in erster Linie das Ackertäschelkraut, dessen Samenöl bis zu über einem Drittel aus Erucasäure besteht. Noch interessanter wäre theoretisch die „Ölranke", eine früher auch angebaute Ölpflanze, die auf noch höhere Gehalte kommt, doch hat sie anbautechnische Nachteile und steht hinter den Modellpflanzen zurück.

Nach der „Flächenproduktivität", der Erzeugung von nutzbarem Öl pro Flächeneinheit der Kultur, darf man bei der Züchtung so neuer Nutzpflanzen allerdings nicht fragen. Sie ist so gering, daß sie bei jetzigem Forschungsstand überhaupt keinen Maßstab abgibt. Erst die züchterische Verbesserung, die Auswahl der ertragreichsten Sorten und deren ständige Neukreuzung über viele Generationen, kann Kulturpflanzen hervorbringen, die so hohe Erträge erbringen, daß es sich lohnt, sie wirklich zu kultivieren. Mit Hilfe der modernen Züchtungsmethoden wird es möglich sein, schon in zehn bis 15 Jahren zu erkennen, welche sich davon für eine Durchzüchtung bis hin zur *kommerziellen Nutzpflanze* eignen.

HARALD STEINERT



„T-Kristalle" verbessern die Aussagekraft von Röntgenfilmen FOTO: KODAK

Tiefenschärfe für den Beinbruch

Bildgebende Methoden entwickeln sich in der medizinischen Diagnostik rasend schnell: Nicht nur organisches Gewebe kann bei hoher Differenzierung mit der Kernspintomographie brillant abgebildet werden, selbst der pulsierende Blutfluß in den Gefäßen wird ohne Kontrastzumittelgabe sichtbar.

Die gute alte Röntgentechnik erweist sich jedoch zur Überprüfung des Knochenfeinbaues nach wie vor als unentbehrlich. Der Fortschritt hat auch bei der Suche nach besseren Emulsionen für Röntgenfilme nicht halt gemacht.

Die Entwickler machten eine Anleihe bei ihren Kollegen vom Fotoamateursektor: Eine neue Kristalltechnologie verhalf den Chemikern bei der Herstellung des ersten hochempfindlichen 1000 ASA-Farbnegativfilms zum Erfolg. Bisher sahen die Silberhalogenidkristalle in Röntgenfilmen – unter dem Mikroskop betrachtet – kieselförmig aus. Flache, tafelförmige Kristalle lösen sie in der ärztlichen Praxis ab.

Mit Hilfe einer ausgefeilten Produktionsmethode gelang es, die Winzlinge mit ihrer flachen Seite zur Lichtquelle hin auszurichten. Jede einzelne dieser Platten weist damit eine vergrößerte Oberfläche, sprich eine größere Lichtabsorptionsfähigkeit auf. Schärfe, Körnigkeit und Empfindlichkeit konnten ganz wesentlich gesteigert werden.

Patient und Arzt haben Grund zur Freude. Für den einen sinkt die Strahlendosis um die Hälfte, für den anderen die Stromrechnung. Denn: Weniger Kilovolt auf der Röntgenröhre zahlen sich in Heller und Pfennig aus.

DIETER THIERBACH

Energiepaket mit Tarnkappe

Für seine Feinde ist der Koboldmaki abends unsichtbar

Sie wiegen nur wenig über hundert Gramm und sind etwa fünfzehn Zentimeter groß. Springen können sie aber bis zu sechs Meter weit – und das aus dem Sitz an einem Bambusrohr, rückwärts und mit geschlossenen Augen. Die winzigen Energiebündel werden nur zehn Jahre alt und leben doch schon vierzig Millionen Jahre *nahezu unverändert auf der Erde*, wohlversteckt und vor Nachstellungen geschützt im nächtlichen Dschungel Südostasiens. Sie tragen den zoologischen Namen Tarsius, sind allgemein aber als Koboldmakis bekannt.

Diesen geheimnisvollen Kerlchen gilt die wissenschaftliche Neugier des Biologen und Anthropologen Prof. Carsten Niemitz und seiner Arbeitsgruppe von der Berliner FU. Die Koboldmakis sind mit den Affen eng verwandt. Anders als diese haben sie sich in den letzten vierzig Millionen Jahren fast nicht verändert, was sie so sehr interessant für Primatologen und Evolutionsforscher macht. Und doch war zu Beginn der siebziger Jahre außer anatomischen Angaben fast nichts über den Winzling unter den Primaten bekannt. Wahrnehmbare Spuren seiner *Existenz gab es nur in Form von Fossilien*, Skeletten und Bälgen.

„Will ein Mitteleuropäer den Koboldmaki in seiner südostasiatischen Dschungelheimat aufspüren, ist das etwa so aussichtslos, als setzte sich ein Chinese nachts mit dem Vorsatz ins Fichtelgebirge, die Haselmaus zu studieren", sagt Carsten Niemitz. Angesichts seiner enormen Beweglichkeit war dem Nachttier nicht mit Infrarot-Kameras beizukommen; auf großes Getöse und Geschrei konnte man bei den Sprüngen des schweigsamen Leichtgewichts auch nicht bauen. So verlegte sich der Wissenschaftler aufs Schnüffeln, da die Makis ihr Revier mit intensiven Duftnoten markieren. Auf diese Weise gelang es, Tiere mit Vogelnetzen einzufangen und in einem im Dschungel gebauten Freiluftgehege zu beobachten.



Koboldmaki beim Verspeisen einer Schlange FOTO: NIEMITZ

Die Berliner Studien beschäftigen sich mit Biorhythmus und -mechanik der Ur-Äffchen, ihrem Sozial- und Freßverhalten, ihrer Kommunikation, dem Energiehaushalt und ihrer zoologischen Systematik, um nur einige von über 25 Arbeitsthemen zu nennen. Vor Beginn der Borneo-Studie geisterten in der Literatur zwischen ein und sieben Tarsius-Arten herum. 1921 waren wenige Exemplare einer vermeintlichen Unterart im zentralen Hochland von Sulawesi vorhanden. Sechzig Jahre später beobachteten die Berliner nun Tiere dieser vermeintlichen Unterart und brachten erste überlebensgroße Freilandfotos mit. Seither sprechen einige Gründe dafür, daß es sich um eine neue Primatenart handelt.

Die Koboldmakis sind wahrscheinlich die einzigen rein räuberisch lebenden Primaten. In weit über eintausend Beobachtungsstunden hat ein Tarsius höchstens mal an einem Blatt geknabbert. Er begnügt sich mit einer Speisenfolge, deren Palette von Skorpionen und Schaben bis hin zu giftigen Schlangen und Fledermäusen reicht. Das Opfer wird in kühnem Sprung gepackt: Der Koboldmaki fixiert die Beute, um dann mit geschlossenen Augen – so vermeidet er Verletzungen – im Rückwärtssprung auf sie zu schnellen.

Das handgroße Äffchen ist dabei durchaus in der Lage, sechs Meter weit zu springen. Diese enorme Sprungkraft macht natürlich Sportmediziner und Orthopäden neugierig. Der menschliche Weitspringer heutiger Konstitution ist nämlich an den Grenzen seiner Leitungsfähigkeit angelangt. Neben den FU-Wissenschaftlern beschäftigen sich in enger Kooperation Arbeitsgruppen in Bochum, Osaka, New York und Paris mit der Biomechanik des Maki: Windkanal-Tests, Zeitlupen-Analysen zur Berechnung der auf das winzige Tier wirkenden Kräfte, Vergleichsuntersuchungen an menschlichen Weitspringern und galoppierenden Pferden gehören zu ihrem Programm.

Kleine Warmblüter haben meist Energieprobleme. Deshalb ist ihre Energiebilanz von besonderem Interesse. Der Koboldmaki ist da ausgesprochen sparsam. Vermutlich senkt er seine Körpertemperatur im Schlaf ab und spart so etwa vierzig Prozent seines täglichen Energiebedarfs. Gleichzeitig bietet die Fähigkeit zur Temperaturregulation Schutz vor Feinden. Von einer Schlange im Schlaf gefressen zu werden, wie es Vögeln ergeht, die ihre Temperatur nicht absenken können und so thermisch sichtbar sind, wird dem Koboldmaki wahrscheinlich kaum passieren.

MONIKA ARNS

Heißgeliebter Meeresgrund

Zu keiner Organismengruppe gehören so viele exotische Vertreter, die immer wieder für Überraschungen gut sind, wie zu den Bakterien. Mußte innerhalb der letzten fünf Jahre wegen neuer Erkenntnisse über die molekularen Bausteine der Bakterien schon das jedem Biologen vertraute Bild von der Zweiteilung der belebten Natur in Prokaryonten und Eukaryonten über den Haufen geworfen werden, so muß jetzt der Temperaturbereich, innerhalb dessen Leben möglich ist, immer mehr erweitert werden.

Zum Allgemeinwissen gehört, daß Menschen mit Fieber von mehr als 43° C nicht mehr lebensfähig sind, da bei dieser Temperatur die Eiweiße zu degenerieren beginnen. Länger bekannt sind auch die thermoacidophilen (Wärme und Säure liebenden) Bakterien, deren Lebensraum heiße, schwefelhaltige Quellen in vulkanisch aktiven Gebieten wie Island sind. Ihr Temperaturoptimum liegt je nach Art zwischen 80° und 100° C. Absolute Rekordhalter aber sind Bakte*rien*, die an heißen Quellen am Meeresgrund leben.

Bei den engumgrenzten Arealen handelt es sich um die Spalten, an denen die Kontinente auseinanderdriften. In diesen Bereichen gibt es zahlreiche heiße Quellen. An der Ostpazifischen Schwelle am Eingang zum Golf von Kalifornien kommen am Meeresboden in 2500 Metern Tiefe Schlote vor, aus denen bis zu 350° C heißes Wasser schießt, das hier beim 270fachen des Atmosphärendrucks flüssig bleibt.

Das heiße Wasser enthält Mineralien, Eisen- und Manganionen sowie Schwefelwasserstoff in gelöster Form. Dieses Wasser ist irgendwo am Meeresgrund in die Spalten der Erdkruste eingesickert, *stark aufgeheizt worden und hat die mineralischen Nährstoffe aufgenommen*, so daß hier chemosynthetisierende Bakterien als Primärproduzenten für eine einzigartige Fauna wirken können. Die Photosynthese als Biomasseproduktion kann in der lichtlosen Tiefe nicht zum Zuge kommen.

Die Bakterien der beiden Gattungen Sulfolobus und Thermoplasma wachsen um die Quellen herum bei Temperaturen von 250°C. Diese Bakterien dienen Muscheln und Krebsen als Nahrung. Ein Röhrenwurm ist an die extremen Lebensbedingungen hochgradig angepaßt: Er verfügt über ein Organ, in dem schwefelwasserstoff-oxidierende Bakterien wachsen. Dieses wird wahrscheinlich durch das Blut des Tieres mit H_2S, O_2 und CO_2 versorgt. Bei dieser Hitze ist aktives Leben unter Substanzgewinn bislang nicht für möglich gehalten worden.

ROLF LATUSSECK

Mit den Polypen fängt es an

Neue Erkenntnisse zum Anstieg der Darmerkrankungen

Im Laufe ihres Lebens erleiden fünfzehn bis zwanzig Millionen Bundesbürger eine Enddarmerkrankung. Das jedenfalls haben die Spezialisten auf diesem Gebiet, die Coloproktologen, jetzt festgestellt. Als Enddarm bezeichnet man die letzten zwanzig Zentimeter des Verdauungstraktes vom Dickdarm (Colon) über den Mastdarm (Rektum) zum After- oder Analkanal. Die letzten drei bis vier Zentimeter bilden das eigentliche Schließorgan mit innerem und äußerem Schließmuskel.

Eine große Zahl von Erkrankungen wie z. B. Ekzeme am After, äußere Hämorrhoiden, Hautfalten, sog. Marisken, Afterrisse, Feigwarzen, auch Abszesse und Fisteln sind nur vorübergehender Natur. Sie können entweder konservativ, d. h. durch lokale Salbenapplikation, oder operativ zur Abheilung gebracht werden. Problematischer sind die inneren Hämorrhoiden, die das Allgemeinbefinden des Patienten durch Jucken, Brennen und Schmerzen beim Sitzen sehr stark beeinträchtigen. Auch Blutungen über hellrot, dunkel bis geronnen sind möglich, je nach dem Sitz des Hämorrhoidalknotens.

Alle diese Erkrankungen können vom Coloproktologen erfolgreich therapiert werden. Dort, wo dieser noch fehlt – denn es gibt im Bundesgebiet nur vierzig hauptamtlich tätige und sechzig bis hundert nebenamtlich ausgebildete Spezialisten – haben sich die proktologischen Ambulanzen in chirurgischen und dermatologischen Kliniken dieser Krankheitsbilder angenommen. Angesichts der Zahl von fünfzehn bis zwanzig Millionen Patienten mit Enddarmerkrankungen bedarf dieses Spezialgebiet eines dringenden Ausbaues.

Das Hämorrhoidalleiden ist, so Dr. Konrad Arnold, Wiesbaden, eine Zivilisationskrankheit; sie hängt direkt mit den veränderten Lebens- und Ernährungsgewohnheiten unserer Wohlstandsgesellschaft zusammen. Die zu fettreiche, dabei schlackenarme Kost, der Mangel an Bewegung vermindern den Dehnungsreiz auf die Darmwand und führen zu Stuhlverhärtung und Verstopfung.

Erschwerend kommt hinzu, daß wir von Kindheit an dazu trainiert werden, die Stuhlentleerung möglichst zu bestimmten Zeiten vorzunehmen, statt den natürlichen Stuhldrang abzuwarten und diesem nachzugeben. Eine Kostumstellung auf weniger tierische Fette und mehr pflanzliche Ballaststoffe kann der Verstopfung auf natürliche Weise entgegenwirken und der Entstehung eines Hämorrhoidalleidens vorbeugen.

Die zwar für den Patienten sehr lästigen, unangenehmen und schmerzhaften Enddarmkrankheiten sind wegen der guten Heilungschancen verhältnismäßig harmlos. Anders stellt sich die Situation beim Darmkrebs dar. Allein in den letzten zehn Jahren ist eine Zunahme um fünfzig Prozent zu verzeichnen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden hatten von den Gesamttodesfällen des Jahres 1980 25 626, das sind 16,4 Prozent, einen Dickdarm- oder Mastdarmkrebs. Aufgrund des in einigen Landesteilen geführten Krebsregisters nimmt Nordbaden eine Spitzenstellung ein und führt den traurigen „Weltrekord" an. Bei Frauen nehmen Dickdarm- und Mastdarmkrebs die erste Stelle unter den Krebssterbefällen ein, bei Männern werden diese nur noch vom Lungenkrebs übertroffen (16 Prozent).

Pro Jahr muß mit etwa 40 000 Neuerkrankungen gerechnet werden. Diese Krebsleiden haben nur dann echte Heilungschancen von neunzig Prozent, wenn sie frühzeitig erkannt und durch Operation behandelt werden. Häufig sind Polypen in der Enddarmregion ihre Vorstufen, die ohne rechtzeitige Abtragung krebsig entarten können. Ihre Diagnostik wird dadurch erschwert, daß jeder vierte Patient mit Enddarmcarcinom und jeder zweite mit Polypen ohne klinische Symptome und Beschwerden ist.

Die einzige Maßnahme, die eine frühzeitige Diagnose sichert, ist die Krebsvorsorgeuntersuchung, zu der alle Bundesbürger ab dem 45. Lebensjahr einmal jährlich aufgerufen sind. Außer der Inspektion durch den Arzt kann auch der *Haeomoccult-Test auf* unsichtbares Blut im Stuhl erstes Warnzeichen sein. Sichtbares Blut im Stuhl, im Toilettenpapier oder in der Unterwäsche sollte den Patienten auf jeden Fall veranlassen, sofort seinen Arzt aufzusuchen. Er oder der Spezialist werden abklären, ob es sich dabei um innere Hämorrhoiden oder Darmkrebs handelt.

Polypen können chirurgisch abgetragen werden und damit zu einer Senkung des Krebsrisikos beitragen. Von den beiden Enddarmcarcinomen hat der Dickdarmkrebs nach Operation die besseren Heilungsaussichten. Wenn überhaupt, muß nur vorübergehend ein Kunstafter angelegt werden. In Fällen von Mastdarmkrebs kommen nur etwa zehn Prozent der Patienten ohne einen dauernden Kunstafter aus. Neunzig Prozent sind zeit ihres Lebens Träger eines Kunstafters (Stoma oder Anus praeter).

In der Bundesrepublik leben nach Angaben von Dr. Jens. J. Kirsch, Mannheim, 100 000 Stomaträger, jedes Jahr kommen etwa 5000 neue hinzu. Diese Patienten müssen laufend ärztlich überwacht und zum Teil durch speziell ausgebildete Stomatherapeuten versorgt werden. Dank der technischen Entwicklungen in den letzten Jahren können sie mit Irrigator-Spülungen für 24 Stunden ohne Stuhlabgang leben und brauchen keine Auffangbeutel mehr.

Diese Patienten vor einer sozialen, gesellschaftlichen und beruflichen Isolierung zu schützen, hat sich die Selbsthilfeorganisation „ilco" mit Sitz in Freising/Bayern und vielen Zweigstellen in zahlreichen Städten des Bundesgebietes zur Aufgabe gemacht. Diese Vereinigung motiviert die Patienten, wieder am normalen Leben teilzunehmen, nicht abseits zu stehen und im Gespräch mit Gleichen die Lebensqualität zu verbessern.

LOTTE LUDWIG

Auf der Suche nach Mahagonny

Er litt, weil er unbekannt war: Bertolt Brechts Jahre im amerikanischen Exil

Am 13. Mai 1941 verließ der dreiundvierzigjährige deutsche Stückeschreiber Bertolt Brecht, begleitet von seiner Gattin, zwei Mätressen (Margarete Steffin und Ruth Berlau) und zwei Kindern, die letzte Station seines europäischen Exils, Helsinki, um sich aus den Gefahren und Wirren des Krieges in der Neuen Welt in Sicherheit zu bringen. Die Ironie dieses Entschlusses lag darin, daß der marxistisch-leninistische Dichter nicht in die Heimat aller Kommunisten emigrierte, sondern in die Hochburg des Kapitalismus, die Vereinigten Staaten. Und mehr noch: Um in die Staaten zu gelangen, stand ihm nur ein Weg offen, nämlich die Durchquerung der gesamten Sowjetunion von der finnischen Grenze nach Wladiwostok, von wo es noch ein Schiff nach Kalifornien gab.

Allerdings, damals war ja die Sowjetunion noch eng mit Hitlers Deutschland verbündet, und da war es für einen deutschen Antifaschisten in der „Heimat des Sozialismus" nicht geheuer. Nach einem Aufenthalt in

James K. Lyon:
Bertolt Brecht in Amerika
Deutsch von Traute M. Marshall. Suhrkamp Verlag, Frankf./M. 526 S., 58 Mark.

Moskau, bei dem Margarete Steffin, Brechts geliebte kleine proletarische Freundin und Mitarbeiterin, so schwer erkrankte, daß sie zurückgelassen werden mußte (und bald darauf starb), kehrte Brecht Europa den Rücken und traf am 21. Juli 1941 (einen Monat, nachdem Hitler seinen Bundesgenossen Stalin überfallen hatte) im Hafen von Los Angeles ein.

Sechs Jahre seines Lebens verbrachte Brecht in Amerika, vor allem in Los Angeles, das in der Zeit eines der Zentren des deutschen Geisteslebens war: Von Thomas Mann zu Schönberg, von Döblin zu Adorno, von Feuchtwanger zu Eisler, von Viertel zu Lorre, *Bergner und Kortner wimmelte es dort* von deutschen Dichtern, Philosophen, Schauspielern und Komponisten.

James K. Lyon, Professor für deutsche Literatur an der University of California in San Diego, hat mit Hilfe der Überlebenden dieser großen Zeit Brechts amerikanische Periode rekonstruiert. Er hat gründliche Arbeit geleistet: Aus Brechts Briefen und seinem Arbeitstagebuch, aus den Geheimberichten des FBI (die jetzt zum Teil freigegeben sind), aus unzähligen Gesprächen mit ehemaligen Freunden und Feinden entsteht ein plastisches und ungeschminktes Bild des Menschen Brecht, ungetrübt durch die politischen Vorurteile, die deutsche Brecht-Porträts so oder so entstellen.

In seiner Jugend hatte Brecht Amerika als Gegenbild zu dem spießerischen Augsburg seiner Jugend *idealisiert – Chicago und* Mahagonny, die Goldgräberstadt irgendwo zwischen Alaska und Kalifornien, waren zwar brutal und ein Dickicht der Leidenschaften, aber sie waren auch frei und vital, Schauplätze der Geburt eines neuen technischen Maschinenzeitalters. Das Amerika aber, in dem er 1941 als Flüchtling landete, haßte der Dichter. Lyon zeigt, wie er vor allem in den ersten zwei Jahren darunter litt, daß sein Name völlig unbekannt war; daß er es schwer hatte, in der hochkommerzialisierten Filmindustrie als Drehbuchautor Fuß zu fassen; daß ihm die Vulgarität des amerikanischen Lebensstils zutiefst zuwider war; daß ihm vor allem die Theaterverhältnisse vorsintflutlich schienen.

Kein Wunder, daß er vielen amerikanischen Zeitgenossen als widerborstig, laut, aggressiv – wie „ein zweiter Hitler", „ein schrecklicher Mensch" – vorkam und daß er sich in seinen Briefen und Tagebüchern immer wieder als Vertreter einer Kulturnation sah, die dieser primitiven amerikanischen Welt haushoch überlegen sei.

Viele deutsche Emigranten teilten seine Ansicht (die ja im einzelnen auch ihre faktische Richtigkeit haben mochte). Allerdings: Wer die Verhältnisse in Amerika und die amerikanische Kultur wirklich und von innen her kennt, der weiß, daß ein solches Bild auf einer Reihe von grundlegenden Mißverständnissen beruhte; sie rührten zumeist daher, daß die Einwanderer naiv auf deutsche Begriffe und Einrichtungen in einem fremden Land hofften. Aber sie fanden in Amerika keine Stadt-, Landes- oder Nationaltheater, was für Deutsche eine der Grundlagen der Kultur bedeutete.

Im Falle Brechts, des großen Vorkämpfers einer proletarischen Kultur, ist die Verachtung Amerikas besonders ironisch; denn die „Vulgarität" des Landes ist ja schließlich nichts anderes als Ausdruck der Tatsache, daß es wirklich „proletarisch" ist: ein Land, *in dem Intellektuelle wenig zu sagen haben*, in dem die Arbeiter den Ton angeben. Im kommerziellen Amerika wird geboten und verkauft, was die einfachen, arbeitenden Menschen haben wollen und wofür sie bereit sind zu zahlen. Nicht die Unternehmer manipulieren die Massen, sondern umgekehrt.

Was Brechts Haltung gleich der vieler „marxistischer" Emigranten in Amerika zeigte, war eben, daß diese Intellektuellen typische deutsche Bildungsbürger waren. Brechts Liebe zum Proletariat, die Vorstellung, die er sich von seinem Arbeiterpublikum machte, war ebenso wie die seines Heros Marx ein unrealistisches Idealbild. Daher stammte auch Brechts schwierige Situation der offiziellen sowjetischen Kultur- und Kunstpolitik gegenüber, die ja unter Stalin und Schdanow endgültig mit der Avantgarde brach und mit dem *Schlagwort „sozialistischer* Realismus" das zertrümmerte, was Hitler „entartete Kunst" nannte, und zurückging zu idealisierten hammerschwingenden Muskelmenschen und ähnlichem heroischen Kitsch.

Es war zum großen Teil Brechts Unverständnis für die wahre soziale und kulturelle Natur seines Gastlands zuzuschreiben, daß er im Theater Amerikas höchst erfolglos blieb. Er wollte unbedingt mit einer großen



Bertolt Brecht
FOTO: SVEN SIMON

Inszenierung auf den Broadway – die einzige damals maßgebende Theaterlandschaft der Staaten – und verkannte die jedem Kenner der Verhältnisse selbstverständlichen Bedingungen: In einem Land, das dem Theater nicht den Mittelpunkt des Bildungskults einräumte, führte der Weg nach oben nur über die am Rande liegenden kleinen Außenseitertruppen – Keller- und Studententheater –, die den ersten Schritt zur Anerkennung eines ernsthaften Dramatikers vollzogen. Hinzu kam, daß Brecht sich immer selbst das letzte Wort in künstlerischen Fragen vorbehielt und Regisseuren wie dem hochintelligenten und fortschrittlichen Harold Clurman, der ein Stück von ihm inszenieren wollte, mit größtem Mißtrauen gegenübertrat.

Zu diesen und vielen anderen anregenden Gedankengängen gibt Lyons ausführliche Darstellung der verschiedenen Aspekte von Brechts Amerika-Aufenthalt reichen Anlaß. Besonders interessant ist die Dokumentation von Brechts Konflikt mit Thomas Mann über die Formierung eines Komitees deutscher Intellektueller in Amerika, das dem in *Moskau 1943 gebildeten deutschen Natio*nalkomitee (hauptsächlich kommunistische Emigranten und Überlebende von Stalingrad) entsprechen sollte. Th. Mann war anfangs bereit, sich diesem Gremium anzuschließen, aber als er merkte, daß es sich um eine von Kommunisten gesteuerte Frontorganisation handelte, zog er sich zurück. Brecht beschuldigte ihn der Absicht, er wolle das ganze deutsche Volk für die Untaten der Nazis bestrafen, er verstünde nicht, daß die deutsche Arbeiterschaft heroischen Widerstand gegen die Nazis geleistet habe. Dabei war Brecht seit Anfang 1933 nicht in Deutschland gewesen; auch hier diktierte die offizielle Parteilinie und Propaganda seine Einschätzung der Situation.

Lyon bricht seine Darstellung mit der Rückkehr nach Europa im Herbst 1947 ab. *Verfolgt man Brechts Leben weiter, trifft* man auf eine weitere Ironie: Als er nach dem 17. Juni 1953 in seinem Landhaus in Buckow mit einem Klempner ins Gespräch kam und dieser meinte, man sollte freie Wahlen in der „DDR" veranstalten, erwiderte Brecht (laut seinem Arbeitstagebuch, 12. 9. 1953), „dann werden die Nazis gewählt". Und am 7. Juli 1954 noch vermerkte er: „das land ist immer noch unheimlich. neulich als ich mit jungen leuten aus der dramaturgie nach buckow fuhr saß ich abends im pavillon, während sie in ihren zimmern arbeiteten oder sich unterhielten. vor zehn jahren, fiel mir plötzlich ein, hätten alle drei, was immer sie von mir gelesen hätten, mich, wäre ich unter sie gefallen, schnurstracks der gestapo übergeben ..." Daß er vor zehn Jahren, nämlich 1944 in Amerika, wütend erklärt hatte, in *Deutschland hätten die Nazis keine* breite Basis im Volk, hatte Brecht vergessen.

In Amerika fühlte sich Brecht als Flüchtling, als Fremder. Zurück in Ost-Berlin, vertraute er am 6. Januar 1949, als er mit dem Berliner Oberbürgermeister seine Pläne besprechen sollte, seinem Tagebuch an: „zum ersten mal fühle ich den stinkenden Atem der Provinz hier." Und fast sechs Jahre später, inzwischen prominentester Bürger der „DDR", schrieb er an einen Freund, daß er weiterhin „im exil lebe, wenn auch in einem sehr freiwilligen". Das Exil also, in Amerika so schmerzlich empfunden, war ihm ein permanenter Zustand geworden. Das ist der Rahmen, in den man James Lyons meisterhaftes Porträt von Bertolt Brecht, dem unzufriedenen Flüchtling in Hollywood und New York, setzen muß.

MARTIN ESSLIN



Er lieferte Stoff für viele Anekdoten: Zar Peter der Große beim Redigieren der Zeitung „Jedomosti" (Nach einem Gemälde von M. Maymon) FOTO: ULLSTEIN

Sammler und Herrscher

An ihren Tischgewohnheiten sollt ihr sie erkennen: Bei Staatsbanketten liebte es Iwan der Schreckliche, zwischen jedem Gang seine Krone zu wechseln. Als Gast indessen hatte man die nervenaufreibende Aussicht, entweder in den Weinkeller geschickt und dort stranguliert zu werden oder aber ein golddurchwirktes Gewand mit nach Hause zu nehmen. Zar Alexis offerierte seinen Gästen 50 Gänge. Er selbst gab *sich mit Roggenbrot und einem Glas Wein* zufrieden. Üppiger ging es bei Katharina der Großen zu: Sie ließ zum Dessert Diamanten servieren.

Eine Fülle solch farbiger Informationen aus dem Leben von fünf russischen Zaren serviert ein neuer Band in hübsch arrangierten Gängen: **„Die russischen Zaren"** von Peter Andrews, (Christian-Verlag München, 176 S., 52 Mark). Ein ähnliches Prinzip wurde dabei für Wort und Bild benutzt: Bei den Abbildungen rückt die Kamera oft auf wenige Zentimeter an die kunstvoll eingelegten Pokale oder Kreuze heran. Aus scharf ausgeleuchteten Details setzen sich auch die Porträts der Zaren als Sammler und Herrscher zusammen.

Auch wenn der Autor versucht, Legende von der Wahrheit zu trennen, so lesen sich diese Kurzbiographien trotzdem noch wie Krimi-Stücke: Der Hang zu Religion, Kunst und Mord tobt Seite an Seite in diesen Seelen. So stiftete Iwan der Schreckliche einem Kloster ein fein emailliertes Goldkreuz für die Gesundheit seiner Söhne. Sein eigener Jähzorn erschlug buchstäblich diesen frommen Wunsch: Mit einem eisernen Zepter sollte er seinen Erben, Zarewitsch Iwan ermorden. Einer seiner Nachfolger, Zar Alexis, gab sich fanatisch kirchentreu. An hohen Feiertagen, so lesen wir, warf er sich an die 1500mal zu Boden. Zwischen solchen Übungen aber ließ er 7000 Moskowiter, die gegen *die Einführung einer neuen Währung* rebellierten, hinrichten und 15 000 obendrein die Beine und Arme abhacken. In die russische Geschichte ging er als Alexis der Sanfte ein.

Unerschöpflichen Anekdotenstoff liefert natürlich der bekannteste aller dieser Herrscher, Peter der Große, der Zar, der Zähne ziehen konnte, Schiffe eigenhändig baute und seine Hauptstadt aus dem Sumpf stampfte. Als eine der größten Herrscherinnen und Sammlerinnen ging eine kleine deutsche Prinzessin, Sophie von Anhalt-Zerbst, in die Geschichte ein: Als Katharina die Große vereinnahmte sie Macht, Männer und Kunst mit dem gleichen unersättlichen Appetit.

Einziges Manko dieses unterhaltsamen und informativen Buches: Die Bildtexte sollten präziser sein. Zu erfahren, wo die hier abgebildeten Meisterwerke heute zu finden sind, würde das Lesevergnügen nur erhöhen.

HEIDI BÜRKLIN

Nackt vor dem Gliedermann

Zwei weitere Beispiele moderner Frauenliteratur

Wie befreit sich eine Frau von dem Mann, den sie noch immer liebt? Die Einladung zu einem Pilzessen wäre eine Möglichkeit. Keine Angst, die beiden hier vorgestellten Schriftstellerinnen, etwa Vierzigjährige, geben zur Befreiung keine Anweisung, hegen auch keine Mordgedanken. Die Aktionen ihrer Roman-Hauptfiguren richten sich statt dessen im Endeffekt gegen diese selbst.

Sybil Wagener, pessimistisch durch und durch, faßt ihre bisherigen Lebenserfahrungen in einem „Kleineren Unglück" zusammen. Exakt vierzig Jahre alt ist ihre Protagonistin Rosmarie. Diese sitzt im Flugzeug auf dem Kennedy-Airport und wartet auf den Start nach Deutschland. Ihre sechsmonatige Amerikareise habe sie nicht von ihrer Liebe zu Justus, dem Ehemann, befreien können, meint sie. Aber sie spürt: Lebensbejahung, Pragmatismus, Zukunftsoptimismus, kurz alles, was sie in den Vereinigten Staaten erlebte und erfuhr, hat in ihr Kräfte für kommende Auseinandersetzungen wachgerufen.

Während des Fluges lernt sie Jeremy, einen jüdischen Amerikaner, kennen. Der verheiratete Jeremy ist Journalist. Er interessiert sich für den gerade laufenden Majdanek-Prozeß. Da Rosmarie Deutsche ist, spricht er sie auf den Holocaust an. Ungewollt, aber durch Jeremys aggressiven Ton psychisch herausgefordert, verteidigt Rosmarie die Nachkriegsgeneration, zu der sie gehört. Die Reisebekanntschaft mündet in ein kurzes Liebesverhältnis.

Rosmarie besucht frühere Bekannte, auch ihre Eltern. Die Wiederbegegnungen lösen Erinnerungen an ihren trostlosen Zustand, an den Selbstmordversuch vor ihrem Aufbruch nach Übersee aus. Freunde aus der Zeit vor ihrer Ehe mit Justus offenbaren ihr, daß sie den bürgerlichen Brautwerber eigentlich nie gemocht haben. Das gibt Rosmarie den Mut, mit Justus abzurechnen. Ihre Furcht vor diesem Trennungsgespräch erweist sich als unnötig. Sie erkennt, Justus ist für sie „irgendein Fremder" geworden.

Die klare literarische Strategie, die auf das Auflösen einer einschnürenden Bindung abzielt, durchsetzt die Autorin mit Verurteilungen ihrer Umwelt. Die Elterngeneration wird wegen ihrer Verstocktheit angeklagt, der materielle Aufschwung benörgelt. Der Rosmarie, Studentin von 1968, paßt vieles nicht – und eben auch nicht Justus, ein regelrechter Unternehmer-Sohn unverbesserlich autoritärer Eltern und sozusagen ein Bösewicht ohne Schuld.

Auf dem Umweg über Rosmarie breitet die Autorin sich selbst aus; darüber hinaus interessiert sie nichts. Andere Menschen, egal welche Ansichten sie vertreten und in welchem sozialen Umfeld sie agieren, bilden lediglich die Staffage. Und das spiegelt – beinahe flächendeckend – die Misere moderner Frauenliteratur.

Helga Lippelt führt in ihrem Roman „Jeans für einen Gliedermann" eine Achtundzwanzigjährige vor. Diese ist Verkäuferin in einem Textilwarengeschäft. Phyllis heißt sie. Und Phyllis begehrt männliche Zärtlichkeit. Längere Zeit war sie in Martin, einen verheirateten Architekten, vernarrt gewesen. Doch Martin begann immer wortkarger zu werden.

Da kam Phyllis dahinter: dieser Martin hat sich hoch verschuldet; und Schulden

Sybil Wagener:
Das kleine Unglück
Roman. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main. 205 S., 8,80 Mark.
Helga Lippelt:
Jeans für einen Gliedermann
Roman. Erb Verlag, Düsseldorf. 219 S., 29,80 Mark.

können nicht Grundlage einer Dauerliebe sein. Zudem störte auch, daß Martin nach jeder Liebesaktivität an schlechtem Gewissen litt. „Sünde" nannte er es dann. Scheiden lassen würde er sich wohl nie. So kam es, daß Phyllis den Martin verabschiedete.

Jetzt packt sie die Unruhe nach neuen Erlebnissen. Durchs Schaufenster beobachtet sie die Passanten, fragt sich, welcher Vorübergehende für erotische Dienstleistung in Frage käme. Eine im Hinterraum abgestellte Schaufensterpuppe, der „Gliedermann", fasziniert sie in steigendem Maß. Sie behängt ihn mit Kleidungsstücken, wechselt sie aus.

Dies stille Spiel ist die Ouvertüre zur beginnenden und immer rascher durchgeführten Versuchsreihe höchst unterschiedlicher Liebhaber. Doch sie alle genügen nicht, und so kauft Phyllis den Gliedermann ihrer Chefin ab.

Sie stellt das Mannsbild aus Plastik in ihrer Wohnung auf. Vor ihm und dem Spiegel zieht sie sich aus. „Sie will sich nackt sehen. Sie selbst. Für sich. Und für ihn. Er soll sie nackt sehen. Er sieht sie nackt, auch wenn er kalt ist, sie ist warm, hautwarm, hautnah, warm genug, um zu wärmen."

Übrigens – weil im Buch nicht erwähnt – „Phyllis" ist der Name einer legendären thrakischen Prinzessin, die sich aus Sehnsucht nach ihrem Geliebten den Tod gab. Sie wurde in einen blattlosen Mandelbaum verwandelt. Umarmte den Baum der geliebte Demophon, trieben die Zweige Blätter ...

Das Roman-Ende verrät nicht, ob und womit die zeitgenössische Phyllis sich und ihren Gliedermann noch einmal bekleiden wird. Auf das Wachsen wärmender Blätter können sie jedenfalls nicht warten. – War*nung an die Schlafmittel-Industrie! Solche* Lektüre ist ernstzunehmende Konkurrenz.

ESTHER KNORR-ANDERS

Vom Computer, der Vorlesungen hält

Science fiction mit philosophischem Touch – „Also sprach GOLEM" von Stanislaw Lem

Die Literatur der Technik wird postmodern. Ein Computer namens GOLEM und seine wortkarge Verwandte HONEST ANNIE machen sich selbständig, lösen Obsessionen aus, wie sie Menschen vor ihren Artefakten empfinden: das alte Thema vom allmählichen, dann plötzlichen Aufstand des Roboters.

Hier aber kehrt sich die Erfindung nicht gegen den Erfinder, sondern sie bleibt sanftmütig, *humoristisch, jedoch auf eine bislang* unbekannte Art penetrant. Bevor sich der besserwissende GOLEM ins Schweigen zurückzieht, hält er zwei Vorlesungen, erläutert Prinzipien der Evolution, deren zu schnell gelaufenes Produkt er zu sein scheint, dann zeigt er die Höherentwicklung der Vernunft über die des Homo sapiens hinaus.

Diese Toposophie – „hill climbing toposophical theory" – erinnert an Nikolai Hartmanns Schichten des Seins oder an das gnostische System des Basilides (zum Beispiel), und sie ist wohl eher geeignet, dem Leser C. G. Jungs Archetypen des Denkens vorzuführen als die moderne Computertechnik; insofern ist Lems Buch Science fiction.

Doch Stanislaw Lem wäre nicht er selbst – ein Pole mit philosophischen Ambitionen, in

Stanislaw Lem:
Also sprach GOLEM
Aus dem Polnischen von Friedrich Griese.
Insel Verlag, Frankfurt am Main. 186 S., 24 Mark

seinen Einfällen trotzdem graziös, unvermutet, mazurkenhaft, leichtfüßig und abgründig zugleich! –, wenn er nicht den Supernova-Vorgang, das Aufschwellen dieser Vernunft, zum Anlaß nähme, die gesamte Klaviatur seiner Belesenheit abzugreifen.

Scholastische Theologie, Plotins Auffassung des Genies – „je größer die Vernunft, desto weniger Person" –, Schopenhauers Metaphysik der Geschlechtsliebe führt er geradezu sadistisch oder desillusionär-evolutionär vor, und die Vergötterung des sich nach der Offenbarung zweier Vorlesungen ins stromlose Schweigen zurückziehenden Computers ist gnostisch. Das „Pasquill auf die Evolution" – die aber durchaus ernst genommen wird, also empfindlich! – zeigt die Tricks und Kunstgriffe, die sich die Höherentwicklung einfallen läßt, um das Überleben der Gattungen zu sichern. Eigenschaften wie Erbarmen, Gnade, Liebe sind also nicht frei, sondern Produkte völliger Vorherbestimmtheit, Spielarten und Launen des Fatalismus, den vergnüglich auszubreiten schon von jeher die Gruselstücke im Kabinett menschlicher Absonderlichkeiten hervorgebracht hat. Bei aller Gewandtheit in der Sprache der Soft- und Hardware – solche Auslassungen zeigen mehr die Ängste und humoristischen Befindlichkeiten des Autors als etwa den Stand der Computertechnik von 1984, einschließlich der zu erwartenden Entwicklung. Aber das ist auch nicht beabsichtigt, der GOLEM ist Metapher, und der Computer ist der innere Monolog, den der Erfinder mit sich selber führt; denn diese Maschine ist letztlich nicht fremd.

Lem ist Meister imitatorischen Sprachgebrauchs: die amerikanische Wissenschaftlichkeit, ihr „scientific way of life", nimmt sich von Warschau her – das eher quirlig ist – wie ein Sanatorium aus, auf dessen Gängen die begütigenden Stimmen der Apollokommunikation widerhallen, tief, ruhig und wohl auch ein wenig beschränkt.

Diese Stimmung im Jahre 2047 im Pentagon nachgezeichnet zu haben, gibt dem Buch ebenfalls einen klimatischen Reiz; seine Sprache ist im übrigen allgemein verständlich, umfänglich und überraschend genug geführt, sie bleibt also – und das sei zum Lob Stanislaw Lems gesagt, eine Sprache –, die GOLEM selber niemals zu sprechen in der Lage wäre. Ein verwirrendes, nachdenklich machendes Buch, gut geschrieben und wohl auch übersetzt, mit Triumphen der Abseitigkeit und poetischer Entrüstung über die Evolution.

FRIEDRICH WILHELM KORFF

Die wandernde Zeit

Verlage und Publikum reagieren oft *nach vorgeprägten Mustern*. Da beherrschen im Bereich der Lyrik erprobte Namen wie Sarah Kirsch und Ulla Hahn die Szene. Wann wird es gelingen, den Teufelskreis zu sprengen, in dem sich so viele ausgezeichnete Lyriker bewegen? In dieser Position befindet sich Ilona Bodden, die eine kontinuierliche poetische Leistung vorweisen kann, markiert durch die beiden vorhergehenden Bände „Der gläserne Vogel" und „Schattenzonen".

Im Ernstfall könnte diese kluge, reife Lyrik schreibende Frau ihre Hamburger Fluchtburg in einem eher proletarischen Milieu in der Hoheluftchaussee zur Festung erklären. Dann hätten nur noch Vertraute, Liebende, Zugang zu diesen Gedichten. Es sind „Totenmasken" im **„Gehäuse der Zeit"**, wie ihr jüngster Band heißt (Bläschke Verlag, St. Michael. 100 S., 11,80 Mark). Auf unsere Zeit bezogen, bemerkt sie über Vincent van Goghs längst *von Räumbaggern beseitigtes Nachtcafé*: „Dies ist ein düsterer Ort. / Wir, die Verdammten der Nacht, / träumen. / Es gibt keinen Morgen. / Wir lebten nie."

Ilona Boddens Masken sitzen porendicht auf der verletzlichen Haut des Betroffenen, der stets mit seinem Namen aufgerufen wird: Michelangelo, Cervantes, Robespierre, Beethoven, Goya, Chopin, Schopenhauer, Maupassant, Wilde, Nietzsche, Spengler, Freud, Benn, Arno Schmidt und andere. Die Namen verraten etwas über das enorme Wissen der Autorin. Bei Ilona Bodden sublimiert sich Kulturbewußtsein im Gedicht, in der Eleganz ihres Verses, in der Rhythmik und Harmonie des Ausdrucks. Ihre neue Gedichte sind Erfahrungen in wechselnden Masken, ihr Thema ist die wandernde Zeit.

PETER JOKOSTRA

Rückgabe gefordert

Die Fälle Biermann, Havemann und Heym mit ihren außen- und innenpolitischen Folgen sind die zentralen Ereignisse im dritten Band der **„Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED"**, diesmal von Peter Lübbe ausgewählt und zusammengestellt (Seewald-Verlag, Stuttgart, 1200 S., 98 Mark). Wer sich mit der Kulturpolitik der „DDR" beschäftigt, weiß, wie ihm diese Dokumentensammlungen die Arbeit erleichtern können. Aber er weiß auch, daß es vermessen wäre, alle Probleme angerissen zu finden. So ist die Forderung *nach Rückgabe der von der Stiftung* Preußischer Kulturbesitz verwalteten Kunstschätze mit der Hager-Rede vom 12.7.1975 nur ungenügend berücksichtigt, weil z.B. der Kommentar des „Neuen Deutschland" „Der Mann mit dem Goldhelm" vom 28.6.75. oder die Verordnung über den Staatlichen Museumsfond vom 12.4.1978 fehlen. Auch der „Fall Penck" und alles was mit den „ungehorsamen Malern der DDR" zusammenhängt oder die „DDR"-Beteiligung an der „documenta 6" mit ihren Folgen für das Selbstbewußtsein Ost-Berlins kommen leider nicht vor. Das sind allerdings Anmerkungen, die den generellen Wert der Dokumentation nicht mindern.

P.D.

Juden in deutschen Landen

Vom „großen Judenschmerz" (Börne) und vom tiefen Glauben, vom kleinen Glück und vom großen Unglück kann man hier lesen: **„Juden und Judentum in deutschen Briefen aus drei Jahrhunderten"**, herausgegeben von Franz Kobler (Jüdischer Verlag Athneäum, Königstein/ Taunus, 416 S., 58 Mark). Das Buch erschien zuerst 1935 in Wien und wurde jetzt unverändert nachgedruckt. Verändert hat sich aber, durch das , was inzwischen geschah, seine Wirkung. Es stellt die Geschichte der Juden in deutschen Landen aus einem sehr persönlichen Blickwinkel dar. Es sind Briefe von Unbekannten und von den Großen aus Kunst, Wissenschaft, Handel und Juristerei. Moses und Felix Mendelssohn, Heinrich Heine und Marx (allerdings nicht mit seinen antisemtischen Tiraden), aber auch Richard Wagner und Berthold Auerbach kommen hier zu Wort, also gläubige, indifferente und getaufte Juden genauso wie die christlichen Philo- und Antisemiten. Es ist eine notwendige Lektion.

P.Jo.

Der Mensch im Apparat

Dieses Buch sieht seinem Autor ähnlich. Es ist originell wie Jürgen Kuhlmann, den man auch als Plattenstar kennt: **„Wider die Arroganz der Apparate"** (Unitas Verlag, Nürnberg. 93 S., 12 Mark). Es verrät, daß der Autor beruflich mit jungen Menschen zu tun hat; er ist seit neun Jahren Berufsberater für Abiturienten und Hochschüler in Nürnberg und von Haus aus Geistlicher. Seine Schrift hat tiefsinnigen Hintergrund, wenn sie dazu auffordert, den Menschen in der Arbeitswelt nicht ganz von seelenlosen Apparaten und Robotern verdrängen zu lassen. Vielmehr sollten die technischen Einrichtungen nur den Platz einnehmen, der ihnen als Mittel und Objekt menschlichen Erfindergeistes zukommt.

Schi.

Deprimierter Erfinder

Er verausgabte sich bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit und war nach seiner großen Erfindung, dem Diesel-Motor, so erschöpft, daß er mehrere Monate in einer Nervenheilanstalt verbringen mußte. In seiner spannend geschriebenen Biographie, die jetzt neu aufgelegt wurde, schildert Eugen Diesel unter dem Titel **„Diesel"** das Leben seines Vaters, der schon wenige Jahre nach seinem großen Erfolg von Depressionen heimgesucht wurde und schließlich den Freitod wählte (Heyne Verlag, München. 442 S., 12,80 Mark). Das Buch erhält zahlreiche Briefe und Dokumente aus dem Nachlaß des Erfinders.

Bo

Stark und schwach

Es sind freundliche Geschichten, die von dem Schweizer Cartoonisten Rapallo jeweils in drei Bildchen erzählt werden. **„Die Maus und der Elefant"** (Edition Erpf, Bern, 30 S., 16,80 Mark) spielt mit dem komischen Gegensatz von groß und klein, stark und schwach. Das ist ganz hübsch gezeichnet, aber die Kraft einer Fabel gewinnen Rapallos Einfälle nicht.

mar

Hinweis

Das Gedicht „Sommer im Licht" von Yves Bonnefoy auf Seite II dieser **GEISTIGEN WELT** ist dem Band „Im Trug der Schwelle" entnommen, der beim Klett-Cotta Verlag in Stuttgart erscheint.



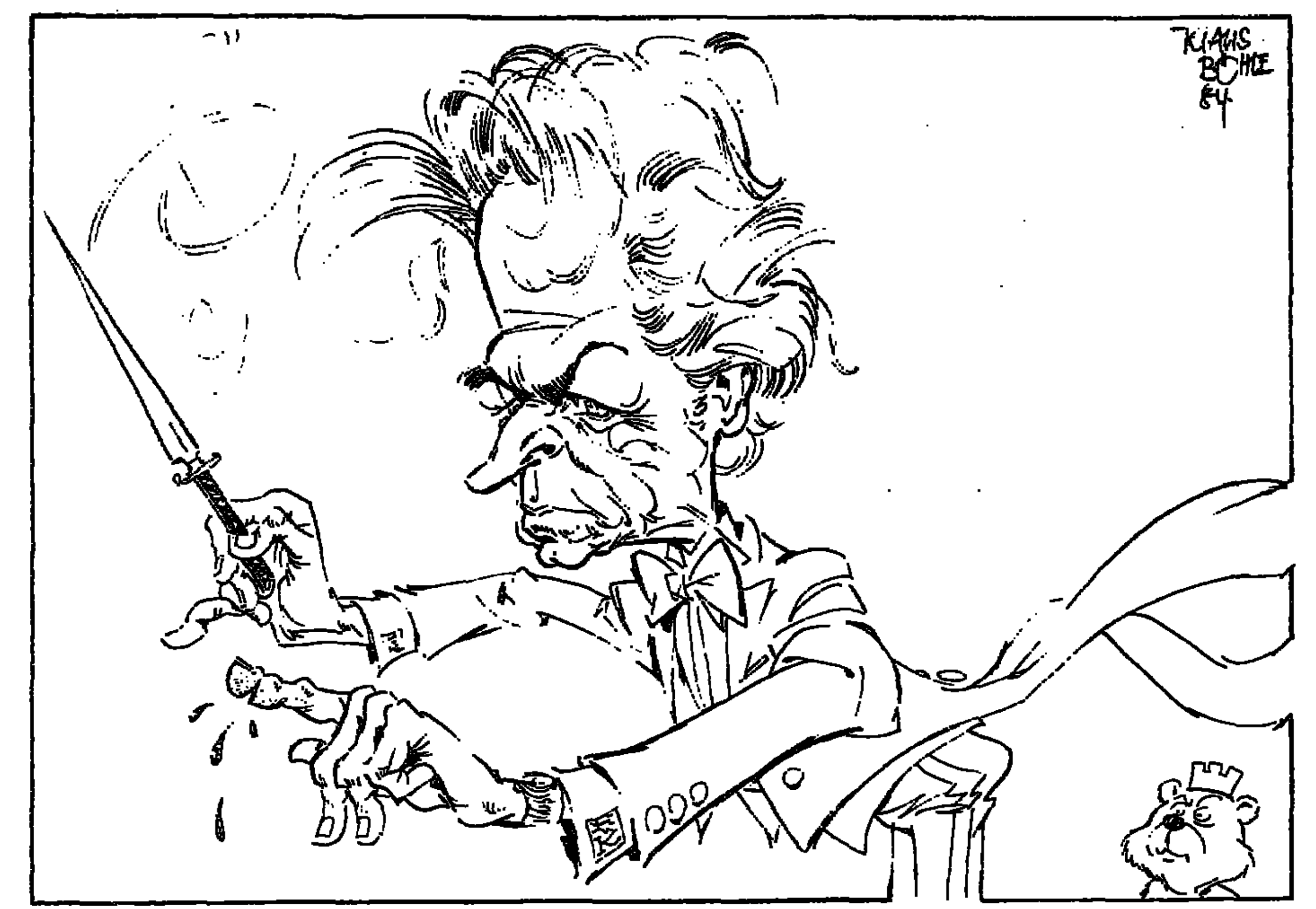
Dieses Sommers Unbehagen
fröstelt uns mit sieben Plagen,
die allmählich sozusagen
auf Gehirn und Magen schlagen

Erstens: Regen, Sturm und Kühle.
Zweitens: Hitze der Gefühle
im Tarifpartei-Gewühle.
Drittens: eine leise Schwüle

streikbetroffener Gerichte
und – im Lichte der Gesichte –
ihr Verschieben der Gewichte.
Viertens: Lohnausfall, Verzichte.

Fünftens quält uns sechstens Dauer
sowie siebtens Art der Mauer
Bonnie zählt auf (selten spinnt er)
einen wonnig warmen Winter

JONAS



Scharfe Tempi!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Kein Rosa

Die Gemeinheit beginnt schon mit der Babywäsche: *blau für Jungs,* für Mädchen natürlich rosa. Damit sind die Rollen der Geschlechter bereits verteilt. Das Unrecht bricht über den weiblichen Säugling herein. Denn er hat rosa zu sein, und was heißt das? Lieb und brav, kurz: süß.

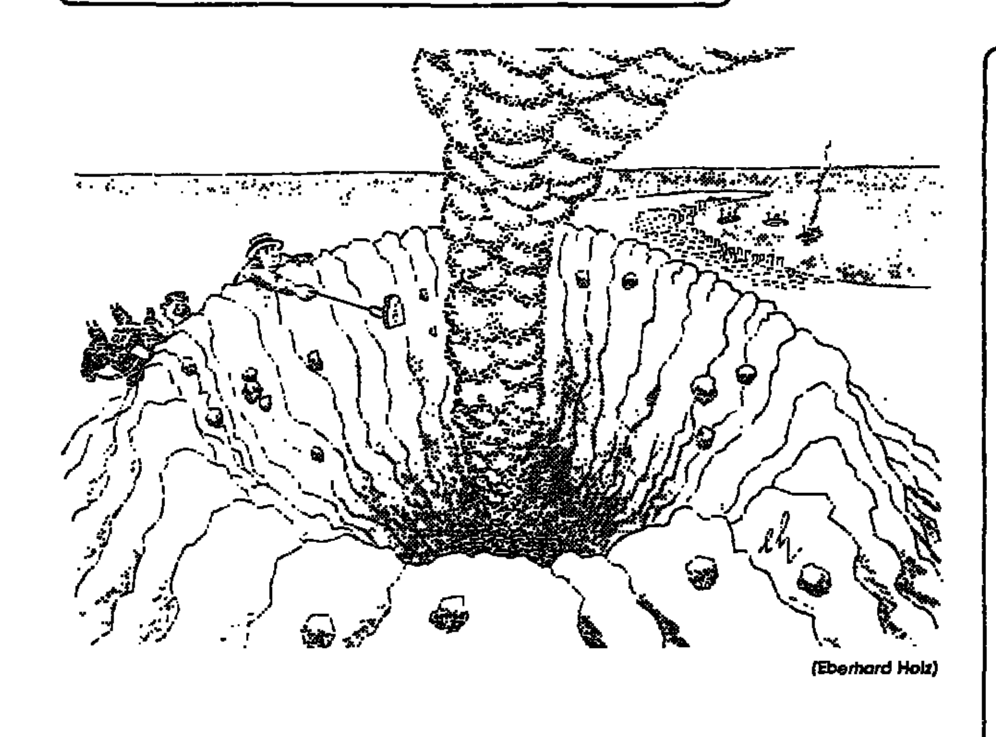
Dem kleinen Jungen öffnen sich die blauen Horizonte einer himmlischen Zukunft. Schon im Strampelhöschen wird er zum Wolkenstürmer, *Weltumsegler, zum Abenteurer* und Tatmenschen bestimmt. Und augenzwinkernd steckt doch auch schon das Privileg einer „echt männlichen" Ausschweifung in der Farbe seines Lätzchens: Er darf auch ruhig mal blau sein, einen draufmachen, blau machen! Das ist es doch!

Vom in Rosa gewickelten Mädchen wird dagegen mit Selbstverständlichkeit Sittsamsein erwartet, eine immer rosige Laune, egal, wie ihr tatsächlich zumute ist. Also: Selbstverleugnung statt Selbstverwirklichung. Und gleichzeitig werden ihr durchs ewige Rosa für ihre Zukunft rosige Zeiten vorgegaukelt: Wenn sie nur „wie eine Rose" ist, schön, *duftig* und leicht zu *knicken – natürlich von einem* Mann! Dornen darf sie selbstverständlich nicht haben, damit er sie besser brechen kann, nämlich ihren Willen!

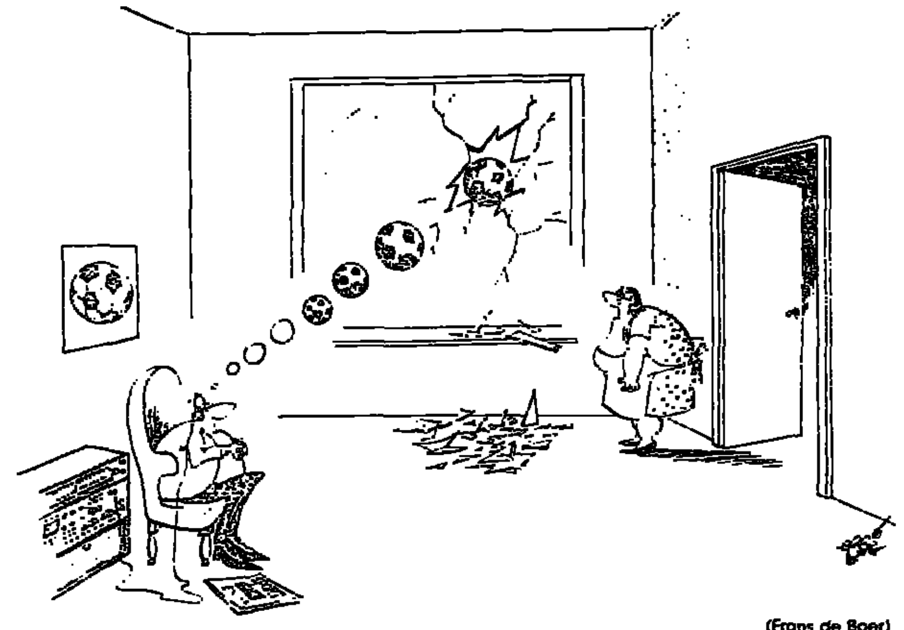
Der *kleine* Junge jedoch darf bereits so blauäugig sein, wie er es dann sein Leben lang auf Kosten der Frauen bleibt. Er trägt ja schon mit den ersten kleinen Fäustlingen die *Edelfarbe* der Treue, eine klare Aufforderung an die Frauen, gefälligst ihm treu zu sein. Wir denken ja gar nicht daran!

Wir lehnen für uns das affige Rosa ab. Im Namen der Gleichberechtigung fordern wir: Puppen, und zwar in Rosa, für alle kleinen Jungs, und für alle kleinen Mädchen elektrische Eisenbahnen, Fußballer-Kledasche, Rasierapparat und -pinsel und alles, alles in Blau!

SASKIA LITZ



(Eberhard Holz)



(Frans de Boer)

Bilderstreit

Michael Marks

Lebhaftes Streitgespräch bei der gestrigen Führung durch die „art '84".

„Dort, meine Damen und Herren, das mit dem Preis 'Goldenes Nichts 2000' ausgezeichnete Werk 'Erstarrte Musik in der Zwischendimension'. Achten Sie bitte besonders darauf, wie der Künstler den Konflikt zwischen Bildinhalt und dessen Auslegung mittels einer fast trivial anmutenden Farbverteilung im Stil des Impressionismus vergegenwärtigt. Die ausgesprochen disharmonischen ..."

„Moment mal. Da möchte ich Sie berichtigen. Man sieht doch auf den ersten Blick, daß es sich bei dieser *zweifellos herausragenden* Arbeit um kein impressionistisches, sondern um ein expressionistisches Werk handelt."

„Aber wo denken Sie hin! Gerade der Schöpfer dieses Bildes gilt als Pionier auf dem Gebiet der gelösten Malerei des sinnlichen Ausdrucks. Schon wie er die In*tention seines* Werks durch einen zwar gegenständlichen, aber doch leicht abstrahierenden Malstil verdeutlicht, ist ein Paradebeispiel der Epoche. Denn sowohl ..."

„Aber da irren Sie sich! Lassen Sie die Augen einmal ganz langsam über die Bildstruktur gleiten. Sie werden die Absicht des Werkes erst dann verstehen, wenn Sie alle landläufigen Begriffe beiseite lassen." – „Aber hören Sie mal ..." – „Nein, hören Sie mal zu! Der Künstler versucht nämlich, mit dieser Arbeit ein sehr zartes Gefühl auszudrücken. Die seelische Spannung, die dabei auf ihm lastet, wird durch eine dramatische Ge*genüberstellung* der Farben Lila in der linken und Grau in der rechten Bildhälfte gleichsam auf den Bildinhalt übertragen. Die trostlose, aber zugleich auch erregende Stimmung dieser Farbkomposition führt an der Grenzlinie zwischen beiden zu einem – möchte ich mal sagen – apokalyptischen Finale. Man fühlt doch ..."

„Aber überhaupt nicht. Sie reden wie der Blinde von der Farbe. Der grau-lila Farbkomplex ist doch nur der Hintergrund, vor dem sich ein viel wichtigeres Problem akzentuiert ..."

„Was denn für ein Problem?"

„Na, wenn Sie das nicht sehen ..."

„Sagen Sie doch mal!"

„Es ist das gigantische Puzzlespiel, das sich aus dem abstrahierenden Malstil und der trivial anmutenden Farbverteilung mit einer Ikonizität sondersgleichen zusammenfügt, ohne daß ..."

„Das kann ich nun gar nicht finden."

„Weil Sie danach nicht suchen. Das apokalyptische Finale, von dem Sie da reden, ist doch eine glatte Fehlinterpretation. Sie gehen zwar von den Stilmitteln aus, aber bleiben dann daran hängen. Sie nehmen zwar die transversalen Simultankontraste wahr, aber scheitern an der eigentlichen Auslegungsdualität."

„Da bin ich ganz anderer Meinung."

„Sofern Sie überhaupt eine eigene Meinung haben. Wenn Sie so viel über diesen Künstler gelesen und auch schon geredet hätten wie ich, dann würden Sie sich nicht anmaßen, mir auf dieser Ebene zu widersprechen. Ich jedenfalls habe dafür keinerlei Verständnis."

„Und keine Ahnung."

„Wie? Keine Ahnung von was?"

„Von diesem Künstler. Ich kenne ihn viel besser als Sie."

„Haha! Woher denn?"

„Ich bin es selbst."

Stille

„Ja, wenn Sie es selbst sind, verdammt noch mal, warum ersetzen Sie dann nicht gefälligst Ihre blöden transversalen Simultankontraste durch handliche und hübsche Sukzessivkontraste? Antworten Sie gefälligst!"



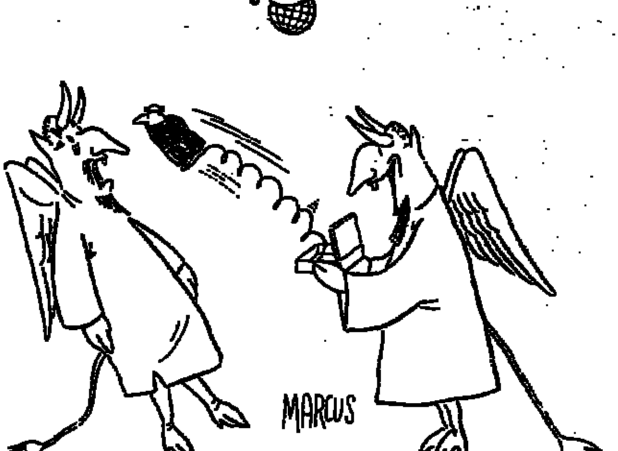
„Ich will mit keinem Mittelsmann reden, sondern direkt mit dem Computer!" (Engelmann)

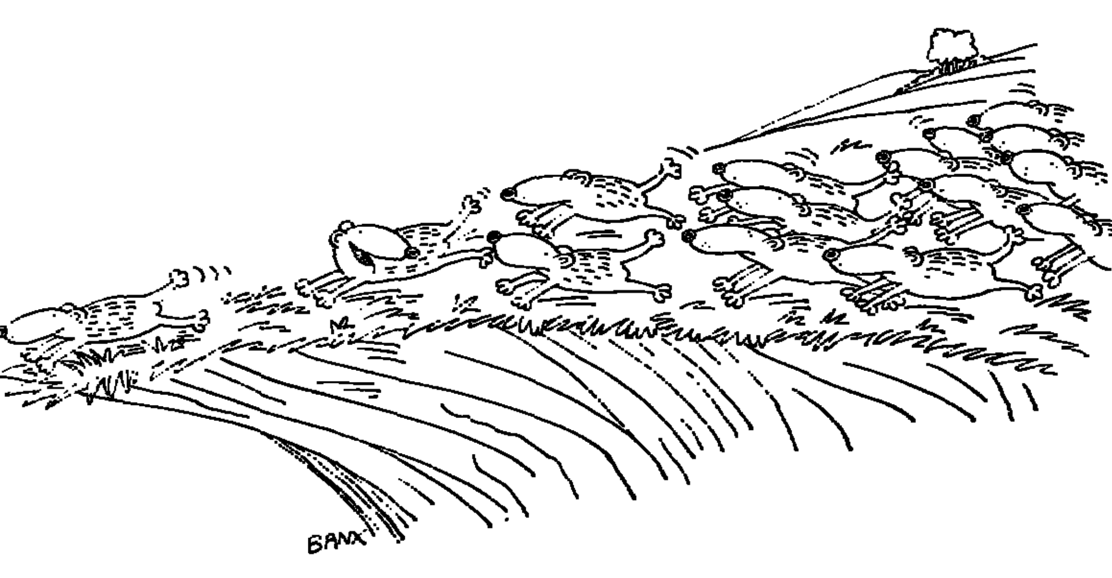


In Irrtum verfallen / Beschieden ist's allen.
In Irrtum verharren / Ist Vorrecht der Narren.

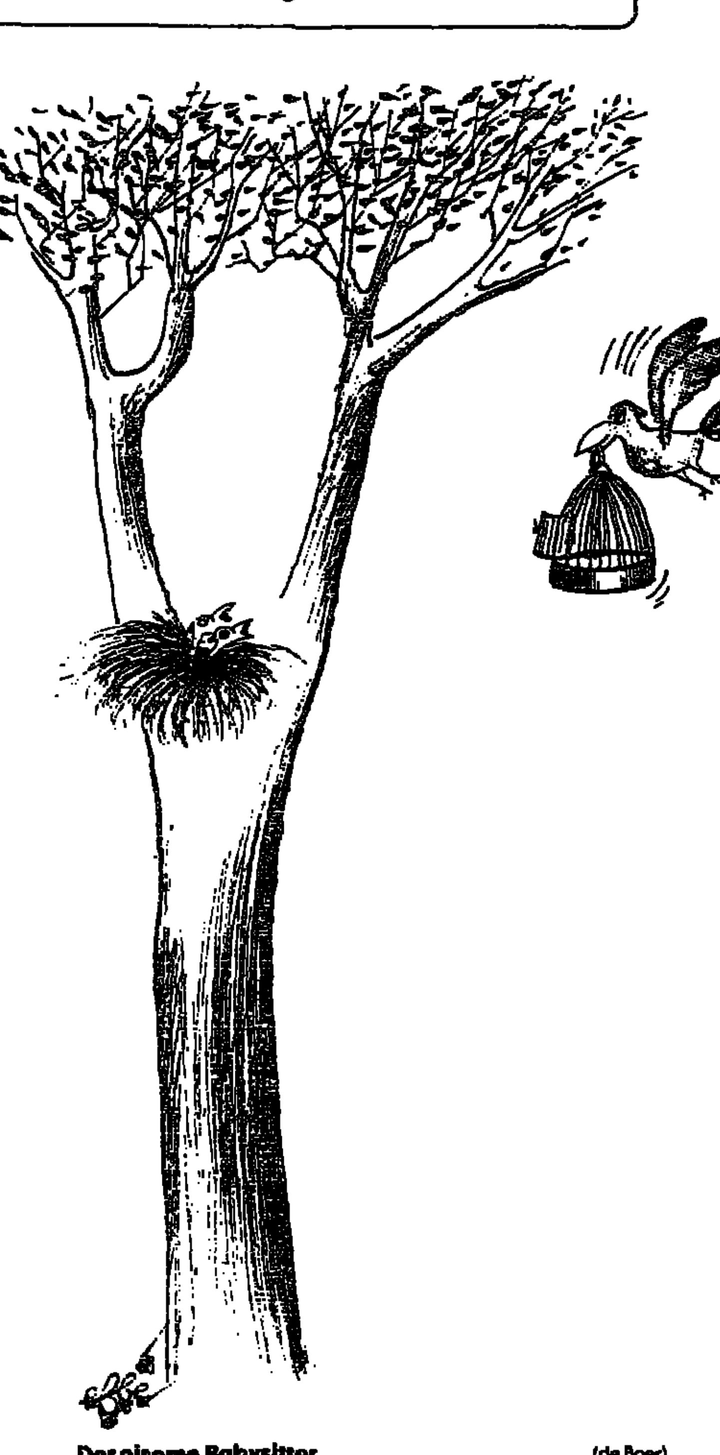
(Cicero)







„Unser Anführer kennt die große neue atomwaffenfreie Zone" (Banx)

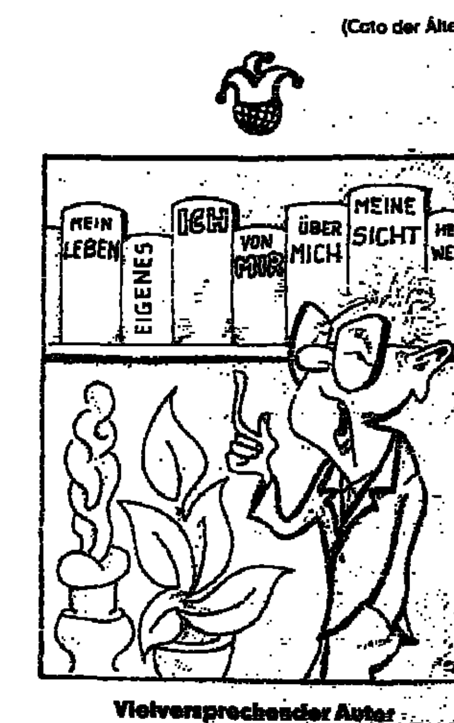


Der eiserne Babysitter (de Boer)

„Spiel noch mal die Beatles, und ich beiß' dich" (Punch)

Weise lernen von Narren,
Narren lernen niemals
von Weisen.

(Cato der Ältere)



Vielversprechender Autor (Alois Kohn)

Die Mülltonne als Datenspeicher

Viele Zeitgenossen fürchten sich vor der Speicherung ihrer persönlichen Daten. Sonderbarerweise aber entgeht ihrer Aufmerksamkeit, daß es einen Datenspeicher gibt, der alle anderen an Aussagekraft überbietet. Es ist die häusliche Mülltonne, in welche der Bürger die Daten eigenhändig einspeist. Er stopft die Abfallbeutel unausgeschüttet, unsortiert in die Tonne. Ihr Inhalt bleibt sauber und anfaßbar. Wer glaubt, kein Mensch wühle im Müll des Nachbarn, hat bestimmt unrecht.

Exempel: Das Ehepaar Müller trinkt Wein. Durch die der Tonne übergebenen Flaschen tritt zutage, daß Müllers an jedem (!) Abend zwei Flaschen köpfen. Ihr Geschmack ist nicht konstant. Sie wechseln. Neigung zum Wankelmut darf hieraus geschlossen werden. Die wechselnden Kaffeesorten erhärten den Verdacht. Beide verzehren reichlich Sellerie und Lauch. Sind sie heimliche „Grüne"?

Ihre Post ist nicht harmlos. Eilzustellungen gehören zur Wochenordnung. Viele Briefe kommen aus der „DDR". Zwei (!) Parteien kassieren Beiträge. Kein Zweifel: Die Müllers sind Mitglieder konkurrierender Organisationen. Die achtlos fortgeworfenen *Zahlungsaufforderungen in der Mülltonne* beweisen es.

Am Müllabfuhrtag quillt die Tonne von Zeitungen über. Wie nicht anders zu erwarten, sind es Blätter unterschiedlichster Richtungen. Der politische Wankel mit den Müllers, durch die Neigung zum Weinwechsel bereits angedeutet, wird zur Gewißheit.

Um zur umfassenden Beurteilung der beiden zu gelangen, müssen auch solche Abfälle berücksichtigt werden, die im Müllerschen Müll nicht zu finden sind. Was nicht in der Tonne steckt, gibt erst recht Auskunft.

Exempel: Die Müllers trinken weder Bier noch Sekt. Folglich mangelt es ihnen an Gemeinschaftssinn. Der Verdacht wird erhärtet durch die Tatsache, daß sie keine einzige Illustrierte erwerben. Mögen sie etwa deutsche Fürstenhäuser nicht? Sind sie nicht des geringsten Interesses am dynastischen Fortbestand Englands, Schwedens, *Spaniens fähig?*

Selbst Hund und Katze meiden die Freundschaft mit Müllers. Keine Dose Chappi oder Kitekat wurde im Abfall gesichtet. Auch schicken ihnen beide Kirchen keine Rundschreiben.

Zu welchen Schlüssen zwingt nun die Abfallforschung? Fazit: Herr und Frau Müller stehen der Lebensaufgabe des Menschen, als anpassungswillige Nachbarn und Staatsbürger zu wirken, indifferent gegenüber. Oft unterhalten solche Bürger Kontakte zu dubiosen Staaten und möglicherweise zu fernen, dazu noch dunklen Galaxien. Ohne weiteres ist ihnen zuzutrauen, daß sie Wechselwähler sind. An ihrem Müll ist es zu erkennen.

eka

Nachrichten-Technik

Daß dieser WELT-Report „Nachrichtentechnik" heißt, hat nur noch eine gewisse Berechtigung. Denn noch bezieht die Bundespost fast 95 Prozent der Einnahmen ihres Fernmeldewesens aus ganz konventionellen Diensten, die diesem Namen gerecht werden: 91 Prozent vom Telefon und 3,5 Prozent vom Telex. Doch schon ein kleiner Blick in die Zukunft zeigt, daß das Denken in den vertrauten Schubladen nicht mehr funktioniert. Der Personal Computer, der am Teletex-Netz hängt, die Telefon-Zentrale, die sich programmieren läßt, die Schreibmaschine, die druckt, was ein 500 Kilometer entfernter Computer ihr „zuflüstert" – sind sie Produkte der Nachrichten-, Büro- oder der Datentechnik?

Darüber nachzudenken, ist verlorene Liebesmüh'. Sinnvoller ist es, umzudenken. Denn die alte Erbteilung (auch der Märkte) ist von den Realitäten längst überholt, das „Spiel ohne Grenzen" schon in vollem Gange. Mühsam zwar, und vom raschen Klimawechsel in ihren Branchen leicht benebelt, haben sich die direkt Beteiligten, die Hersteller all jener verwirrend neuen Geräte, inzwischen einigermaßen ans veränderte Umfeld gewöhnt.

Viel Neues gibt es für sie zu bewältigen: Neue Technik, neue Produktionsstrukturen, einen neuen Markt, neue Konkurrenten, neue Verkaufsargumente, eine neue Produktphilosophie. Und für alle Veränderungen stand nicht einmal ein Jahrzehnt – in Fällen, wo die Erkenntnis der Lage schon die Hälfte der Zeit verbrauchte – kaum ein halbes Jahrzehnt zur Verfügung.

Kein Wunder, daß das eine oder andere Unternehmen den Zug beinahe verpaßt hätte. An einigen Stellen wird es auch noch eine Weile dauern, bis die Folgen des Umbruchs verdaut sind. Doch insgesamt, so scheint es, ist das Problem inzwischen wenigstens geistig bewältigt, sind die Weichen weitgehend richtig gestellt.

Dafür ein kleines Indiz am Rande: Sogar die beteiligten Wirtschaftsverbände, sonst eher von imponierender Beharrlichkeit, passen ihre Organisationen den neuen Gegebenheiten an. Auch die WELT wird künftig nicht mehr an der Rubrik „Nachrichtentechnik" festhalten können. Wb.





Rund 100 Jahre Telefonentwicklung liegen zwischen dem „Stöpseln" der Verbindungen und den neuen Telefonanlagen. Das Foto rechts zeigt das Kommunikationssystem in der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel mit 12 800 Nebenstellen. FOTOS: SIEMENS

Die neue Branche heißt „Kommunikationstechnik"

In der Erde liegt Kupfer für einhundert Milliarden Mark

Wenn Herr *Müller* im Jahre 1994 zu seinem Telefonhörer greift, dann hat sich für ihn auf den ersten Blick seit 1984 wenig geändert: Am oberen Teil des Hörers hört er, am unteren spricht er, der Apparat hat Tasten, wie sie auch „damals" schon bekannt waren (vielleicht ein paar mehr), und eine Ziffernanzeige, wie man sie schon lange vom Taschenrechner her kennt.

Ein kleiner Unterschied könnte allerdings sichtbar werden, wenn Herr Müller ein prestigebewußter „Direktor Müller" ist. Dann schaltet sich unter Umständen, sobald er den Hörer abnimmt, ein Bildschirm auf seinem Schreibtisch an, auf dem er seinen Gesprächspartner (so in gleicher Weise ausgerüstet) auch sehen kann.

Doch dieser Unterschied, wird nur ein Symptom sein für das, was sich bis dahin unter dem Gehäuse des Apparats, im Netz und in den Vermittlungsstellen der Post abgespielt haben wird. Tatsächlich wird das Telefon des Herrn Müller mit dem des Philipp Reis von 1861 kaum noch etwas zu tun haben, während das von 1984 nur eine verbesserte Version darstellt.

Das Schlagwort für den totalen technischen Wandel des Fernsprechens heißt „Digitalisierung". Wen das an die Computertechnik erinnert, der hat durchaus recht: Sie soll in die gute alte „Telefonie durch galvanischen Strom" (Reis), an der sich hundert Jahre lang wenig geändert hat, Einzug halten.

So war es bisher: Der „Sender" sprach in ein Mikrofon, das einen durchfließenden elektrischen Strom der Lautstärke und Frequenz entsprechend („analog") veränderte. Dieser Strom mit all seinen Ausschlägen wurde zu einem Pendant des Mikrofons, dem Lautsprecher, beim „Empfänger" geschickt und erzeugte dort die gleichen Schwingungen, die am anderen Ende eingegeben wurden: die Sprache.

Auch beim digitalen Telefon gibt es Mikrofon und Lautsprecher. Die Strecke *zwischen beiden überwindet* der Ton aber in einer völlig anderen Form: In einen „Code" verpackt, in dem seine Merkmale (Lautstärke, Frequenz usw.) als Ziffergruppe festgehalten werden. Dabei wird wie beim Computer ein Binärcode eingesetzt, der auf einem Zweier- (statt dem Zehner-) System beruht und so mit zwei Ziffern oder besser Zuständen „0" und „I" auskommt.

Warum nun dieser Aufwand, wenn am Ende doch das gleiche Geplauder herauskommt? Heinz Nixdorf, Muster-Unternehmer der Nation und passionierter Computer-Bauer, faßte die Antwort so: „Eigentlich ist es eine Schande, daß wir Techniker dieses wunderbare Kupfer, das da in der Erde liegt, so schlecht nutzen".

Damit ist das Problem sehr präzise gefaßt. Immerhin sind es Kabel für 100 oder 150 Milliarden Mark – je nach Bewertungsansatz –, die die Post im Laufe der Telefon-Historie im ganzen Land verlegt hat. Und immerhin sind es mehr als 24 Millionen Hauptanschlüsse, die an diesem Netz hängen – 85 Prozent der deutschen Haushalte sind damit erfaßt. Und all das nur, damit Papa sich über das alles blockierende Fern-„Liebesgeflüster" seiner Sprößlinge ärgern kann?

Schon heute im herkömmlichen Analogbetrieb, stimmt diese Vereinfachung natürlich nicht mehr so ganz. Nicht nur, daß das Telefonnetz den Zugriff auf mehr als eine halbe Milliarde Anschlüsse auf der ganzen Welt bedeutet. Auch seine Anwendung wurde bereits über die reine Sprache hinaus erweitert: Telekopierer befördern auf demselben 100-Milliarden-Weg Texte, Zeichnungen oder Dokumente über Tausende von Kilometern, mit speziellen Adaptern werden auch Daten übertragen, und per Bildschirmtext wird aus Telefon plus Fernsehgerät ein persönliches Informations-Terminal.

Doch: Alle diese Geräte können nicht untereinander kommunizieren, sind – obwohl am gleichen Netz betrieben – miteinander nicht „kompatibel". wie die Techniker solche Verständigungsprobleme nennen. Was den Geräten fehlte, ist eine gemeinsame Sprache. Damit schließt sich der Kreis zur Computer-Technik: Die lingua franca der modernen Elektronik ist nun einmal der Binärcode der Digitaltechnik.

Schon sprechen viele der äußerlich stummen Helfer in Büro und Betrieb diese gemeinsame Sprache, wenn auch in unterschiedlichen Dialekten: Die Rechenmaschine, die elektronische Schreibmaschine, die Maschinensteuerung und bekanntermaßen der Computer.

Vom Ansatz her also könnten sie sich alle untereinander „verständigen", gäbe es eine geeignete Verbindung. Und genau das ist das Ziel der Digitalisierung: Unterschiedliche Geräte an einem einzigen Netz kompatibel zu betreiben. Daß es sinnvoll ist, dafür das Telefonnetz zu benutzen, wird kaum mehr bestritten, zumal diese Hundertjahresleistung mit ihrer enormen Verästelung nicht auf einen Schlag durch die Zukunftstechnologie eines *Glasfasernetzes* (in dem die Strom- durch Lichtimpulse ersetzt werden) abzulösen ist. Schließlich ist der Computer im Begriff, auch die Haushalte zu erobern, und schließlich wird mit dem Bildschirmtext-System auch der Fernseher in der Wohnstube bereits zu einer Art Terminal.

Die Umstellung des Netzes auf die Digitaltechnik ist schon im Gange, auf den Fernstrecken so gut wie vollständig realisiert. Für die Post sind auch solche ersten Schritte schon sinnvoll: Weil Digital-Signale in einem Bruchteil der Zeit übertragen werden, die ihre analogen „Kollegen" brauchen, läßt sich auf denselben Leistungen ein Vielfaches der bisherigen *Gespräche übermitteln. Damit* kann die Post ihre Kapazität ausweiten, ohne neue Milliarden in der Erde zu verbuddeln.

Genauer gesagt: Sie kann sich die Kupfer-Milliarden ersparen. Statt dessen werden nach umfangreichen Tests ab 1985/86 zusätzlich Glasfaserkabel (im Techniker-Jargon: Lichtwellenleiter) verlegt werden, die fast die tausendfache Übertragungsleistung der Kupferkabel haben werden. Wegen ihrer gewaltigen Kapazität werden sie auch besondere Ansprüche wie Bildfernsprechen oder Video-Konferenzen erfüllen können. Und weil auch sie digital arbeiten, können sie sogar in den feingesponnenen Kupfer-Verband eingebettet werden. Vorteile bringt die Umstellung auf die Digitaltechnik selbst für den, der sein Telefon auch in Zukunft nur als Telefon benutzen will. Es wird intelligenter sein, einen Komfort erlauben, wie er heute in elektronischen Nebenstellenanlagen schon teilweise realisiert ist.

So kann es nicht nur Anrufe auf eine andere Nummer „umleiten", wenn sein Inhaber einmal unterwegs ist, sich eine Reihe von Telefonnummern „merken" und automatisch anwählen oder auch einfach nur zur Kenntnis nehmen (und geben), daß der Angerufene gerade mal seine Ru*he haben will. Es kann auch*, wenn ein angewählter Anschluß gerade belegt ist, dort per Blinklicht „anklopfen" und die eigene Rufnummer aufleuchten lassen. Ist schließlich ein Teilnehmer nicht zu erreichen, dann „notiert" die Vermittlungsstelle Zeit und Nummer und hält sie zum Abruf bereit.

Über all diese Möglichkeiten und etliche mehr (die die Post mit Sicherheit nicht als kostenlose Zusatzleistung anbieten wird), freut sich nicht nur der Privatkunde. Das ISDN (so heißt das neue Netz: Integrated Services Digital Network), dessen Aufbau 1986/87 starten soll, wird vor allem den „Profis" in Wirtschaft und Verwaltung nützen. Denn sie benötigen bislang für jede Dienstleistung der Post noch einen eigenen Anschluß: Telefon/Bildschirmtext, Telex, Teletex und Datenübertragung, um die wichtigsten zu nennen.

Ist das ISDN erst einmal eingerichtet, dann genügt für alles ein und derselbe Telefonanschluß. Das gilt auch für die privaten Nebenstellenanlagen der Unternehmen. Sind sie im ISDN-Standard (der noch gar nicht festliegt) digitalisiert, dann werden sie – wie auch die Postvermittlung – schnell die Funktion von zentralen Kommunikations-Computern übernehmen, die Text- und Datenverarbeitung, Sprache und Grafik kreuz und quer miteinander verbinden, auch parallel zueinander, zum Beispiel Bild und Sprache.

Danach ist es an den Gerätebauern, sich für das neue Netz geeignete „Spielzeuge" einfallen zu lassen. Schon heute ist vom „multifunktio*nalen Arbeitsplatz" der Zukunft die* Rede, und Prototypen sind beliebte Messeattraktionen: Die Speicherschreibmaschine, die automatisch Telefonnummern wählt, das Bildschirmterminal, das gleichzeitig Telefon ist, oder der Personal Computer, der auch als Bildschirmtextgerät funktioniert.

Mit der gewohnten Ordnung am Markt ist es dann freilich endgültig vorbei. Computerbauer bauen Vermittlungsssstellen, Schreibmaschinenhersteller Telefone und Telefonfabrikanten Terminals (zumal das Telefon dann ohnehin nur noch eine Form von Terminal, nämlich das Sprachterminal sein wird). Wer sich bisher so schön auf eine Handvoll Konkurrenten eingeschossen hat, der muß sich schleunigst an ganz neue Horizonte gewöhnen. Nachrichtentechnik, Datenverarbeitung, Bürotechnik: Davon ist schon jetzt nicht mehr viel übrig. Die neue Branche heißt „Kommunikationstechnik".

JOACHIM WEBER

DIE BRANCHE

Die Butter aufs Brot vom Ausland

Die weltweiten Investitionen in die Individualkommunikation – bislang versteht man darunter vor allem Telefon und Telex – werden bis 1990 voraussichtlich um 4,5 Prozent im Jahresdurchschnitt zunehmen. Ihr Volumen wird dann mehr als 170 Milliarden Mark im Jahr betragen, schätzt der Fachverband Fernmeldetechnik im ZVEI. 1980 hatte es erst bei 110 Milliarden gelegen.

Allerdings zeichnet sich auch weltweit eine gewisse Marktsättigung ab; von 1970 bis 1980 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum noch bei 6,5 Prozent gelegen. Imposant sind aber auch die Installationszahlen, die hinter den beachtlichen Geldsummen stehen. Gab es Ende 1982 – neuere Zahlen liegen noch nicht vor – rund 550 Millionen Telefonanschlüsse auf der ganzen Erde, so soll diese Zahl bis 1990 auf mehr als eine dreiviertel Milliarde ausgeweitet werden.

Exportquote von 35 Prozent

Daß gerade die deutsche Fernmeldeindustrie den Weltmarkt so intensiv beobachtet, kommt nicht von ungefähr. Mit einer Exportquote von 35 Prozent ihrer Produktion, die bei rund 14 Milliarden Mark im Jahr liegt, ist sie der weltweit größte Exporteur kommunikationstechnischer Erzeugnisse. Einer von neun Menschen, die heute zum Telefonhörer greifen, und einer von dreien, die einen Fernschreiber benutzen, kommen mit deutscher Technik in Berührung.

Dabei ist der „freie" Markt gar nicht so groß. Nur etwa 15 Prozent des Weltvolumens entfallen auf Länder, die keine eigene Fernmeldeindustrie haben. Die anderen versuchen überwiegend, sich auf ihre eigenen Hersteller zu stützen und den Binnenmarkt abzuschirmen. Die Hoffnung, daß allmählich ein größerer Bedarf auch in der Dritten Welt entsteht, scheint derzeit angesichts der Finanzprobleme vieler Entwicklungsländer noch ein wenig trügerisch.

Deutsche Fernmelder mit Tradition

Ohnehin ist die Kommunikationstechnik nach wie vor mehr eine Angelegenheit der Industriestaaten, trotz ihres hohen Entwicklungsstandes. Immer noch entfallen etwa drei Viertel der weltweiten Investitionen auf sie, verfügen sie über 80 Prozent aller Telefone und über 85 Prozent der Fernschreiber, werden 90 Prozent aller Telefonate hier geführt. Allein die USA und Westeuropa stehen jeweils für ein Drittel des Weltmarkts, und hier sorgt jede Nation erst einmal für sich selbst.

Doch zum einen haben die deutschen Fernmelder eine lange Tradition auf den Auslandsmärkten – sie hatten schon in der ersten Hälfte des Jahrhunderts ihre Fühler in alle Welt, bis nach China und Südafrika ausgestreckt. Zum anderen aber stehen sie auch unter einem gewissen Zwang, ihr Aktionsfeld über den Heimatmarkt hinaus auszudehnen.

Inlandsmarkt wächst nur langsam

So sind, um technisch in der Spitzengruppe zu bleiben, Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen nötig, die selbst vom Gesamtumsatz noch etwa 8 Prozent ausmachen. Der reine Inlandsumsatz könnte sie kaum tragen. Zudem wächst der Inlandsmarkt wegen seiner hohen Sättigung bereits jetzt langsamer als der Weltdurchschnitt, auch dieses eine ungenügende Basis, möglichst viele der 100 000 Arbeitsplätze in 110 Unternehmen auf Dauer zu erhalten.

Kein Wunder also, wenn die deutsche Fernmeldeindustrie „alle Bemühungen begrüßt, ihre technologisch fortschrittlichen Systeme frühzeitig und umfassend zum Ausbau der deutschen Kommunikationsinfrastruktur einzusetzen". Denn das bringt Schub ins Inlandsgeschäft und werbewirksame Referenzen für den Export.

JOACHIM WEBER

TELETEX / Hohe Anschaffungskosten

Der schnellste Postbote hat Anlaufprobleme

Im „Telekommunikationsbericht" der „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems" (KtK) war es schon 1976 zu lesen: „Eine direkte elektronische Übermittlung kommt ... für den von Geschäftsteilnehmer zu Geschäftsteilnehmer fließenden Strom von sechs Millionen Sendungen je Tag in Frage." Runde vier Millionen davon sollten auf eine neue Übermittlungsart namens „Bürofernschreiben" entfallen, der Rest aufs Fernkopieren.

Zum Zeitpunkt des KtK-Berichts hatte man zwar schon eine Vorstellung davon, was das Bürofernschreiben sein sollte („Telekommunikationsform, bei der Texte mit dem vollen Zeichenvorrat einer Büroschreibmaschine codiert übermittelt werden"), doch die Maschinen dafür mußten erst noch entwickelt werden.

Was dabei herauskam, war Teletex. Im Gegensatz zum guten alten (und noch auf Jahre hinaus nicht abzulösenden) Telex bedeutet Teletex nicht eine einheitliche, genau definierte Standardmaschine, sondern eher eine Rahmenkonzeption, die lediglich im Kommunikationsteil genaue Normen vorgibt. Zwar wurde von Anbeginn in Richtung der elektronischen Speicherschreibmaschine gedacht und daran, die Speicherinhalte von einem zum anderen Gerät zu transportieren.

Diese Version wurde auch als erste realisiert und wird mit großer Wahrscheinlichkeit den breitesten Markt finden. Doch auch jede andere Form der elektronischen Textverarbeitung bis hin zum Computer gleich welcher Größe ist ins Konzept einbezogen, so daß praktisch jeder elektronische Textarbeitsplatz mit Speichereinrichtung ans Teletex-Netz anzuschließen ist, vorausgesetzt, er erfüllt bestimmte, auch international abgestimmte Normen.

Die Arbeitsweise solcher Text-„Briefkästen" ist (für den Bediener) einfach. Die Sekretärin schreibt wie gewohnt ihren Brief in die Schreibmaschine, speichert ihn dabei ab und erledigt die nötigen Korrekturen. Ist die Nachricht freigegeben, so wählt die Maschine selbsttätig die Teletex-Nummer des Adressaten an, und in knapp zehn Sekunden ist die DIN-A-4-Seite im Speicher des Empfängers und kann dort ausgedruckt (oder am Bildschirm gelesen) werden.

Ein „Bonbon" für die Anwender hatten die Erdenker des Systems – gewiß auch im Hinblick auf seine Verkäuflichkeit – von vornherein mit vorgesehen: Teletex sollte auch mit dem altgewohnten Telex kommunizieren können, das inzwischen ein gutes halbes Jahrhundert auf dem Buckel hat. Die Vorteile liegen auf der Hand. Telex bietet eine Basis von 1,4 Millionen Anschlüssen in 200 Ländern der Erde, von denen etliche sich nicht so schnell auf das kompliziertere Teletex-System umstellen werden.

Tatsächlich ist es zwei Jahre, nachdem die Post ihren Teletex-Dienst im internationalen Standard aufgenommen hat, mit der Internationalität des Blitzdienstes noch gar nicht so weit her. Die USA und Kanada, Österreich, Schweden und Finnland sind erreichbar; Italien, Norwegen, Dänemark und Südafrika sollen es noch in diesem Jahr sein. Allerdings war die Post mit der Umstellung auf den internationalen Standard im Juni 1982 auch weltweiter Vorreiter gewesen.

Doch auch im eigenen Land gilt der Prophet nicht viel, wie alte Volksweisheit es lehrt. Hatte die Post, als sie zur Hannover-Messe 1980 erstmals ihren „schnellsten Postboten aller Zeiten" präsentierte, bereits für 1985 an die 40 000 und für 1990 schon 120 000 Teletex-Teilnehmer erwartet, so mußte sie inzwischen deutliche Abstriche machen. Nachdem im Februar dieses Jahres der 5000. Anschluß gefeiert werden konnte, lautet die Prognose auf 14 000 Anschlüsse bis Ende 1985 und auf 90 000 für 1990.

Die bisherige Zurückhaltung dürfte in erster Linie mit den hohen Anschaffungskosten der teletexfähigen Schreibmaschinen zusammenhängen. In aller Regel liegen die Preise immer noch deutlich über 10 000 Mark. Damit ist der Abstand zur „normalen" Elektronik-Schreibmaschine wohl noch ein wenig zu groß. Der Erfolg von Teletex wird sich wohl erst etwas weiter unten auf der Preiskurve einstellen.

wb

Ein Platz im Orbit

Wb. Frankfurt

„Kopernikus" wird nicht gerade billig: Der Fernmeldesatellit, von der Bundespost bei einem Industriekonsortium (Siemens, ANT, MBB/Erno und SEL) in dreifacher Ausfertigung bestellt, wird – einschließlich einer „Grundausstattung" von 34 Erdefunkstellen – runde 815 Millionen Mark kosten. Der Weg zur vollen Milliarde ist dann nicht mehr weit. Denn auch der Transport in die Umlaufbahn, der Betrieb und der Ausbau des Bodennetzes sind nicht kostenlos. Dafür sollen die Kopernikusse auch einiges leisten: Datenkommunikation, Übertragung von Fernsehprogrammen zur Einspeisung in die Breitbandkabelnetze, Fernsprechverbindungen und Fernseh-„Standleitungen" werden seine tagtäglichen Funktionen sein.

Telebrief internationaler

JW. Bonn

Nachdem Mitte März sieben neue Partnerländer in Europa und Übersee hinzugewonnen wurden, steht der Telebriefdienst der Post jetzt als Verbindung zu 24 Ländern zur Verfügung. In diesem Dienst bietet die Post die Beförderung von Briefen und Dokumenten (auch Zeichnungen) per Telekopierer von Postamt zu Postamt an; vor Ort erfolgt dann die Zustellung auf normalem Weg. Die Kosten pro DIN-A4-Seite liegen innerhalb der Bundesrepublik bei 6,50 Mark, für den Versand ins europäische Ausland bei 9,50 DM.

Ländle hilft bei Btx

JW. Heilbronn

An der Fachhochschule Heilbronn wird jetzt ein Institut für Medienberatung eingerichtet. Zielsetzung ist es, die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg bei der Nutzung des Bildschirmtextsystems zu unterstützen. Mit einem Zuschuß von 170 000 Mark aus dem Stuttgarter Wirtschaftsministerium wurde diese Intention noch unterstrichen. Das Institut soll für die Unternehmen sowohl Konzepte erarbeiten, als auch die Mitarbeiter in der Benutzung von Bildschirmtext beraten und schulen.

EUROSIGNAL

Jetzt piepst es bis nach Aurich

Im April feierte der Europäische Funkrufdienst, besser bekannt unter seinem Markenzeichen „Eurosignal", sein zehnjähriges Bestehen. Bereits zwei Monate zuvor galt es eine andere runde Zahl zu würdigen: In Ostfriesland wurde das 75 000. Empfangsgerät dieses Systems zugelassen – offenbar wird ab Aurich doch nicht nur getrommelt.

Im Vergleich zu mehr als 24 Millionen Telefonanschlüssen in der Bundesrepublik wirkt diese Zahl zwar nicht sonderlich imposant. Doch Eurosignal hat auch eine etwas „exklusivere" Zielgruppe: Menschen, die häufig gebraucht werden, meistens aber „auf Achse" und damit nicht ohne weiteres erreichbar sind. Manager, Monteure und Service Techniker im Außendienst, Chefs auf Baustellen.

Tatsächlich ist Eurosignal so etwas wie eine recht groß geratene Personenrufanlage, wie man sie aus größeren Betrieben oder auch von Messen her kennt. Zwar ist das Attribut „europäisch" bislang noch ein wenig hoch gegriffen. Doch in der Bundesrepublik, dem größten Teil Frankreichs und noch in diesem Jahr auch in der Schweiz funktioniert das System schon. Allein in Deutschland sind dafür drei Funkrufzentralen in Hannover, Siegen und Stuttgart installiert, die ihre Suchsignale über 60 spezielle UKW-Sender ausstrahlen.

Das Bestechende an Eurosignal: Die gewünschte Funkrufnummer kann von jedem Telefon aus angerufen werden. Über eine der Zentralen und ihre Sender geht dann ein Funksignal hinaus, das nur den einen angewählten Empfänger – ein tragbares Kästchen, das in den zehn Jahren seines Bestehens vom Zigarrenkistchen auf ein eineinhalbfaches Zigarettenpackungsformat geschrumpft ist – anspricht, ihn „piepen" und gleichzeitig die angewählte Kennung aufleuchten läßt.

Auch ein Gruppenruf ist möglich. Dabei werden dann mehrere Empfänger gleichzeitig angepiepst. Der Eurosignal-Benutzer kann sich für jedes Gerät bis zu vier Funkrufnummern zuteilen lassen – je nach Bedarf. Welches Signal er mit welchem Inhalb belegt, ist dann eine Sache der Absprache mit seinen Anrufern: „Chef anrufen", „sofort zum Großkunden X", „umgehend zurück ins Hauptquartier" oder „Hundefutter mitbringen" sind nur einige der denkbaren Varianten.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Will der Angerufene der Bitte um Rückruf nachkommen, dann benötigt er allerdings ein Telefon. Im Zweifel sollte er also immer genügend Kleingeld dabei haben, um die nächste Zelle benutzen zu können. Denn sein Taschen-Piepser ist nur ein Empfänger, kein Sender, der eine Rückmeldung ermöglicht.

Gegenüber dem Mobil-Telefon, mit dem das möglich wäre, sind allerdings auch die Kosten erheblich günstiger. Die Eurosignal-Empfänger sind in Fachgeschäften zu Preisen zwischen 1000 und 2000 Mark zu haben. Die Zulassung bei der Post wird einmalig mit 50 Mark in Rechnung gestellt, und die monatlichen Gebühren betragen 35 Mark für die erste und 20 Mark für alle weiteren Rufnummern, maximal also 95 Mark. Vielleicht das Schwierigste aber: Man darf sein Gerät nie zuhause liegen lassen.

CLAUDIUS DRESSLER

BILDSCHIRMTEXT

Mit neuer Technik geht nun die Post ab

Noch ehe überhaupt eine nennenswerte Zahl von Bundesbürgern eine auch nur ungefähre Vorstellung vom neuen „Produkt" der Bundespost hatte, sorgte es schon für einigen Wirbel, gelegentlich begleitet von leichtem Theaterdonner: Bildschirmtext. Nach zwei spektakulären Verzögerungen, die durch Probleme beim Software-Lieferanten IBM entstanden waren, fiel in der vergangenen Woche auf der Telematica in Stuttgart noch einmal ein Startschuß – der für den bundesweiten Btx-Dienst mit der neuen IBM-Technik.

Was bisher von den „Versuchs-Zentralen" in Berlin und Düsseldorf bewerkstelligt wurde, wird nun von der neuen Bundeszentrale in Ulm getan: die Bereitstellung der Informationsangebote von Verlagen, Versandhäusern, Händlern, Universitäten, Versicherungen und anderen privaten und öffentlichen Anbietern für den Abruf durch Kunden und andere Interessenten.

Nachrichtentechnisch ist daran interessant, daß drei Elemente zusammengebracht werden, die bisher wenig miteinander zu tun hatten: der Computer, das Telefonnetz und das Fernsehgerät.

Der Fernseher wird über ein Telefon an den Computer angeschlossen, und dort kann der Interessent ausgiebig in einer „Informations-Bibliothek" blättern, die heute noch überwiegend Werbung, aber auch schon aktuelle Nachrichten oder gar Witze enthält. Die Kosten hängen von der Dauer des Telefonats ab, sofern nicht bestimmte Informationen als Dienstleistungen in Rechnung gestellt werden.

Neben dieser Funktion als „Volksdatenbank" ist das System aber auch für die „Profis" interessant. Die Verknüpfung von Computer und Telefonleitung macht es zu einer zwar nicht sonderlich schnellen, aber kostengünstigen Variante der Datenfernübertragung. Mit ihr kann der eigene Fernseher ohne Extra-Leitung zum Terminal werden.

JHH